

**Holger Stroh
Friedlich
in die
Katastrophe**

Eine Dokumentation
über Atomkraftwerke

1981

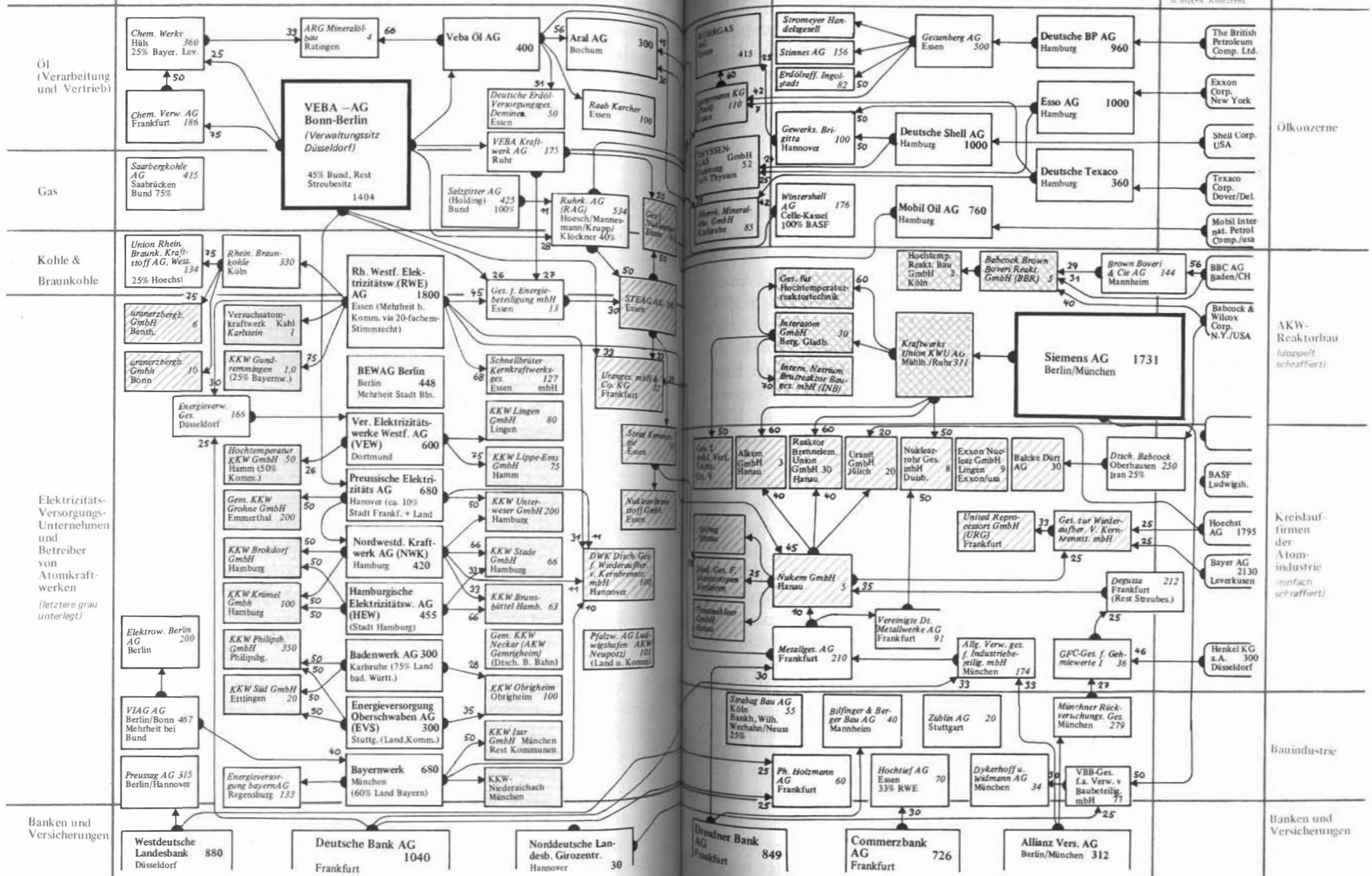
Zweitausendeins

Interessenverflechtungen

Werdegang der Atomindustrie – Atomenergie = Machtkonzentration und Monopolstellung – RWE größter Energiegigant Europas – Sachzwänge der Atomenergie sichern Machtzuwachs und hohe Gewinne – Atomindustrie erwirbt die totale Macht – Rüde Geschäftspraktiken der Strommonopolisten – Der Filz der RWE – Betreiber, Genehmiger und Kontrolleur in einer Person – Zusammenspiel zwischen Industrielobby und Ministerialbürokratie – Deutsche Atomkommission – Deutsches Atomforum – Behörden verpflichten sich zur Förderung der Atomenergie – Atomindustrie überwacht den TÜV – Konzentration im Reaktorbau – Siemens – Banken und Atomenergie – Politiker verfilzt mit Atomwirtschaft – Politiker bedrohen Bürgerinitiativen – Atomlobby: Jedermann im Bundestag hat seinen Preis – Korruption – Gutachten für den Herrn Minister – Verteilerkreise zur gegenseitigen Bedienung – Wissenschaft und Atomenergie – Wissenschaftliche Gremien sichern unmenschliches Vorgehen ab – Wissenschaftler, mietbar für alles – Wissenschaft und Technik Instrument zur Machtverfestigung – Großforschung in der Bundesrepublik – Abhängigkeiten der Wissenschaftler – Zensurpraktiken – Loyalitätspflicht – Wissenschaftler der Atomindustrie zum Lügen gezwungen? – Wissenschaftliche Erfüllungsgehilfen – Kritische Wissenschaftler werden erpreßt, entlassen – Keine sachliche Unterrichtung der Bevölkerung durch Massenmedien – Pressekonzentration – Zensur und „Werbemaßnahmen“ – Manipulation – „Öffentlichkeitsarbeit“ der Atomlobby – Das Institut für Reaktor„un“sicherheit schreibt Gutachten aus Reklamebroschüren ab – Die HEW nimmt es mit der Wahrheit nicht so genau – Falschmeldungen schaden Wissenschaftlern – Primitive Anzeigenkampagne der Atomlobby – Atombefürworter diffamieren Gegner – Battelle Institut: Informationspolitik der Atomindustrie beruht auf Angst und Infantilisierung – Halbseidene Methoden – Rolle der Kirche – Judaslohn von 1,1 Millionen Mark – Gewerkschaft im Zwielicht – Dortmunder Jubelveranstaltung – Befehle aus Chefetagen – Arbeitskreis Leben: Gewerkschaftsatomfilz – Denunziation – Atomfilz in Frankreich – Schweiz: Keine Information über Unfälle – Totalfilz in der Schweiz – Unüberblickbares Knäuel von Kapitalverflechtung zwischen Staat und Privatwirtschaft – Atomlobby schröpft Schweizer Bevölkerung – Leibstadt ein Goldesel für Kapitalgeber – Strategien und Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit.

Bei der Formulierung der hochgesteckten atompolitischen Ziele stehen nicht etwa das Interesse an einer ergiebigen, umweltfreundlichen und billigen Energie, sondern die Absatz- und Verwertungsinteressen und insbesondere die Monopolabsicherung der westdeutschen und internationalen Atomindustrie an erster Stelle. Zu Beginn der staatlichen Atompolitik in der Mitte der fünfziger Jahre spielte auch das militärische Potential beim Aufbau einer nationalen Atomindustrie eine Rolle. Im Klima des Kalten Krieges wurde nicht nur an den Aufbau der deutschen Bundeswehr, sondern auch an eine eigene Atomwaffenstreitkraft gedacht. Der erste Atomminister Strauß wechselte dann auch nach einjähriger Amtszeit in das Verteidigungsministerium über. Zu ergänzen ist, daß die Nuklearindustrie ihre mächtige internationale Position durch die Bombenproduktion erhielt. Tatsächlich wurde und wird die Nuklearindustrie noch immer durch militärische Subventionen gefördert. Das angereicherte Uran, das zum Betrieb von Atomkraftwerken benötigt wird, ist ein Zweckprodukt der Atombombenfertigung, und der größte Teil der Entwicklungsarbeiten und Herstellung wurde aus Militärhaushalten beglichen.

Die Atomenergie bekam einen rasanten Start, und die Entwicklung schritt zügig voran. Eine große Motivation für weitere Investitionen im Atomkraftwerkbau war, daß das vorhandene Wissen und die vorhandene Technologie nach einer Nutzbarmachung auch auf anderen Gebieten drängten. Das Interesse der Energiekonzerne und der kapitalintensiv arbeitenden Produktionsmittelindustrie konnte gar nicht anders, als in die Verwertung der Atomenergie zu drängen. Bei der Raketen- und Computertechnik war der Vorsprung der Amerikaner, Japaner und Engländer bereits zu groß, daher versuchten bundesrepublikanische Firmen und Behörden in die „Marktlücke“ Kernenergietechnik zu stoßen. Investitionen in diesem Bereich konnten sich aber nur dann gewinnversprechend entwickeln, wenn der Staat die Kosten übernahm und die Kapazitäten voll ausgelastet würden. So braucht die Kraftwerks-Union (KWU) sechs bis acht Atomkraftwerks-Aufträge pro Jahr, damit Gewinne erzielt werden können. Das geht natürlich nur über den Export, und somit sind die Reaktoren in der Bundesrepublik auch häufig Demonstrationsobjekte für ausländische Abnehmer. Das erklärt auch, warum in der Bundesrepublik die größten Atomkraftwerke der Welt gebaut werden, obgleich man hierzulande aus politischen Gründen lange daran gehindert wurde, sie überhaupt zu bauen. Man versuchte die mangelnde Erfahrung durch forsche Vorgehensweise auszugleichen. Man begründete diese Art von „Fortschritt“ als notwendig, um den internationalen Anschluß nicht zu verlieren, da ohne Atomenergie kein industrieller Fortschritt möglich wäre und ohne industriellen Fortschritt keine neuen Arbeitsplätze und kein Wohlstand geschaffen würde. Dieser Propaganda gingen – entweder in voller Kenntnis oder in Ahnungslosigkeit – Politiker, Behörden und Gewerkschaften voll auf den Leim. Die Atomindustrie wurde gefördert wie nie eine andere Industrie zuvor. Dabei spielte das Argument, daß wir den Strom brauchen, kaum mehr als die



Erläuterung zur Graphik „Verflechtung der Energiekonzerne“

Die Graphik ist wie folgt unterteilt: (a) vertikale Unterteilung: die linke Hälfte erfasst die staatlich oder überwiegend staatlich beherrschten Energiekonzernstrukturen (ohne Versicherungskontrollen wie Karlsruhe, Jülich), die rechte Seite bildet die privatkapitalistisch kontrollierten Unternehmen auf. Diese rechts, unter der Rubrik Muttergesellschaften, befinden sich Firmen, die nicht überwiegend in Energiebereich tätig sind, die jedoch Energiefirmen kontrollieren bzw. internationalisierte Energiekonzern, die BRD-Energiefirmen kontrollieren.

Erläuterung zur Graphik „Verflechtung der Atomkonzerne“

Bespielweise gibt es bei der Raurer AG nach einer Neuanordnung der Betriebsverhältnisse (1974) nur ein beschränktes Übergewicht für die privatkapitalistische Seite. (b) Die waagrechte Unterteilung gliedert sich wie folgt: (1) Die wichtigsten Unternehmen des Atombereichs (2) Die weiteren Unternehmen des Atombereichs (3) Die weiteren Unternehmen des Atombereichs (4) Die weiteren Unternehmen des Atombereichs (5) Die weiteren Unternehmen des Atombereichs

Zusammenfassung und Verflechtung

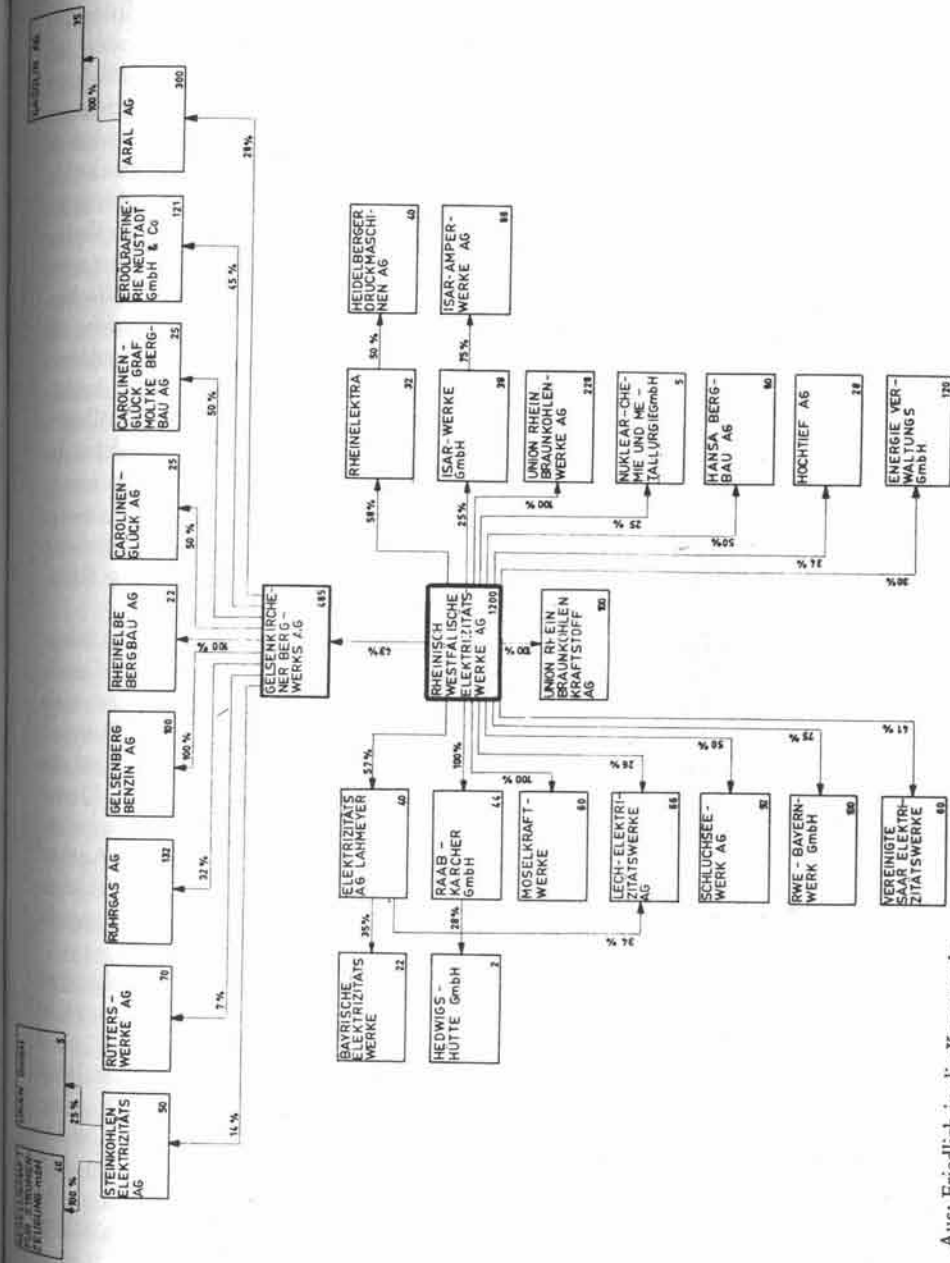
Die Firmen werden in den Kästen unten rechts - jeweils mit einer Zahl die Grundgröße aus - in die Linien. Die Linien, mit denen die Firmen verbunden sind, konstruieren die kapitalistische Verflechtung. Die Verbindungsformen, auf die ein Pfeil zeigt, sind die folgenden Formen, von der Leiste nach unten: Pfeil: Befindet sich eine Zahl bei dem Pfeil, so wird damit der kapitalistische Kontrollgrad angedeutet, über 2,5 ein Pfeil mit der Zahl 40 = 40% Anteil an Ge-... (Text continues with details on capital control and ownership percentages)

Quelle: Wert gehört zu won. Irng. von der Commerzbank, Frankfurt 1978; Rand von die BfW, Commerzbank, Frankfurt 1979; Liste Metz, Atomindustrie in Westdeutschland, in: Technologie und Politik Nr. 7 (Winter 1977/78) und eigene Zehnjahrarbeit.
Zusammenstellung und Graphik: Winfried Wolf (Frankfurt) und Bruno Krücker (München).
Die Graphik erschien in einer ersten Fassung als Beilage zu Nachrichten in Winfried Wolf / Titan Glaser, Der Atombereich nach Nürnberg, Frankfurt/M. 1980. Vorlag internationalisierte atomwirtschaftliche Publikationen.
Zusammenstellung und Graphik: Winfried Wolf (Frankfurt) und Bruno Krücker (München).

Rolle eines Vorwands, denn auch ohne Atomkraftwerke läßt sich ausreichend Energie produzieren. Neben einer günstigen Kapitalverwertung ging es vor allem um marktbeherrschende Stellungen. Es ist auffällig, daß sich ausgerechnet internationale Energiekonzerne ins Atomgeschäft drängen, um eine Monopolstellung in der Energiezuteilung und somit einen noch größeren Machtzuwachs zu erringen.¹

Mit der Gewißheit, daß die komplizierte Großtechnologie der Atomtechnik für Marktneulinge nicht erreichbar ist, wurde alles getan, um Ausschaltung der Konkurrenz und Machtkonzentration voranzutreiben. Profitsicherungsmaßnahmen mußten vor diesem wichtigen Ziel zurücktreten. Der Konzentrationsprozeß der Energieversorgungsunternehmen (EVU) wurde vorangetrieben. Von 1960 bis Anfang 1971 ging in der BRD die Zahl der EVU von 3000 auf 1400 zurück. An der öffentlichen Stromerzeugung waren 1970 364 EVU beteiligt. Die fünf größten EVU trugen 1970 50,2%, die zehn größten 64,4% zur Stromerzeugung bei. 1974 erzeugten die zwei größten Unternehmen fast 50%, die fünf größten 66% des Stromes.^{2,3} Der Konzentrationsprozeß ist seitdem ständig vorangeschritten. Einer der Giganten auf diesem Gebiet ist die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätsgesellschaft (RWE) mit einem Jahresumsatz von 13 Milliarden Mark. Die RWE entwickelte ein einmaliges Geschick, die Übernahme von Risiken auf den Steuerzahler abzuwälzen und dabei kräftig zu verdienen. Wie sie dabei vorgeht, beschreibt der „Spiegel“: „Was Schmidt und Farthmann sowie einer wachsenden Zahl von Kritikern zu schaffen macht, ist die ‚monopolartige Allmacht‘ (Fahrtmann) des RWE, eines der größten Energiegiganten Europas. Zum Ärger von Behörden, Industrie und Gewerkschaften nutzt das RWE seine Macht, um eigene Pläne zu verfolgen, und das heißt: Kohlekraftwerke werden blockiert, weil das RWE auf Kernkraft setzt. Konkurrenzlos und kaum noch kontrollierbar herrscht das RWE über eines der größten Gebietsmonopole der westlichen Welt. Ein engmaschiges Stromnetz, das bis in die Schweiz, nach Österreich, Frankreich, Luxemburg und Holland reicht, deckt weite Gebiete der Bundesrepublik. Fast 60 Prozent des verbrauchten Stroms fließen aus den Leitungen des RWE. Drei Millionen Haushalte in über 1500 Gemeinden und 1700 Industriebetriebe beliefert das Essener Unternehmen direkt, Tausende von weiteren Abnehmern werden von einem der fast 40 stromproduzierenden Tochterunternehmen oder Beteiligungsfirmen des RWE beliefert.“

Selbst Insider wie Bankiers haben Schwierigkeiten, Einfluß, Größe und Grenzen des üppigen Firmenbesitzes des Stromriesen abzuschätzen. Das RWE ist an über 150 Unternehmen beteiligt, von denen ein Großteil mit Strom nur als Verbraucher zu tun hat. Die Heidelberger Druckmaschinen AG gehört ebenso zum Konzern wie die Kölner Engelbertus-Brunnen GmbH, die Berchtesgadener Bergbahn AG und die Uranerz Canada Ltd. in Saskatchewan.^{4,5} Dieses gigantische Unternehmen weiß



Aus: *Friedlich in die Katastrophe*, I. Auflage, S. 256, 257, 1973.

DIE ZAHL NEBEN DEN FIRMENNAMEN GIBT DAS GRUNDKAPITAL IN MILLIONEN DM AN

selbstverständlich seine Interessen mit allen Mitteln durchzusetzen. Der „Spiegel“: „Jahrelang“, so sieht es heute Dieter Haak, SPD-Fraktionsvorsitzender im Düsseldorfer Landtag, „operierte der RWE-Vorstand mit Schreckensnachrichten und Horrorbildern“: Wenn nicht neue Kraftwerke gebaut würden, gingen bald im Lande alle Lichter aus. Gleichzeitig aber zögerten die RWE-Manager sichtlich immer dann, wenn es galt, den prophezeiten Strommangel mit Hilfe der Steinkohle zu beseitigen.“⁴ „Aus Mangel an Strom, dozierte Klaus Knizia, Chef der Vereinigten Elektrizitätswerke (VEW), letzten Dienstag, werde es, wenn wir heute keine Kernkraftwerke bauen“, bald „im Revier keine Stahlindustrie mehr geben“. Nur zwei Tage später warnte Günther Klätte, Vorstandsmitglied des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks (RWE), vor den Folgen eines Kernkraftstopps: Atomstrom sei „unverzichtbar“ und müsse „einen wesentlichen Beitrag zur Deckung unseres künftigen Energiebedarfs leisten“. Mit Horrorsprüchen, mit breitformatigen Anzeigen und düsteren Szenarios versuchen Knizia, Klätte und ihre Branchenkollegen nun schon seit Monaten, ihre Kundschaft in Industrie und Haushalten zu schockieren. Die Schreckensbilder sollen politischen Druck erzeugen und zu neuen Genehmigungen für Atomkraftwerke verhelfen. Der Düsseldorfer Arbeitsminister Friedhelm Farthmann sieht denn auch in den Kampagnen der E-Werker, „nur den einen Sinn, unseren Genehmigungsbehörden ein schnelles Placet für deren Kernkraftwerke abzuwingen“ . . .

Das lebhaftere Interesse der Stromunternehmer für die Kraft aus dem Atom hängt darüber hinaus auch mit längerfristigen Absatzstrategien zusammen. Große Verkaufserfolge versprechen sich die E-Werker, wenn zukünftig möglichst viele Haushalte mit stromfressenden Wärmepumpen ausgerüstet werden. Die Pumpen helfen, Grundwasserwärme für die Heizung zu nutzen. Diese Geräte aber sind um so zahlreicher gefragt, je mehr die Energiepolitik auf Atomstrom schaltet. Denn: Atommeiler müssen wegen ihrer Gefährlichkeit fernab der Städte gebaut werden; ihre Abwärme kann daher nicht für Fernwärmenetze genutzt werden. Anders hingegen sieht es bei Kohlekraftwerken aus, die nahe an den Wohngebieten hochgezogen werden können und daher mit Fernwärmesystemen zu koppeln sind.“⁶

Das wirkliche Geschäft, das die Atomlobby jedoch anpeilt, wurde nicht vom „Spiegel“ genannt. Die Kapitalverwertungs- und Monopolisierungstendenzen in der Nuklearindustrie führen nämlich zu einem weiteren „Sachzwang“, der erheblich lukrativer ist. Je mehr hochgefährliche und langlebige Radioaktivität erzeugt und in Umlauf gebracht wird, desto zwingender werden weitere Kapitalinvestitionen, um den sogenannten Brennstoff-Kreislauf zu sichern. Den Leichtwasserreaktoren folgen Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente samt dem erforderlichen Fuhrpark. Die Wiederaufbereitung folgt dann als nächste logische Konsequenz. Das größte Problem aber ist die Langzeitlagerung hochaktiven Mülls.

Dies ist eine weitere tödliche Gefahr, die die Menschheit bedroht und die nur mit einem enorm hohen Kapitalaufwand, wenn überhaupt, beherrscht werden kann. Bei der Wiederaufarbeitung von abgebrannten Brennelementen fällt Plutonium in großen Mengen an. Gewaltige Mengen dieses lebensgefährlichen Elements müssen gehandhabt werden, so daß der nächste Schritt zur Plutoniumtechnologie ermöglicht wird. Die Brütertechnologie benötigt wiederum einen eigenen Brennstoff-Kreislauf mit den entsprechenden Wiederaufbereitungsanlagen. Hinzu kommen die Hochtemperaturreaktoren, die ebenfalls eine eigene andersartige Wiederaufbereitung benötigen. Das führt zu weiteren „Sachzwängen“. An diesem Punkt angekommen, sind immer höhere Investitionen notwendig. Ein Zwang, dem sich keiner entziehen kann. Um die immer größeren Gefahren bändigen zu können, müssen immer mehr Gelder investiert und eine ständig wachsende Macht in die Hände der „Atomexperten“ verlagert werden. Am Beispiel der amerikanischen Wiederaufbereitungsanlage Nuclear Fuel Service sehen wir, was Verantwortung für den Unternehmer bedeutet. Nur solange sie profitträchtig ist, erinnert man sich gerne an sie, ansonsten ist man leider pleite und läßt den Steuerzahler in die Tasche greifen. Und der muß, wenn er irgendwie weiter leben will. In genau diese Abhängigkeit will uns die Nuklearindustrie treiben. Das ist ihr Interesse. Denn dann müssen wir jeden Preis zahlen, damit sie die Gefahr zu bändigen versucht, die sie zuvor selbst verursachte. An diesem Punkt ist keine Rückkehr möglich, und wir werden finanziell beliebig erpressbar; denn das Gefahrenpotential durch Hunderttausende Tonnen hochgiftiger Substanzen, die für einen Tausendfachen Overkill der ganzen Menschheit reichen, muß um jeden Preis gebannt werden.

Der Atomphysiker Amory B. Lovins hat das erkannt, als er in dem „Forum der Vereinten Nationen“ feststellte: „In vielen Ländern wird die Elektrifizierung nicht deswegen vorgeschlagen, weil sie der beste Weg zur Deckung des Energiebedarfs der Menschen ist, sondern weil Atomenergie – einmal eingeführt – keine andere Möglichkeit bietet.“⁷ Ähnlich argumentiert der Nobelpreisträger Joseph Camilleri in seinem Artikel „Die Politik der Macht“: „Die große Anziehungskraft, die die Atomenergie auf ihre Förderer ausübt, sind nicht die Gewinnaussichten, sondern Zentralisierung, Expansion und Kontrolle. Sie sehen vor sich die berauschte Aussicht, die Energieindustrie zu kontrollieren und dadurch die Wirtschaft als Ganzes zu beherrschen. Auf diese Weise riskieren Atomindustrie und Bürokraten nichts dabei, wenn die Atomenergie nicht sicher oder unwirtschaftlich ist, denn es geht ihnen um die einflußreichen Positionen innerhalb der komplexen technologischen Maschinerie, von denen die hochentwickelten Industrieländer mehr und mehr zu ihrem Überleben abhängig werden. Wenn die Nuklearindustrie erst einmal diese dominierende Position erreicht hat, ist sie in der Lage, mit ihrer gewaltigen Macht die Gesellschaft zu erpressen. Jeder Versuch jedoch, diese harte Technologie und ihre energieintensive Wirtschaft in andere Bahnen zu lenken, vorausgesetzt die

Mehrheit hierfür würde sich finden, würde nicht nur die an der Macht Sitzenden schädigen, sondern auch ein weitverbreitetes, vielleicht irreparables Chaos auslösen.“⁶² Camilleri beschreibt weiter, daß die Atomdiktatoren praktisch unangreifbar werden, wenn sich deren Pläne erfüllen. Aus dieser Sicht betrachtet, wären die irrationalen Entscheidungen der Atomindustrie verständlich; denn sie greifen nach der totalen Macht.⁶² Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß in den USA nur eine Handvoll Firmen das Urangeschäft kontrollieren – fast alle von ihnen sind Ölmultis wie Exxon, Gulf, Royal Dutch Shell, Getty Oil usw.⁸ Von 25 der größten Ölfirmen waren 1970 18 ins Atomgeschäft eingestiegen.⁶²

In der Bundesrepublik und in der Schweiz ist diese Konzentration wirtschaftlicher Macht ähnlich. Die bereits genannte RWE erzeugt nicht nur Strom, sondern kontrolliert auch das Verteilernetz, an das 120 kleine EVU angeschlossen sind. Dazu Gerhard Schmidt in der „KKW-Fibel“: „Das Versorgungsgebiet umfaßt den Westen Nordrhein-Westfalens, Rheinland Pfalz, Südhessen und Teile von Baden-Württemberg. Es grenzt im Norden an das Versorgungsgebiet der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK) und der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), im Osten an das der Preußischen Elektrizitäts-AG (Preußen-Elektra) und der Bayernwerk AG (BW), während es im Süden durch die Lech-Elektrizitätswerke AG (LEW), die Energie-Versorgung Schwaben (EVS) und das Badenwerk begrenzt wird. Das RWE-Netz ist ein weiter Teil des europäischen Verbundnetzes, das von Nordnorwegen bis Süditalien reicht, aber auch z. B. Bulgarien einbezieht. Die RWE spielt nach der Kraftwerk-Union AG (KWU), also Siemens, die zweitwichtigste Rolle im Bau von Atomkraftwerken.“⁹ Dabei sind rüde Geschäftspraktiken der Strom-Monopolisten an der Tagesordnung. So sollte eine 380 000-Volt Stromleitung quer durch den Pfälzer Naturpark, das größte geschlossene Waldgebiet Deutschlands, laufen. Diese Hochspannungsleitung, 100 Kilometer lang, soll vom Saarland nach Karlsruhe laufen. Das RWE hat bereits ein Verbundnetz über 380-Kilovolt quer durch die Pfalz gelegt. Eine zweite Höchstspannungsleitung wäre demnach unsinnig, zumal die RWE ihre Anlage nur zur Hälfte auslastet. Aber hier geht es wiederum um Monopole und Macht, und keines der beiden EVU scheint dem anderen recht zu trauen. Diesem Mißtrauen sollen viele hundert Hektar Wald geopfert werden.¹⁰

RWE und andere EVU fühlen sich jedoch so mächtig, daß sie praktisch jede ihrer Geschäftsinteressen ohne Rücksicht durchsetzen können. Auch gelegentlich vorkommende Drohungen von bundesdeutschen Politikern werden nicht ernst genommen. Der „Spiegel“: „Das RWE muß wissen“, drohte Bundesforschungsminister Volker Hauff, „daß es sich mit einer solchen Politik selbst schadet“. Bislang blieben die RWE-Oberen auch angesichts so deutlicher Worte gelassen: Sie vertrauen auf den Filz, der ihr Unternehmen so gut gegen Stöße polstert. Die öffentliche Hand ist immer dabei: Mit einer Stimmenmehrheit von rund 60 Prozent

bei einem Aktienanteil von nur 31,4 Prozent wird das RWE von den Kommunen majorisiert. Wann immer der Stromgigant sein Versorgungs- und Gebietsmonopol vergrößerte oder abriegelte, seine Kunden mit Sonderverträgen unter Druck setzte oder aber rigoros, auch gegen Kartellamts-Bedenken, seinen Firmenbesitz aufstockte – die kommunalen Kontrollräte nickten zustimmend... So konnte der Monopolist bislang noch stets seine Pläne selbst dann durchsetzen, wenn sie gegen Bund- und Länderinteressen gerichtet waren... Seine kommunalen Aktionäre verwöhnt der Energie-Trust zudem mit erfreulichen Dividenden – im Schnitt der letzten fünf Jahre gut 16 Prozent. Auch die Aktionärs-Vertreter hat das Unternehmen gut bedacht: Neben dem Aufsichtsrat unterhält das RWE einen Verwaltungsbeirat mit 79 Mitgliedern, dem 55 Kommunalpolitiker angehören, darunter 18 Oberkreisdirektoren, zehn Oberstadtdirektoren und zwölf Landräte. Für ihre gelegentlichen Zusammenkünfte kassieren die Beiräte eine jährliche Tantieme von 18 000 Mark. Eine so stattliche Nebeneinnahme gewähren die meisten Konzerne nicht einmal ihren Aufsichtsräten für ihre verantwortungsvollere Aufgabe. Für Minister Farthmann ist der Fall klar: Der Verwaltungsbeirat sei nichts weiter als ‚eine moderne Form legalisierter Korruption‘... Nach Schätzungen von RWE-Kennern hat der RWE-Vorstand alljährlich bei der Besetzung von annähernd 1000 Mandaten in den Kontrollgremien seiner zahlreichen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften und deren Firmen mitzuentcheiden. ‚Kein anderes Unternehmen‘, meint ein Frankfurter Bankier, ‚hat sich auch mit Hilfe seiner Räte eine solche politische Machtstellung sichern können.“⁴

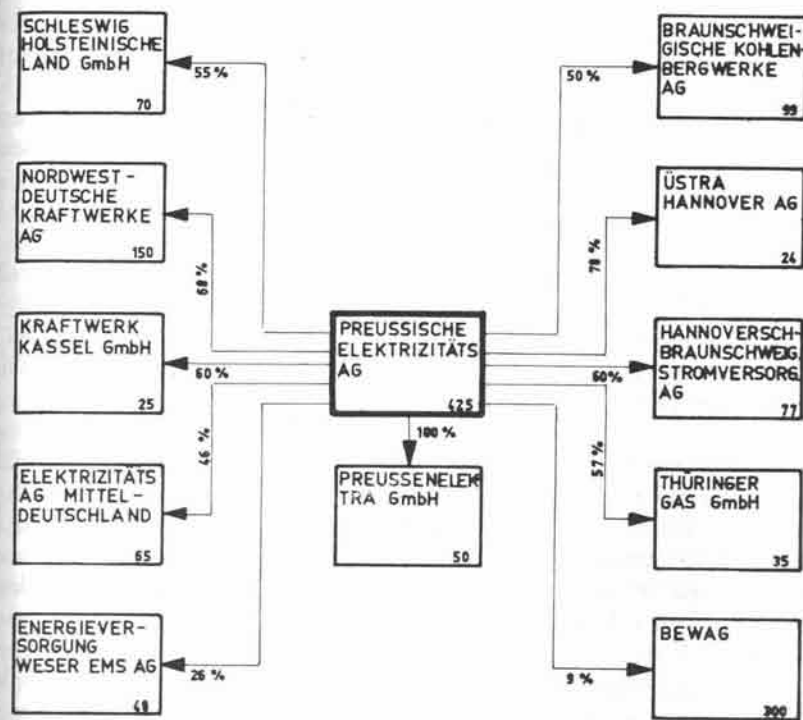
Diese politische Macht ist erheblich größer, als man ahnt. Unvergeßlich bleibt mir folgende Episode: 1975 hatte ich Gelegenheit, mich mit Prof. Dr. Dr. Dr. Heinrich Mandel, Chef der RWE, in seiner Essener Zentrale zwei Stunden lang zu unterhalten. Der Professor war menschlich eine angenehme Erscheinung mit geschliffenen Manieren und auch geistreich. Während unseres zweistündigen Gespräches wurden wir des öfteren unterbrochen. Dann steckte eine seiner Chefsekretärinnen den Kopf durch die ledergepolsterte Doppeltür und sagte: „Entschuldigen Sie, Herr Professor, aber der Herr Bundeskanzler ist wieder am Apparat.“ Dann verließ der Herr Professor mit einer Entschuldigung den Raum. Innerhalb der zwei Stunden mußte er dreimal wegen eines Anrufes von Bundeskanzler Schmidt und einmal wegen des Bundesaußenministers Genscher den Raum verlassen. Beim dritten Mal reagierte er ein wenig unwirsch. Als er an mir vorbeiging, murmelte er: „Verdammt noch mal, kann der denn gar nichts alleine entscheiden?“ und verließ den Raum. Ich aber hatte den Eindruck, als wenn hier der Chauffeur angerufen hätte, um zu fragen: „Chef, wo fahren wir denn heute hin?“

In der Tat, die RWE haben eine erstaunliche Macht. Der „Spiegel“: „Industriebetriebe, die selbst Strom erzeugen, sieht das RWE nicht gern. Der Konzern läßt sich

auch diesen Strom bezahlen. Muß ein Selbstversorger einmal zukaufen, ist der Preis dann noch 17 Prozent höher als üblich. Auch mit abtrünnigen Abnehmern springt der Monopolist wenig zimperlich um. So verklagte das RWE – in erster Instanz erfolglos – die Stadt Krefeld, die einen 74 Jahre alten Vertrag gelöst hatte. Als Grund gaben die Krefelder Stadtväter an, der Stromlieferant habe die Stadt an der Nutzung industrieller Abwärme gehindert und ein städtisches Heizkraftwerk blockiert.⁴⁴ Nun, wenn es auch diesmal nicht für die RWE so geklappt hatte, wie man es sich vorstellte, oft genug konnte sich das RWE-Imperium durchsetzen. Denn die RWE haben es vor allen Dingen verstanden, staatliche Aufsichtsbehörden und die Kommunen zu durchsetzen. Gerhard Schmidt schreibt in der „KKW Fibel“: „Wichtigstes Kind der Mutter RWE ist allerdings die Lahmeyer International GmbH, eine Beraterfirma, die bei nahezu allen europäischen AKW-Projekten ihre helfende Hand drin hat. In diesem Hause entstehen die Unbedenklichkeitsbescheinigungen (in Fachkreisen ‚Sicherheits-Gutachten‘ genannt) der Betreiber, sie werden vom Ingenieur-Stab der RWE-Tochterfirma gefertigt . . . Noch vor kurzem gehörte das Bayernwerk zu etwa 60% dem Land Bayern und der Rest der Staatsfirma VIAG. Dies ist deswegen pikant, weil das Bayernwerk (z. T. gemeinsam mit RWE) zahlreiche Atomkraftwerke betreibt (Kahl, Niederaichbach, Gundremmingen, Grafenrheinfeld und Isar), der Freistaat Bayern aber auch als Genehmiger und damit Kontrolleur für die Sicherheit fungiert. Nun allerdings übernehmen andere die Bayernwerk-Aktien: die Lechwerke (LEW). Diese wiederum gehören direkt oder indirekt (über Lahmeyer) zum RWE-Konzern . . . Deutschlands zweitgrößte EVU, die VEW mit Sitz in Dortmund und ebenfalls viel Atom-Aktivität (in Lingen und Hamm/Uentrop) gehört zwar vorwiegend Städten und Gemeinden wie Dortmund und Bochum . . . Im Stromgeschäft ist aber nicht nur das direkte und indirekte Kapitalgeschäft wichtig, auch die Verbindungen über die Aufsichtsräte sind entscheidend, da hier die Investitionsentscheidungen gefällt bzw. die Managerentscheidungen kontrolliert werden. So ist es wichtig, daß ein Herr Dr. Günther Klätte gleichzeitig Vorstandsmitglied der RWE und Mitglied des Aufsichtsrates der Preußenelektra ist.

. . . In den Aufsichtsräten anderer EVU's sieht es nicht anders aus. Bekannt wurde, daß Wyhl-Genehmiger Filbinger gleichzeitig Vorsitzender des Aufsichtsrates des Badenwerks war. Als dieser Ämter-Filz bekannt wurde, ließ er sich im Juni 1975 durch seinen Finanzminister Gleichauf ersetzen. Auch ein Wirtschaftsminister Eberle sitzt weiter neben Vertretern der Deutschen Bank, der Gewerkschaft ÖTV und zahlreichen Oberbürgermeistern im Aufsichtsrat des Badenwerks.⁴⁹

Bevor wir uns hier in den Polit/Wirtschafts-Filz begeben, noch schnell einen Blick darauf, was die EVU befähigte, ihr Profitstreben auf Kosten des Steuerzahlers durchzusetzen. Denn der zahlte nicht nur die Entwicklungskosten und andere Subventionen für die Atomenergie, sondern auch ein unübersehbares System von



Aus: Friedlich in die Katastrophe, 1. Auflage, S. 246, 1973.

Subventionen für den Steinkohlebergbau. Jede Mark Umsatz wird mit 80 Pfennig subventioniert.¹¹ Die EVU aber setzten auch das Märchen von der „Stromlücke“ in Umlauf und blockierten Gutachten, die darauf hinwiesen, „daß in der westdeutschen Industrie Stromfabriken in einer ‚volkswirtschaftlich interessanten Größenordnung‘ einfach brachliegen.“¹²

Aber die Atomlobby ist weitaus mächtiger, als es durch diese Aufzählungen hier deutlich wird. Die Jungsozialisten des Landesverbandes Bremen schrieben hierzu: „Aufgabe des Staates ist es, die von der Industrie geforderten Infrastrukturleistungen zu garantieren. Die Garantie ist gegeben durch ein kaum zu kontrollierendes Zusammenspiel zwischen Industrielobby und Ministerialbürokratie.“

Auch bei der Energieerzeugung, in diesem Fall der Atomenergieerzeugung, ist der Staat fast lückenlos in die Interessenlage der Industrie eingebunden. Obwohl ihm nach außen hin als demokratisches Feigenblatt die Rolle der Kontroll- und

Genehmigungsinstanz für Atomkraftwerke zugeordnet ist, bricht bei näherer Untersuchung die demokratische Fassade zusammen. Die innige Verflechtung zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Staat wird sichtbar.

So sind der Antragsteller beim Niedersächsischen Sozialministerium als Auftragsverwaltung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung für die Genehmigung des Atomkraftwerkes Esenshamm die Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK) und die Preußische Elektrizitäts AG (PREAG).

Die NWK gehört zu 67,7% der PREAG. Die PREAG gehört zu 86,3% der VEBA. Die VEBA gehört zu 40% der Bundesrepublik Deutschland. Der Rest gehört einflusslosen Kleinaktionären.^{13, 14}

D.h., der Antragsteller genehmigt sich selbst seinen Antrag. Damit ist das Genehmigungsverfahren, wie es das Atomgesetz von 1959 vorschreibt, zu einer scheindemokratischen Angelegenheit geworden.

Eine weitere Verquickung zwischen Industrie und Staat bildet die DEUTSCHE ATOMKOMMISSION. Es ist ein Beratungsorgan des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, das sich mit der Erforschung und Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke befaßt. Den Vorsitz führt der Minister. Stellvertretender Vorsitzender war u. a. Karl Winnacker (Vorstandsvorsitzender bei Hoechst von 1952–1969, Aufsichtsratsvorsitzender bei Hoechst, Mitglied im AR der Dresdner Bank, DEMAG, Degussa). Die DATK hat 173 Mitglieder, davon 70 aus Konzernen (Bayer, Hoechst, RWE, BASF, Thyssen, Siemens, Esso, VW, Mannesmann, AEG, Deutsche Bank, Daimler Benz, Klöckner u. a.). Fast alle genannten Firmen sind Mitglieder des Deutschen Atomforums. 2 der 3 stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Atomkommission (Karl Winnacker, Hoechst; Prof. Heisenberg, Max-Planck-Institut) gehörten zum zehnköpfigen Präsidium des Atomforums. Das DEUTSCHE ATOMFORUM ist die Lobby der Atomindustrie, Sitz: Bonn. 107 Firmen gehören dem Forum an, von den 10 größten bundesdeutschen Aktiengesellschaften gehören 7 dazu (Bayer, Hoechst, RWE, BASF, Thyssen, Siemens, VW), Präsident war Karl Winnacker, weiteres Präsidiumsmitglied Hans-Dietrich Genscher, ehemaliger Bundesminister des Innern und oberster Umweltschützer der BRD.¹⁵

Der aufgeklärte politische Mensch weiß um die Käuflichkeit nicht der „Wissenschaft“, sondern der Wissenschaftler. Auch hier Verflechtung mit der Industrie auf engstem Raum. So ist z. B. der Vorstand der Max-Planck-Gesellschaft zur Hälfte mit Vertretern aus der Wirtschaft besetzt. Auszüge aus der Satzung des Deutschen Atomforums e. V. (Institutionalisierte Lobby der Atomindustrie):

„§ 2 Zweck und Aufgaben

- 1) Zweck des Vereins ist, alle Bestrebungen zu fördern, die mit der Entwicklung und Nutzung der Atomkernenergie zusammenhängen . . .

- 2) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 24. Dezember 1953.“¹⁶

Soweit die Jungsozialisten in der SPD Bremen. In seinem Buch „Apokalypse auf Raten“ schreibt Dr. Klasing: „Man sehe sich in der Mitgliederliste des Deutschen Atomforums die Rubriken I. Firmen, II. Verbände und Institutionen und III. Behörden an, und man erfährt höchst eindrucksvoll, welche geballte Macht hinter der Atomindustrie steht. Ihr stehen zu allem Überfluß noch Steuermittel zur Verfügung, und ihre Public-Relations-Abteilungen sind eifrig bemüht, im Volk ein zumindest einseitiges Bild der atomaren Zukunft entstehen zu lassen. Demgegenüber sind die Aussichten des Bürgers, sich zu behaupten, gering.“¹⁷

Die aufsichtspflichtigen Behörden haben sich allem Anschein nach zu Instanzen der Förderung und Nutzung der Atomindustrie entwickelt, anstatt sie zu überwachen. Folgende Behörden haben sich als Mitglied des Atomforums (lt. § 2, 1) zu diesem Ziel bekannt:

Bayrisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, München,

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Bonn,

Behörde für Wirtschaft und Verkehr, Hamburg,

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW, Düsseldorf,

Ministerium für Wirtschaft und Technik des Landes Hessen, Wiesbaden,

Ministerium für Wirtschaft und Öffentliche Arbeiten des Landes Niedersachsen, Hannover,

Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz,

Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes NRW, Düsseldorf,

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft des Saarlandes, Saarbrücken,

Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Kiel,

Senator für Wirtschaft, Berlin,

Stadt München,

Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart.¹⁸

Dr. Hermann Kater schrieb in „Gesunde Medizin“: „Von Brokdorf bis Wyhl sind Industrie, Staat und Wissenschaft fast unentwirrbar miteinander verfilzt. Wie diese heimliche Allianz funktioniert, zeigt ein Beispiel aus dem Atom-Alltag: Die Norddeutschen Kraftwerke (NWK) und die Preußische Elektrizitäts-AG (PRE-AG) wollen an der Unterweser das Kernkraftwerk Esenshamm bauen. Sie stellen einen Antrag, über dessen Genehmigung das niedersächsische Sozialministerium zu entscheiden hat – im Auftrag und unter ständiger Kontrolle der Bundesregierung. Als Gutachter werden tätig: das Institut für Reaktorsicherheit (IRS), die bundesweite Vereinigung der Technischen Überwachungsvereine (VdTÜV) und der TÜV Norddeutschland. Doch Betreiber und oberste Genehmigungsbehörde sind prak-

tisch identisch: Die NWK gehören zu 67,8 Prozent der PREAG, die PREAG wiederum zu 86,5 Prozent der VEBA, deren Hauptaktionär mit 40 Prozent die Bundesrepublik ist. Der Antragsteller genehmigt sich seinen Antrag selbst. Auch die Unabhängigkeit der Gutachter erweist sich als Farce: Der Vorstandsvorsitzende der PREAG, Dipl. Ing. Erhard Keltzsch, ist zugleich Vorstandsmitglied des zuständigen TÜV Norddeutschland, und die VdTÜV gehört dem Deutschen Atomforum an, der Lobby der bundesdeutschen Kernindustrie.¹⁹ Unter den ca. 400 Einzelmitgliedern des Atomforums finden wir prominente Angehörige der Wissenschaft, Politik und Wirtschaft, wie den Milliardär Otto von Bismarck, den Leiter und Direktor des Instituts für Reaktorsicherheit der TÜV Dr. Kellermann und auch Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. Das ehemalige Präsidiumsmitglied Hans-Dietrich Genscher war damals als Bundesinnenminister gleichzeitig zuständig für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz.²⁰ Und dies, obgleich er sich laut Satzung des Atomforums zur „Förderung der Kernenergie“ mit allen Mitteln verpflichtet hatte. Der damalige Bundesinnenminister Genscher begrüßte es, „daß der Strahlenschutz und die Reaktorsicherheit dem Umweltressort seines Ministeriums zugeschlagen wurden, da sich Förderung und Kontrolle von Kernkraftwerken schlecht miteinander vertragen.“²¹ Es erhebt sich die Frage, ob man hier „den Bock zum Gärtner gemacht hat“. Auf der Stockholmer Konferenz für Umweltschutz der UNO 1972 hatte man es bereits als bedenkliches Kuriosum empfunden, daß der oberste deutsche Umweltschützer Präsidiumsmitglied einer Lobby zur Förderung der Kernenergie ist.²²

Neben Ministern befinden sich noch viele Bundestagsabgeordnete im Deutschen Atomforum. Gerhard Flämig (SPD) leitet sogar die Public-Relations-Arbeit des Atomforums.¹⁹

Es störte bisher auch keine Behörde, daß die für die Reaktorsicherheitsprüfung zuständigen TÜV e. V. Bayern, Essen und Hannover ebenfalls Mitglied im Atomforum sind und sich somit verpflichtet haben, „alle Bestrebungen“ zugunsten der Atomenergie zu fördern. Dr. Hermann Kater schreibt in seinem Buch „Atomkraftwerksgefahren aus ärztlicher Sicht“: „Die Vorstandsmitglieder des TÜV stammen zu 40 Prozent aus Maschinenbau- und Produktionsgüterindustrie, zu 40 Prozent aus Energiewirtschaft, Bergbau und Chemie und zu 5 Prozent aus den Kreisen der Wissenschaft. Die übrigen Mitglieder kommen aus dem Kfz-Bereich. Diese Zusammensetzung der TÜV-Vorstände führt automatisch dazu, daß der unabhängige TÜV selbst genau von den Experten jener Firmen kontrolliert wird, die er überwachen soll. Im Vorstand des TÜV Rheinland sitzen u. a. Vertreter von Internationaler Reaktorbau GmbH Interatom, Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke, Kraftwerke Mainz-Wiesbaden, Koblenzer Elektrizitätswerk, Bayer und Mannesmann . . . Noch eindeutiger sind die Verhältnisse beim TÜV Norddeutschland. In dessen Vorstand sind folgende Firmen vertreten: Norddeutsche Kraftwer-

ke, Preußische Elektrizitätsgesellschaft, VEBA, Schleswig, Überlandwerke Nord, Energie-Versorgung Weser-Ems, Hastra, Preußag, Interatom, Uran GmbH & Co. KG, Gesellschaft für Kernenergieverwertung im Schiffbau und Schifffahrt und die Kernkraftwerke Brunsbüttel, Krümmel und Stade. Der vom Vorstand berufene Geschäftsführer des TÜV Norddeutschland Dr. Ing. W. Witt hat im Sommer 1976 in einem internen Rundschreiben an seine Hauptabteilungs- und Abteilungsleiter wegen Reklamationen von TÜV-Kunden gesagt: „In erster Linie geht es darum, den Kunden zufriedenzustellen und nicht darum, den letzten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse darzustellen.“²³

Richard Höhne war 17 Jahre lang amtlich anerkannter Sachverständiger beim TÜV. Er fragt: „Ist bei der Verschwägerung des Vorstandes dieser Organisation mit der Atomlobby ein objektives Gutachten zu erwarten?“ Und führt dann weiter aus: „Ein Sachverständiger hat nach dem Gesetz sein Gutachten ‚unparteiisch nach bestem Wissen und Gewissen‘ entsprechend dem Stand der Technik zu erstatten. Das bedeutet: ‚Den neuesten Stand der Wissenschaft, der Lehre und der Erfahrungen der Praxis zu beachten. In allen Fällen muß der Sachverständige seine eigene Meinung zum Ausdruck bringen.‘ Wie kommt es aber, daß ausgerechnet in der Kernindustrie dieser Grundsatz nicht gewahrt bleibt?“²⁴ Richard Höhne gibt viele Beispiele an, mit denen er seine Thesen untermauert: falsche Wahl von Werkstoffen, Schweißfehler, die übersehen werden und dergleichen. Zu den Methoden, mit denen diese gewissenlose Politik betrieben wird, schreibt er: „Schon 1966 wurden mir nach Prüfung eines Reaktorbodens mit Ultraschall von einem mächtigen Vereinsmitglied des TÜV Schadensersatzansprüche in astronomischer Höhe angedroht, wenn ich den Boden nicht sofort zur Weiterverarbeitung freigäbe. Hersteller und Systemhersteller hatten bei ihren Prüfungen ein verbohrt Loch übersehen.“²⁴ Eine weitere wirksame Methode: „Die Beförderung zum Obergering und die Gehaltserhöhung des Betriebsrats bewilligt nämlich der Geschäftsführer des TÜV. Und kann der TÜV-Prüfer ein objektives Urteil abgeben, wenn das Vorstandsmitglied des Atomkraftwerk-Betreibers sein Arbeitgeber ist? Auch falsch verstandene kollegiale Rücksichtnahme, unter Umständen Auswirkungen im Unterlassungsfall auf Stellung und Gehalt, führen zu Konfliktsituationen und fragwürdiger Objektivität, wenn zum Beispiel ein Sachverständiger über eventuelle strafrechtlich zu ahnende Pflichtverletzungen eines Kollegen aussagen soll, beide aber Angestellte derselben Organisation sind, deren Interesse durch ein gerichtliches Verfahren berührt werden würde. In diesen Fällen kann sogar unter Ausnutzung wirtschaftlicher Macht und bisher traditionell guter Zusammenarbeit aller Interessenten ein Monopol mit fast perfekter Tarnung entstehen.“²⁴

Ein ebenso aufgeteilter Markt herrscht bei den Herstellern von Atomkraftwerken. K. Willich schreibt: „Schlüsselfertige Kernkraftwerke werden in der BRD von zwei Unternehmensgruppen angeboten: der Kraftwerk Union AG mit ihren

Tochterfirmen Interatom (Schnelle Brüter und Schiffsreaktoren) und Gesellschaft für Hochtemperaturreaktor-Technik (GHT), sowie dem Konsortium BBC-BBR und der BBC-Tochter Hochtemperatur-Reaktorbau (HRB; 45% General Atomic/USA). Damit beherrscht die traditionell im Kraftwerksbau tätige Elektroindustrie diesen Schlüsselbereich vollkommen, nachdem die Großunternehmen des Maschinenbaus und der Eisen- und Stahlindustrie [Demag (Mannesmann-Konzern), Deutsche Babcock, Gutehoffnungshütte Sterkrade (100% MAN), Krupp und MAN (Gutehoffnungshütte Aktienverein)] aus dem Reaktorbau ausgeschieden sind und sich auf die Herstellung von Komponenten beschränken.

Die Konzentration im Reaktorbau ist durch den großen Finanzbedarf und das hohe Kapitalrisiko zu erklären, welche die Möglichkeiten einzelner Firmen **großenteils** übersteigen. Aufgrund ihrer Erfahrungen im Kraftwerksbau sowie durch die anfängliche Stützung auf ausländische Lizenzabkommen (AEG – General Electric, Siemens – Westinghouse) bzw. traditioneller Kapitalverbindungen (BBC) konnten sich die großen Elektrokonzerne bei der schlüsselfertigen Herstellung von Kernkraftwerken durchsetzen, während die Maschinenbau- und Stahlunternehmen sich auf das Gebiet der Teilfertigung von in ihrem bisherigen Aufgabenbereich liegenden Komponenten zurückzogen.

Druckbehälter aus Stahl werden hauptsächlich von der Klöckner Werke AG und der Gutehoffnungshütte Sterkrade hergestellt, daneben sind noch Thyssen Industrie (vormals Rheinstahl AG), Friedr. Krupp Maschinenfabriken und MAN zu nennen. *Druckbehälter aus Spannbeton* und Sicherheitsbehälter aus Stahlbeton werden von Friedr. Krupp Universalbau (beteiligt am Bau des THTR-300), Dyckerhoff & Widmann (u. a. indirekt Siemens und Banken), Hochtief (RWE, Banken), Philipp Holzmann (Banken) und Wayss & Freytag (Banken) angeboten. Beim Bau von *Sicherheitsbehältern aus Stahl* verfügen die Demag-Gruppe (Demag und Dinger Anlagenbau), Friedr. Krupp GmbH und die Thyssen-Gruppe (Thyssen-Industrie, August Klönne) über die größten Erfahrungen. Weiter sind Mannesmann, MAN, Gg. Noell (indirekt voll in Bundesbesitz), Donges Stahlbau und Wehrle-Werk AG an dieser Sparte beteiligt.

Der Lieferbereich der *Reaktoreinbauten* läßt sich in zwei Untergliederungen einteilen: a) aus *metallischen* Werkstoffen: Friedr. Krupp Maschinenfabriken, MAN und Gutehoffnungshütte Sterkrade, Deutsche Babcock mit Borsig und Balcke-Dürr, Leybold-Heraeus (u. a. Degussa, Metallgesellschaft), Mannesmann, Steinmüller und Wehrle-Werk AG; b) aus *Graphit* und Kohlesteinen: Sigrí Elektrographit (Farbwerke Hoechst, indirekt Siemens; – Lieferungen für AVR Jülich und THTR-300) mit den Ringsdorf-Werken, Graphitwerk Kropfmühl und Aluminiumhütte Rheinfelden . . .

Die Deutsche Babcock hatte zu Beginn des Jahres 1974 mit ihren Tochterfirmen einen Anteil von 60% an allen von deutschen Unternehmen für inländische

Kernkraftwerke bestellten Dampferzeugern. Es folgen die Gutehoffnungshütte Sterkrade und das Konsortium Klöckner/Balcke/GHH, und den restlichen Marktanteil von 15% teilen sich einige Unternehmen wie Krupp Maschinenfabriken, Halberg Maschinenbau, Steinmüller und Vereinigte Kesselwerke (indirekt Deutsche Babcock, Degussa). *Pumpen*: Der größte Hersteller ist die Klein, Schanzlin & Becker AG (KSB) mit ihrer Tochtergesellschaft KSK, weiter sind BBR, SIHI mit Halberg Maschinenbau, Ruhrpumpen GmbH (100% Thyssen Industrie) und Weise & Monski in der Pumpenfabrikation tätig. Im Bereich *Gebläse und Verdichter* erhielt bisher nur die BBC Aufträge (AVR Jülich und THTR-300), potentielle Anbieter sind die Gutehoffnungshütte Sterkrade, Escher-Wyss und Aerzener Maschinenfabrik.²⁵

Eine ähnliche Monopolstellung besteht bei der Brennelementfertigung, Bauwirtschaft usw. Die Elektroindustrie beherrscht den Atomkraftwerksbau fast völlig, hier handelt es sich vor allem um die Firma Siemens. „Siemens hat den mächtigsten Aufsichtsrat der BRD. Die Aufsichtsratsmitglieder sitzen auch in den Vorständen und Aufsichtsräten der Großbanken, Versicherungen, Großkonzerne und in der Max-Planck-Gesellschaft. Der Siemens-Aufsichtsrat hat Einfluß auf ein Drittel des gesamten Industrieumsatzes der BRD und zwei Fünftel aller in der Industrie Beschäftigten.“²⁶ Ein weiterer einflußreicher Machtfaktor sind die Banken, die direkte oder indirekte Beteiligungen an im Atomenergiebereich tätigen Firmen haben: „So die Deutsche Bank (an Philipp Holzmann, indirekt Metallgesellschaft), die Dresdner Bank (an Metallgesellschaft, Wayss & Freytag, indirekt Degussa), die Commerzbank (an Hochtief, Balcke-Dürr), die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank (an Kropfmühl), die Berliner Handelsgesellschaft – Frankfurter Bank (an Deutsche Babcock, indirekt Dyckerhoff & Widmann, indirekt Wayss & Freytag), Merck, Finck & Co. (an Hochtief), sowie aus der Versicherungswirtschaft die Allianz (indirekt an der Metallgesellschaft, über mehrere Gesellschaften indirekt an der Sigrí, sowie indirekt an der Holdinggesellschaft Gutehoffnungshütte Aktienverein und der August Thyssen Hütte).“²⁵ Diese Banken sichern dann auch die Atomgeschäfte ab. So wurde z. B. von der Dresdner Bank AG laut Bundestagsprotokoll für das Brasiliengeschäft ein finanziertes Kreditvolumen von 1,8 Milliarden DM bereitgestellt.²⁷ Außerdem sind viele Banken Mitglied im Deutschen Atomforum. Der „Informationskreis Atomenergie“ in Göttingen schreibt: „Die Deutsche Bank ist Mitglied des Deutschen Atomforums e. V., Bonn, ebenso wie die Commerzbank, Dresdner Bank und die Bank für Gemeinwirtschaft. – Dr. Christians, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, ist Aufsichtsratsvorsitzender von RWE. Ehrenvorsitzender und Mitglied des RWE-Aufsichtsrats: Dr. H. J. Abs, langjähriger Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Bank, Leiter der Delegation of the Holy See, einer Delegation des Hl. Stuhls bei der 19. ordtl. Sitzung der Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Agentur, Wien, 22.–26. 9. 75.“

Dr. Andreas Kleffel, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Düsseldorf, ist Mitglied des Aufsichtsrats der VEBA, deren Tochtergesellschaft Preußenelektra die AKW's Stade und Würgassen betreibt, Esensham in Betrieb nehmen, Grohnde und Brokdorf bauen will und an der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) beteiligt ist. Hausbanken der DWK, deren Aufsichtsrat Prof. Dr. Dr. Dres. E. h. Heinrich Mandel vorsteht, sind: Dresdner Bank, Deutsche Bank und Commerzbank.²⁸

Im März 1980 stand in der Zeitschrift „Diagnosen“: „Als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE), Essen, forcierte Abs viele Jahre die Atomenergie. Sein Nachfolger, Jürgen Ponto, Vorstandsvorsitzender der ebenfalls im Atomgeschäft engagierten Dresdner Bank, wurde Opfer des Terrorismus. Jetzt vertritt Christians die Interessen der Deutschen Bank als Aufsichtsratsvorsitzender des größten deutschen Elektrizitäts-Versorgungsunternehmens . . .“

Die Vorstellungen des Deutschen Bank-Sprechers und RWE-Aufsichtsratsvorsitzenden Christians basieren uneingeschränkt auf der Propaganda für die Nukleartechnik: ‚Ohne Kernenergie geht es nicht‘ . . .

Wenn der Sprecher der Deutschen Bank den Ausbau der Kernenergie fordert, so aufgrund handfester monetärer Interessen: ‚Leider sind von Industrie und EVUs schon Milliardenbeträge in eine wenig fruchtbare Entwicklung investiert worden, die jetzt „auf Teufel komm raus“ Geld bringen soll.‘ (Prof. Dr. Ing. Herbert Bachl, Werkdirektor a. D. der Stadtwerke Elektrizitätswerke München).²⁹

Die Verflechtungen bestehen aber auch im internationalen Atomkraftwerksbau und auf allen möglichen Ebenen zwischen Industrie und Behörden. Der Bundestagsabgeordnete Dr. Herbert Gruhl: „Hinzu kommt in der ganzen Atomwirtschaft die persönliche Verfilzung von Politikern mit der Wirtschaft. Allein im Lande Hessen stellt sich dies – laut ‚Frankfurter Allgemeine Zeitung‘ vom 6. Oktober 1978 – wie folgt dar: Dr. Alfred Dregger ist oder war über den Vorstand der Preußenelektra verbunden. Der hessische Finanzminister Heribert Reitz ist oder war im Aufsichtsrat eben dieser PREAG – wie auch Rudi Arndt. Im Beirat der PREAG sitzen oder saßen der hessische Minister für Wirtschaft Heinz Karry, FDP, und der ehemalige Frankfurter Bürgermeister Sölch, SPD. Besonders aufschlußreich ist, daß Professor Wagner, der seinerzeit als Ministerialrat im hessischen Ministerium für Wirtschaft und Technik als Abteilungsleiter für die Genehmigung, Prüfung und Überwachung des Kernkraftwerks in Biblis zuständig war, gleichzeitig im Beirat der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke saß. Es wundert sich daraufhin niemand mehr, daß der Leiter des RWE-Atomkraftwerks Biblis vor der Landtagswahl in Hessen verkünden konnte, daß der geplante Block C nach den Landtagswahlen genehmigt würde, ganz gleich, welche Partei die Wahlen gewinne. Professor Scheuten hat bereits vor zwei Jahren erklärt, daß die Entscheidung,

welche Art von Kraftwerken gebaut werde, nicht von Parlamenten, sondern von Experten getroffen werde, von Experten – so stellt er wörtlich fest – ‚die innerhalb ihrer Unternehmen Geld verdienen müssen‘. Dies sagt wohl alles.²⁹

Diese Aufzählung von Dr. Gruhl könnte beliebig erweitert werden. So sind oder waren die Hamburgischen Electricitäts Werke (HEW) zu 75% Eigentum der Stadt Hamburg. Somit bestimmt der Hamburger Senat die Politik der HEW. Daher verwundert es keinen, daß Propagandaveranstaltungen der HEW unter der Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeisters abgehalten oder vom Schulsenator Propaganda für die Atomkraftwerke der HEW betrieben wurde.³⁰ Obwohl die HEW schlechte Erfahrungen mit der Atomenergie machte, beispielsweise mit Brunsbüttel, setzen sie unverdrossen auf Atomenergie. Das hat seinen Grund, den der „Stern“ folgendermaßen erklärte: „Im Aufsichtsrat sitzen Befürworter wie etwa Bernhard Plettner, Vorstandsvorsitzender der Firma Siemens, deren Tochterfirma Kraftwerk Union (KWU) in Deutschland das Monopol für den Bau von Atomkraftwerken hat. Für die Kernenergie ist natürlich auch Aufsichtsratsmitglied Heinz Dürr, Vorstandsvorsitzender des Elektro-Riesen AEG. Dank solcher Verfilzung haben die Atomfreunde eine stramme Mehrheit.“¹²⁵

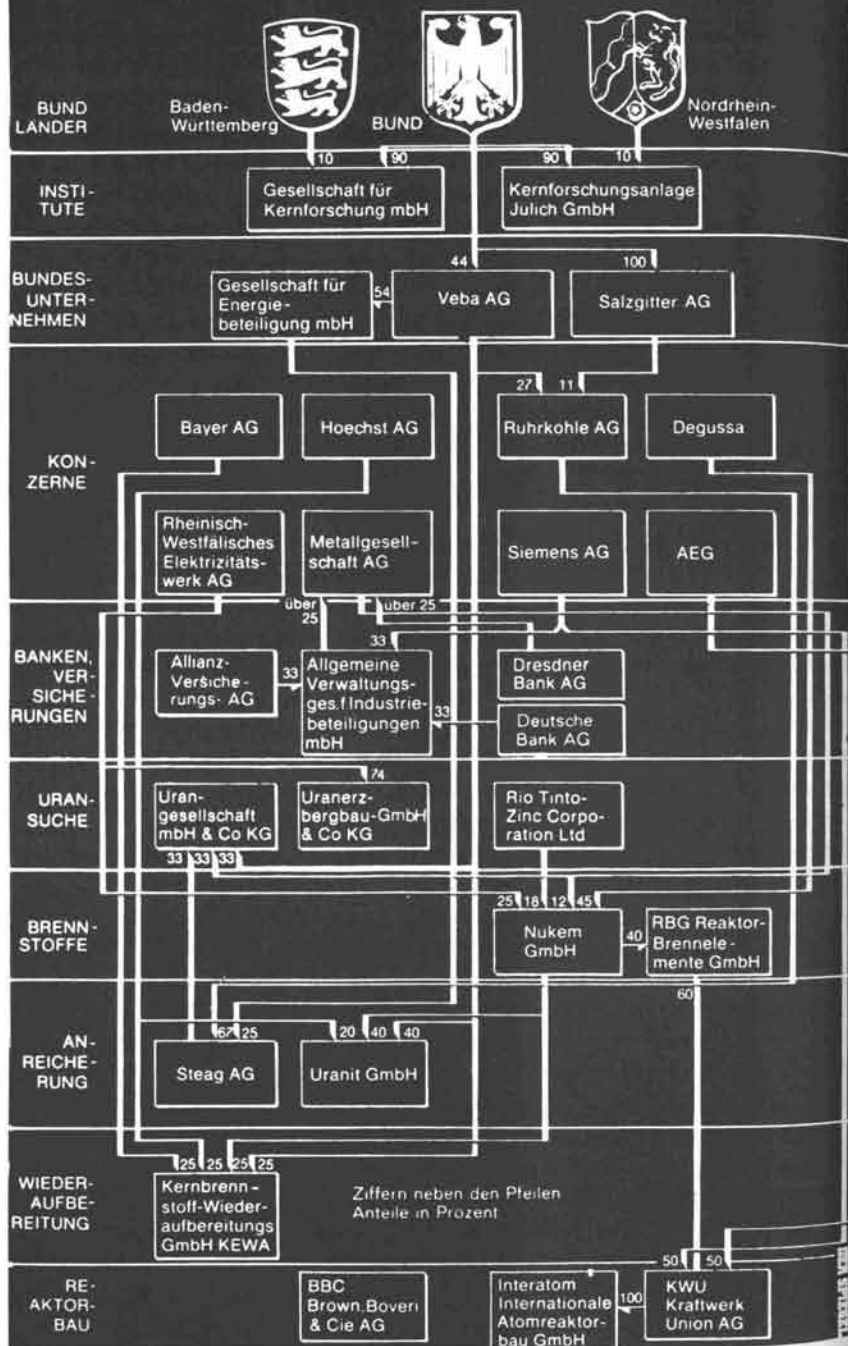
Eine weitere Schlüsselstellung hatte der ehemalige Hamburger Senator für Wirtschaft und Verkehr, Helmuth Kern. Von ihm stammen die umstrittenen Pläne für die Aufbauachsen, durch die eine rapide Industrialisierung des Norddeutschen Raumes vorangetrieben werden soll. Die renommierte katholische Wochenzeitschrift „Publik“ schilderte Senator Kern als einen „barocken Typ, auf den reagiert wird mit der breiten Skala zwischen Kopf- und Händeschütteln.“ Sie fügt dann etwas anzüglich hinzu: „Zweifel an seiner Loyalität, an seinem ehrlichen Streben und seinem Fachverstand sind dabei immer in der Minderzahl.“

Wie „Publik“ weiter berichtete, war Kern vor seiner Zeit als Senator in Hamburg zuletzt im Vorstand einer Altonaer Fischdampfer AG. Diese Gesellschaft hat auf Kerns Betreiben vom Hamburger Senat Millionenbeträge als Unterstützung bekommen, obwohl ihre Unrentabilität längst Stadtgespräch war.³¹

Ein entschiedener Befürworter der Kernenergie ist der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Dr. Stoltenberg. Stoltenberg begann seine Karriere im Hause Krupp. Wen wundern da seine guten Beziehungen zur Industrie? Es ist auch bekannt, daß Krupp Reaktoren baut, aber natürlich können wir nicht behaupten, dies sei die Erklärung für Stoltenbergs große Vorliebe für Kernkraftwerke! Der „Spiegel“ berichtete im Januar 1981 über Stoltenberg: „Gerade Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg aber ging gegen die Interessen des Landes eine Liaison mit dem Atomkartell ein. Schon als Bundesforschungsminister hatte Stoltenberg 1967 den Bau der ersten nuklearen Großkraftwerke Würgassen und Stade durchgesetzt. 1980 torpedierte er ein 1,2-Milliarden-Programm der Bundesregierung zum Ausbau der Fernwärme. Und Brokdorf will er – entgegen seinen

Verflechtung der westdeutschen Atom-Industrie

Aus: „Die Atomgesellschaft zwischen Technokratie und Basisdemokratie“, Forum, Bonn, Nr. 3, S. 51, 1976.



Zusagen von 1979 – jetzt auch gegen Hamburg und gegen den Widerstand der schleswig-holsteinischen SPD bauen.

Um das durchzusetzen, verband Stoltenberg sich mit dem Kernkraft-Fanatiker Rudolf von Bennigsen-Foerder, Chef des halbstaatlichen Energiekonzerns VEBA. Der rechtslastige Manager ist Aufsichtsratsvorsitzender des 50-Prozent-Brokdorf-Teilhabers NWK (Nordwestdeutsche Kraftwerke) und unterband deshalb zunächst sämtliche Kohlekraftwerksplanungen im NWK-Einzugsgebiet. Anträge auf Genehmigung von Kohlekraftwerken wurden folglich bei Stoltenberg nicht mehr gestellt, konnten mithin gegen Brokdorf nicht aufgerechnet werden.¹³⁰

Auch der frühere Bundesminister für Wissenschaft und Bildung, Dr. Klaus von Dohnanyi, erregte bei Bürgerinitiativen Aufsehen. Dr. Karlheinz Spielmann (Verein gegen Parlamentarischen und Bürokratischen Mißbrauch) hatte im Jahre 1971 Dohnanyi den Vorwurf gemacht, er mache für ein großkapitalistisches Unternehmen, in dessen Aufsichtsrat er sitze, „einseitige Propaganda“. (Dohnanyi war vom 5. 7. 1968 bis 30. 9. 1970 im Aufsichtsrat der Hibernia AG, einer Tochtergesellschaft der VEBA, und vom 26. 6. 1968 bis 29. 6. 1970 im Aufsichtsrat der Preußischen Elektrizitätswerke, deren Tochter, Preußenelektra, Würgassen baute). Laut Mitteilungsblatt „VpM-Heiße Eisen“ habe darauf Minister Dohnanyi in einem Telefonanruf von 30 Minuten bei Dr. Spielmann am 18. 6. 1971 massive Drohungen ausgesprochen. U.a.: „Ich werde Ihre Apparatur mit allen Mitteln zerschlagen.“^{32, 33}

Auch der ehemalige Niedersächsische Sozialminister Kurt Partzsch, damals Beiratsmitglied bei Klöckner, deren Werk Karusselldrehbänke besitzt, auf denen auch Teile für Atomkraftwerke gefertigt werden,³⁴ war als eifriger Atombefürworter bekannt. Er bedrohte den Bürger Franz Lengemann, Forum Humanum der Bundesrepublik, als dieser verwaltungsgerichtlich gegen das Atomkraftwerk Stade vorgehen wollte, mit einer Sicherheitsleistung von 400 Millionen DM.³⁵ Ministerialdirigent Dr. Schmidt-Küster aus dem Bundesinnenministerium, zuständig für Atomenergie, war oder ist Mitglied des Aufsichtsrates der Gesellschaft für Kernenergieverwaltung in Schiffbau und Schifffahrt mbH, Hamburg, der Gesellschaft für Kernforschung mbH, der Kernforschungsanlage Jülich mbH und Vorsitzender des Aufsichtsrates der europäischen Gesellschaft zur chemischen Wiederaufbereitung bestrahlter Kernbrennstoffe (Eurochemie) in Mol (Belgien).³⁶ Auch Staatssekretär Hans Nebel aus dem Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein ist oder war Mitglied des Aufsichtsrates der Nordwestdeutschen Kraftwerke, der Schleswig-Holsteinischen Stromversorgung AG und der Kernenergiegesellschaft Schleswig-Holstein.³⁷

Der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Dr. Hans Filbinger, war Aufsichtsrat des Badenwerkes. Die „Arbeitsgemeinschaft Naturschutz Bodensee“ wies in einem Brief vom 12. 4. 1973 an Dr. Filbinger auf die negativen Folgen der Verflechtungen hin: „Die Mitglieder unseres Bundes waren besonders besorgt

durch einen Bericht in der ‚Frankfurter Allgemeinen Zeitung‘ vom 28. März 1973, wonach der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie, Prof. Lohmar, bei einem Hearing feststellen mußte, daß es beispielsweise zu Fragen der Reaktortechnik nicht möglich war, unabhängige Sachverständige zu finden. Eine größere Anzahl der vor dem Bundestagsausschuß zu Worte gekommenen Sachverständigen hätten ihm nach den Hearings gesagt, daß ihre wirkliche Meinung anders sei, als sie offiziell hätten sagen dürfen.“ Die Arbeitsgemeinschaft forderte dann Ministerpräsident Dr. Filbinger auf: „Wir sehen Sie daher als Ministerpräsident unseres Landes und als Aufsichtsratsvorsitzender des Badenwerkes in einer Person in einer Interessenkollision, die unser Bund und seine Mitglieder Sie bitten zu lösen. Die Niederlegung des Aufsichtsratsvorsitzes würde von weiten Bevölkerungskreisen sicher als Signal verstanden werden und als ein persönlicher Beitrag von Ihnen zum Jahre des aktiven Umweltschutzes im Lande Baden-Württemberg.“ In einem Brief (Nr. 7867/232) vom 4. 5. 1973 ließ Dr. Filbinger durch Oberregierungsrat Quecke antworten, daß ihm seine Funktion im Badenwerk ermögliche, dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes den ihm zukommenden Rang einzuräumen. Falls Dr. Filbinger diese Antwort ernst meint, wird ihn das Badenwerk kaum länger in seinem Aufsichtsrat tolerieren können, plant es doch eine gewaltige Zuwachsrate an Atomkraftwerken für die nächsten Jahre!

Ähnlich wie Dr. Filbinger mag auch der ehemalige Ministerpräsident Goppel aus Bayern gedacht haben. Er ist oder war Mitglied der Aufsichtsräte der Oberen Donaukraftwerke AG, München; Bayernwerke AG, München; Rhein-Main-Donau AG, München.³⁶ Die Bayernwerke AG sind Eigentümer oder Miteigentümer der Atomkraftwerke Niederaichbach, Kahl, Gundremmingen und Ohu. Um das ganze Ausmaß der Verfilzung zwischen Industrie, Behörden und Politikern aufzuzeichnen, wäre ein weiteres Buch notwendig. Das ist hier nicht möglich, daher möchte ich Interessenten der vielseitigen Verflechtung der Atomindustrie auf die vielen Bücher und Aufsätze des Berliners Lutz Mez verweisen, der sich mit diesem Thema ausführlich befaßte.^{131, 132, 133}

Das wahre Ausmaß der Korruption läßt sich wohl nur erahnen, wenn man sich Aussprüche wie die des ehemaligen SPD-Parteivorsitzenden von Schleswig-Holstein Günther Jansen vergegenwärtigt, „der dem Kanzler Schmidt in Bonn schon mal einrieb, er sei wohl ‚zuviel mit Industriellen und Bankiers auf Auslandsreisen gegangen‘.“³⁸ Der Arzt Dr. Klaus-J. Seelig schrieb an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Prof. Ernst Benda einen Brief, in dem u. a. folgendes zu lesen war: „Da kam der bedeutungsvolle Satz: ‚Uns von der Atomlobby ist seit langem bekannt, daß jedermann im Bundestag seinen Preis hat, und für uns ist es nur eine Frage der Kalkulation, ob wir ihn uns leisten können‘. Auf meine Rückfrage, wie er denn den Herren die Gelder zukommen lasse, kam es: ‚Wer glauben Sie denn bezahlt den Herren ihren Wahlkampf?‘“^{39, 40}

Diese Art der „Beeinflussung“ ist in Nordamerika gang und gäbe. Sogar über die Summen wird in den Zeitungen nordamerikanischer Bürgerinitiativen berichtet. Zwischen 1979–1980 wurden von der amerikanischen Nuklearindustrie über sechs Millionen Dollar an ausgewählte Senatoren und Abgeordnete bezahlt. Die vier hauptsächlichsten Reaktorhersteller: Westinghouse, General Electric, Combustion Engineering und Babcock & Wilcox Company wie auch die 63 privaten Elektrizitätsgesellschaften der USA bringen zusätzliche Gelder auf, um willige Politiker in die richtige Stimmung zu bringen.⁴¹ Ähnliches passierte in Kanada. Als festgestellt wurde, daß die Reaktoren von Babcock & Wilcox Mängel hatten, wurden diese nicht etwa beseitigt, sondern durch Schmiergelder die Abgeordneten beruhigt.⁴² Die Washingtoner Zeitung „Critical Mass Journal“ schrieb 1979 sarkastisch, daß durch den neuesten Skandal nicht nur aufgezeigt wird, wie das Reaktorgeschäft in Kanada gehandhabt wird, sondern auch, wie es um die Qualitätskontrolle bestellt ist.⁴² Keiner sollte meinen, solche Zustände wären bei uns nicht möglich. Im Gegenteil: das Obrigkeitendenken ist bei uns traditionell so verwurzelt, daß viele konservative Menschen solche Korruption nicht wahrhaben wollen, obgleich es wahrlich ausreichend Indizien dafür gibt. So schrieb der „Spiegel“: „Allzuoft freilich neigen die Genehmigungsbehörden dazu, ‚unter dem Druck der Industrie‘ und anderer Interessenten ‚mehr wirtschaftliche oder kommunale Gesichtspunkte als solche des Immissionsschutzes zu berücksichtigen‘, wie Dr. Franz-Josef Dreyhaupt, Ministerialdirigent im Düsseldorfer Sozialministerium, einräumt.“⁴³ Und wenn die Tochtergesellschaften der KWU: die Gesellschaft für Hochtemperatur-Technik mbH und Interatom^{44, 45}, den Preis des Brüters auf über vier Milliarden hochtreiben und gleichzeitig damit drohen, daß sie dieses Projekt sofort fallen lassen, wenn nicht der 1300 MW-Brüter bewilligt wird, so fragt man sich wirklich, wer denn in der Bundesrepublik das Sagen hat: Bundesregierung und Genehmigungsbehörden oder die Industrie?

Am 5. Februar 1981 wurde in den Nachrichten im NDR II, 13.00 Uhr verkündet, daß der Versuchsbrüter in Kalkar sogar 10 Milliarden DM kosten wird, also das Zwanzigfache der ursprünglich genannten Summe. Und daß die Bundesregierung entschlossen sei, den Brüter so schnell wie möglich in Betrieb zu nehmen. Dr. Herbert Gruhl schrieb in diesem Zusammenhang über den nordrhein-westfälischen Wirtschaftsminister Riemer: „Er warf der interessierten Wirtschaft eine ‚klare Täuschung‘ vor, da sie schon Pläne für einen 1300-Megawatt-Brüter fertig habe. Wörtlich sagte er: ‚Wenn so etwas schon in den Schubladen liegt, dann gibt es keine Versuchsvorbehalte mehr, sondern dann ist das ein Versuch, uns für dumm zu verkaufen.‘“²⁹ Nun, Minister Riemer vergift dabei, daß sich einige Politiker nicht für „dumm“ verkaufen lassen, sondern nur gegen Bares.

Uwe Zündorf beschreibt in seinem Buch „Untergang auf Raten“ sehr ausführlich, mit welchen Mitteln Industrie und Behörden vorgehen und keine Skrupel beim

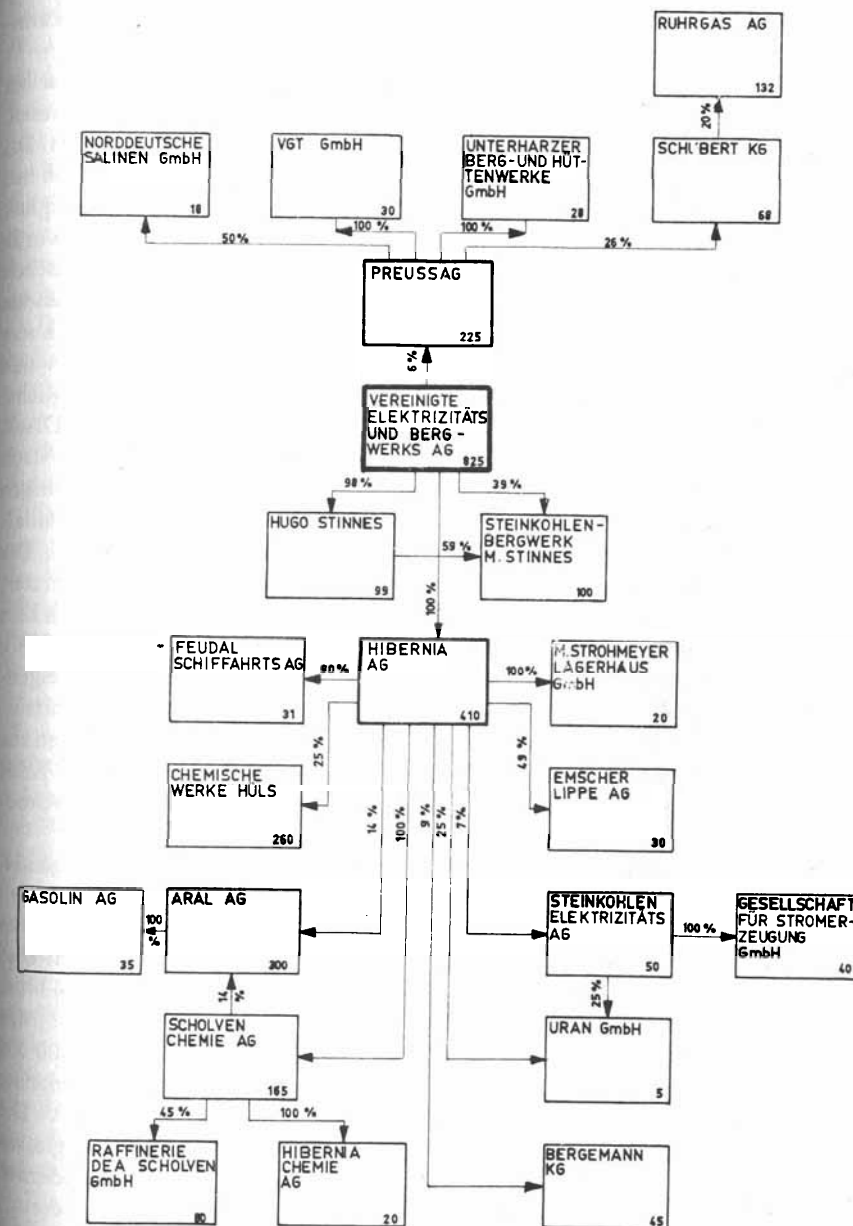
Umgang mit den Gesetzen haben, um Bürgerinitiativen auszuschalten und die eigenen Ziele rücksichtslos zu verfolgen. Er beschreibt, wie durch wirtschaftlichen Druck Zeitungen, Druckereien und Arbeiter „umgedreht“ werden. Im Falle des Riesen VEBA halten „Landes- und Bundespolitiker zumindest wortgewaltig mit. Die Methoden, mit denen hier wie dort der Widerstand der Gegner gebrochen worden ist (und noch gebrochen wird), ähneln sich in mancher Hinsicht“.

U. a. hatten der Ministerpräsident Heinz Kühn, NRW, und der damalige Wirtschaftsminister Prof. Schiller kräftig bei der Entscheidung mitgewirkt. So ein Schreiben von Schiller mit der Bitte, „den am Erarbeitungsverfahren Beteiligten den Inhalt dieses Schreibens als Entscheidungshilfe im Prozeß der Meinungsbildung bekanntzugeben.“ Die deutsche Gruppe VEBA erhielt die volle Unterstützung der Behörden, und wo nicht, da half die Landesregierung nach.⁴⁶

So Uwe Zündorf. Seitdem hat sich nichts verändert, wie ein Zeitungsartikel der „Frankfurter Rundschau“ zeigt: „Mit ihrem Beschluß, ein Grüngelände von rund 600 Hektar im Orsoyer Rheinbogen bei Duisburg in Industriefläche umzuwandeln und damit die Ansiedlung der VEBA-Großraffinerie zu ermöglichen, hat die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen nach Ansicht der Bürgeraktion ‚Pro Grün e. V.‘ ‚dem Menschen an der Ruhr das letzte Frischluftloch verstopft.‘ Die Aktion, der mehr als 10 000 Bürger des Ruhrgebiets vom Bergmann bis zum Minister angehören, protestierte in Bochum ‚schärfstens‘ und erklärte, dieser Tag werde ein ‚Schwarzer Dienstag‘ in der Geschichte des Landes.“

Nach langjährigen Messungen liege das Ruhrgebiet überwiegend in einer aus West-Nordwest kommenden Luftströmung, erklärte die Bürgeraktion. Mit Errichtung der Raffinerie bei Orsoy werde die ‚Front der Großluftverschmutzer an der Rheinschiene von Wesseling (bei Köln) bis Wesel nunmehr geschlossen‘. Die Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz in Essen habe in einem Gutachten den Bau der VEBA-Großraffinerie in Orsoy abgelehnt. Ministerpräsident Heinz Kühn habe sich jedoch ein Privatgutachten anfertigen lassen, in dem die Immissionsgefahren niedriger eingestuft worden seien. Der Steuerzahler an der Ruhr frage mit Recht, wieso er zu allem, was an Schadstoffen auf ihn zukomme, noch den kostspieligen Apparat einer Landesanstalt für Immissionsschutz bezahlen solle, wenn der Regierungschef sich seine Gutachten dort bestelle, wo sie ‚nach Wunsch‘ ausfielen.⁴⁷

Der geballten Macht von wirtschaftlicher Verflechtung und zum Teil auch Korruption können sich Behörden und selbst anständige Politiker nur schwer widersetzen. Dem wirtschaftlichen Interesse, Firmen, die große Investitionen gemacht haben, vor Verlusten zu bewahren, wird eindeutig der Vorrang gegeben vor der Sorge um die Gesundheit der Bevölkerung heutiger und zukünftiger Generationen. In der BRD müssen wir von dieser Voraussetzung ausgehen, denn die



Aus: *Friedrich in die Katastrophe*, 1. Auflage, S. 262, 1973.

verantwortlichen Behörden haben sich der Aufgabe verschrieben, die Nuklearindustrie gegen alle vorgetragenen Bedenken und Warnungen zu fördern.

Erschwerend kommt hinzu, daß viele Politiker nicht die Zeit finden, sich selbst umfassend zu informieren. Sie sind auf die Ausführungen von Experten angewiesen. Diese Experten sind aber in den seltensten Fällen unabhängig oder unbefangen. Dr. Klaus-J. Seelig: „Experten-Gutachten brauchen ja wie in Gorleben bekanntlich nur bezahlt zu werden, wenn sie der Firma günstige Ergebnisse zeitigen. Abhängigkeit der Wissenschaftler zu behaupten, wäre aber ‚üble Nachrede‘.“⁴⁹ Einiges wurde dennoch bekannt über die aufsichtspflichtigen Gremien, die sich den kritischen Sachverstand vom Leibe halten, indem nur Atomförderer in die entsprechenden Gremien hineingewählt werden. Wolfgang Knigge vom „Weltbund zum Schutze des Lebens“ zitiert aus einer Dissertation: „Angesichts dieser Lage erwies sich das . . . allen beteiligten Privaten (Anm. Berater) gemeinsame Interesse, möglichst viel Geld vom Staat zu erhalten, als der größte gemeinsame Nenner: die DATK (Deutsche Atomkommission) und ihre Untergliederung entwickelten sich nach einem ‚Scherzwort‘ der Ministerialbürokratie zu ‚Verteilerkreisen zur gegenseitigen Bedienung‘, zu ‚professoralen Interessenkartellen‘, die nach dem Stichwort handelten: ‚Gibst Du mir einen Beschleuniger, geb‘ ich Dir einen Reaktor‘ . . . Die Mitglieder der Beratungsgremien . . . sind nicht nur die fachkundigen Berater, sondern gleichzeitig ihre eigenen Interessenvertreter . . . Noch heute findet sich kein qualifizierter Atomkritiker unter den Beratergremien der Regierung (RSK, SSK). Seit Jahrzehnten handeln die Interessenten der Atomenergieentwicklung in eigen-nütziger Weise ihre Interessen untereinander aus. In vertraulichen Fachkommissionen werden unter finanzieller Mithilfe des Staates als ‚dritter Hand‘ die Weichen zur schnellsten Durchsetzung ihrer Ziele gestellt. Vertrauend auf die ‚normative Kraft des Faktischen‘ durch milliardenschwere bauliche Tatsachen wird einer unvorberiteten Öffentlichkeit die Unverzichtbarkeit dieser Technik suggeriert.“⁴⁸

Den „Wissenschaften“ und dem „Wissenschaftler“ kommt in der Propagandamaschine der Atomindustrie eine besondere Bedeutung zu: mit ihrer Hilfe werden falsche Aussagen frisiert. Die meisten Menschen haben großen Respekt vor Wissenschaftlern. Was sie sagen, gilt als richtig, denn es ist wissenschaftlich. Und Wissenschaftler können beweisen, was sie sagen, oder sie tun zumindestens so. Nun, lassen sie uns diese Wissenschaft einmal genauer betrachten. Prof. Dr. Max Thürkauf aus Basel schreibt: „Zur Zeit arbeiten auf der Erde mehr als 400 000 Wissenschaftler ausschließlich an der Entwicklung neuer Waffen. Die sogenannte wertfreie Wissenschaft, von der immer noch die Rede ist, hat es nie gegeben . . . Die moderne Wissenschaft entartet immer mehr zu einer Laboratoriumstechnologie, wo man sich mit der Richtigkeit von Meßresultaten begnügt . . . Im modernen Wissenschaftsbetrieb genügt die Richtigkeit; die Wahrheit schadet der Karriere . . . Das stimmt ebenso wie die Ursache für diese ‚Wissenschaftler‘-Vermehrung:

Chemie, Physik und Biologie werden heute zu mehr als 90 Prozent nicht als Wissenschaft, sondern als Geschäft betrieben.“⁴⁹ Thürkauf beklagt, daß der moderne Wissenschaftler sich nicht mehr für die Folgen der Anwendung seiner Erfindung verantwortlich fühlt. „Ein Rezept zum Tragen dieser Verantwortung gibt es nicht, das muß jeder mit sich selbst ausmachen, mit seinem Gewissen. Auch ein Kollektivgewissen gibt es nicht; wo diese Meinung herrscht, ist der Schritt in die Gewissenlosigkeit nicht groß.“⁵⁰ Dieses Gewissen ist jedoch sehr hinderlich, es würde eine Zurückhaltung zur Folge haben. Thürkauf: „Zurückhaltung bedeutet im System einer Macht- und Profitwirtschaft ein schlechtes Geschäft. – ‚Wer zuerst kommt, mahlt zuerst.‘ Andererseits dürften gebildete Chemiker und Physiker, die ja kraft ihrer Bildung bei der Anwendung von Erfindungen zur Zurückhaltung mahnen müssen, bei einer Industrie, wie wir sie heute haben, wenig gefragt sein. Von **technischen** Sachzwängen bedrängt und von der Konkurrenz herausgefordert, sieht sich ein Manager – auch wenn er es noch so gut meint – gezwungen, eine marktträgliche Erfindung so rasch wie möglich in die Produktion zu geben, da sonst der andere das Geschäft macht.“⁵¹

Ähnlich argumentiert der Nobelpreisträger Prof. Dr. George Wald: „Noch immer ist die Annahme verbreitet, daß Regierungspolitik mit einer Unterrichtung der Wähler verbunden ist, und daß eine Regierung eine Politik verfolgt, die das öffentliche Wohl am meisten fördert. Damit wird auch der ständige Ruf nach mehr Forschung begründet. Tatsächlich ist aber fast das Gegenteil wahr: Sobald sich eine Politik für einen Weg – und das gewöhnlich aus wirtschaftlichen und ‚politischen‘ Überlegungen – entschieden hat, wird nur die Öffentlichkeitsarbeit gesucht, welche diese Entscheidung stützt. Also folgt die öffentliche Meinung der Politik und nicht umgekehrt, wie es sein müßte! . . . Es bleibt eine Tatsache, daß die Befürworter eines schnellen Ausbaues der Atomindustrie, der Lockerung der Sicherheitsvorschriften, der Verharmlosung der Gefahren und der Beschwichtigung der Öffentlichkeit eine ungeheure industrielle, politische und geldliche Unterstützung erfahren. Diesen Forschern winkt sofort großer Gewinn, amtliche Zustimmung, begierige Aufnahme und breite Bekanntheit.“⁵² „Aber die Hauptfaktoren, die das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Nuklearindustrie schwinden ließ, waren nicht diese politischen Erkenntnisse, sondern daß die amerikanische Behörde AEC ihre Hauptaufgabe in der Förderung der Nuklearindustrie sah und dafür sogar bereit war, Kompromisse in den Sicherheitsvorschriften zu machen, nur um ihr Ziel der Förderung möglichst schnell zu erreichen. Es war hauptsächlich das Verdienst von Individuen außerhalb der Behörde und Industrie, die gegen den hartnäckigen Widerstand von Regierungen, Herstellern und Behörden strengere Sicherheitsmaßnahmen und -kontrollen erzwangen.“⁵³

Diese Worte von Prof. Wald sagen im wesentlichen, daß alle die vielen und teuren Sicherheitsforschungsinstitute und die Tausende von Wissenschaftlern, die Reakto-

ren „sicher“ machen sollten, eigentlich kaum etwas erreicht haben. Kein Wunder, denn nach Meinung des Juristen Dr. Ewald Gaul geht es letztlich gar nicht um den Schutz der Bevölkerung, „sondern um die Verwirklichung der Interessen von Atomindustrie und Elektrizitätswirtschaft: ‚Empfehlungen für höchstzulässige Dosen müssen so festgelegt werden, daß die Wahrscheinlichkeit einer Schädigung der Bevölkerung auf ein tragbares Maß vermindert wird‘. (ICRP-Publ., Nr. 14, 1969, S. 28). ‚Die Kommission ist der Ansicht, daß dieser Wert (5 rem pro Generation) einen annehmbaren Spielraum für die Atomprogramme der Zukunft schafft‘. (ICRP-Publ., Nr. 9, 1969, S. 15).“⁵⁴ Diese Worte machen klar, worum es vielen wissenschaftlichen Gremien geht: um Absicherung im Falle der Verletzung und Tötung von Menschen des Profites wegen! Zur Erreichung dieses Zieles schreckt man auch vor unverhüllter Zensur nicht zurück. Dr. Gaul in einem weiteren Artikel: „Die ‚Review Indiana University‘ erinnert im gleichen Jahr an den peinlichsten Vorgang bei der Ersten Konferenz zur friedlichen Nutzung der Atomenergie, Genf, 8. bis 20. August 1955: ‚In der ganzen Welt war Muller bekannt durch seine Arbeiten über die Strahlengenetik und seine Anstrengungen, die Menschheit vor Strahlenschäden zu schützen. Im Frühjahr 1955 wurde er besonders gebeten, der Ersten Internationalen Genfer Konferenz zur friedlichen Nutzung der Atomenergie eine entsprechende Arbeit vorzulegen. Kurz vor Konferenzbeginn unterrichtete man ihn, er dürfe seine Arbeit nicht vorlegen. Selbst ein fünfminütiges Kurzreferat wurde Muller verwehrt. Ihm wurde lediglich gestattet, der Konferenz als Beobachter beizuwohnen. Nachdem aber seine Kollegen von seiner Anwesenheit erfuhren, erhoben sie sich im Hauptauditorium von ihren Plätzen und brachten Prof. Muller Ovationen dar.‘ Der angesehene deutsche Genetiker Prof. Alfred Barthelmeß kommentierte das gegen Prof. Muller verhängte Redeverbot: ‚Es stimmt schon sehr nachdenklich, daß Muller, obwohl Nobelpreisträger und anerkannt der ‚erste Mann‘ auf diesem Gebiet der Strahlengenetik, als prominentester Vertreter der amerikanischen Abordnung auf dem 1. Internationalen Kongreß zur friedlichen Nutzung der Atomenergie in Genf 1955 nicht sprechen durfte‘. Noch im Jahr der Genfer Konferenz warnte Muller in der Fachzeitschrift ‚The Bulletin of the Atomic Scientists‘: für eine Gesellschaft, der die Atomenergie als Lebensgrundlage diene, sei die Strahlenverseuchung eine weit größere Bedrohung als die Katastrophe eines Atomkrieges, deren schnell sichtbare Folgen zur Einsicht in die Gefahr und zu Gegenmaßnahmen zwingen. Letztlich werde die Masse der Erbschädigung ein Ausmaß erreichen, das alle Mittel der Technik und Sozialhilfe dagegen machtlos mache.“⁵⁵

Diese Ausführung zeigt, daß es dennoch einige verantwortungsbewußte Wissenschaftler gab und noch immer gibt. Aber die Masse der Wissenschaftler macht den Zorn des Bertolt Brecht verständlich, der in seinem „Galilei“ sagt, die Wissenschaftler seien „ein Geschlecht erfinderischer Zwerge, die für alles gemietet werden

können“.⁵⁶ Die französische Umweltzeitschrift „La Gueule Ouverte“ bezeichnete die Wissenschaftler schlichtweg „als Huren des Kapitals“. Aber auch dieser Vergleich hinkt, denn Huren tun für die Armen, Verzweifelten und Einsamen doch **erheblich** mehr, auch wenn sie als Berufsstand verachtet werden, als die so geachteten Wissenschaftler, die Massenvernichtungsmittel und Konsumgüter erfinden, mit denen letztendlich die Menschheit ausgerottet wird. Man sollte aber nicht so sehr dem einzelnen Wissenschaftler die Schuld geben. Das ganze Problem stellt sich eher als eine Systemfrage dar. Prof. Dr. Dr. John W. Gofman beschreibt die Situation im „Bulletin of Atomic Scientists“ folgendermaßen: „Es besteht kein Zweifel, daß das System der Privilegierten die Furcht vor Arbeitslosigkeit als sehr nützliches Werkzeug verwendete, um alle Arbeitnehmer gleichzuschalten und gehorsam und unterwürfig zu halten. Man könnte diesen Luxus, den sich die Unternehmer in der Vergangenheit selbst zusprachen, als teuflisch und unmenschlich bezeichnen; jedoch im technischen Zeitalter, wo ein falsch geführtes Unternehmen eine potentielle Katastrophe auslösen kann, reicht dies nicht; wir können uns einen derartigen Luxus nicht mehr erlauben . . . Die Industriegiganten werden zwar auf keinen Fall verschwinden. Es wäre jedoch vernünftig, sie dazu zu bewegen, etwas Vernünftiges im Sinne der Allgemeinheit zu tun, anstatt ein Überleben der Menschen unmöglich zu machen.“⁵⁷

Die Gründe für dieses Fehlverhalten drückte Leo Goldman, der Kernenergieexperte der Vereinigten Autoarbeiter-Gewerkschaft in den USA, folgendermaßen aus: „Sie fürchten, daß ihre wissenschaftlichen Karrieren ausgespielt sind, wenn man hinter die jahrelangen Lügen kommt. Darin liegt des Pudels Kern!“⁵⁸

Es gilt hier festzustellen, daß die Wissenschaft pervertiert wurde. Über die Planung und den Einsatz gewisser Techniken entscheidet nicht der Vorteil für die Bevölkerung, sondern tradierte Voreingenommenheit und etablierte Interessen.⁵⁹ Man kann nicht Wissenschaftler entscheiden lassen, die am Fortgang ihrer Arbeit mit ihrer ganzen Existenz interessiert sind, sondern nur eine informierte Bürgerschaft, ob sie bereit ist, alle Risiken zu tragen. Aber genau das geschieht nicht. Der Bevölkerung lügt man etwas vor und täuscht sie über die Gefahren hinweg. Dr. Jost Herbig aus München beschreibt, wie die Wissenschaftler, wenn sie in ihren Vorrechten beschnitten werden, sofort über eine „Beschnidung der Freiheit der Wissenschaften“ lamentieren. Herbig schreibt: „Die Parole von der ‚Freiheit der Wissenschaften‘, die erhalten bleiben müsse, täuscht darüber hinweg, daß Wissenschaftler mit zunehmender Anwendungsnähe eines Forschungsgebiets ihre Freiheit stückchenweise selbst über Bord werfen und sich freiwillig in die Abhängigkeiten begeben, in denen freie Wissenschaft erstickt. Die von wirtschaftlichen oder militärischen Interessen diktierte Verteilung der Mittel, die Aufblähung des Apparats und die zunehmende Konkurrenz unter den Wissenschaftlern um Forschungs- und Entwicklungsgelder schränken hier die Freiheit der Wissenschaft

weitaus stärker ein, als es jede staatliche Kontrolle könnte. In diesen Bereichen bedeutet ‚Freiheit‘ allenfalls noch freie Wahl der Mittel, mit deren Hilfe ein vorherbestimmtes Ergebnis erreicht werden darf. . . . Führende Wissenschaftler (halten) kraft ihrer Leistung, ihrer Beziehungen zur Forschungsbürokratie, zu Politikern oder Industriellen die einflußreichen Positionen besetzt. . . . Mit Milliardensummen gefördert, verhätschelt und vom Heer der Gläubigen blind verteidigt sind Wissenschaft und Technik zum entscheidenden Instrument einer fortwährenden Restauration bestehender Machtverhältnisse geworden, die durch ungelöste gesellschaftliche und politische Probleme fortwährend aufgerissen werden. . . . Denn Technik ist nichts anderes als ein Mittel zur Stabilisierung der politischen Verhältnisse, die sie hervorbringen. . . . Unternehmer, Bürokraten, Politiker, Militärs und Wissenschaftler bedienen sich des Instruments von Wissenschaft und Technik, um innerhalb der gesellschaftlichen Konventionen legitime Ziele zu verfolgen. Es sind Ziele, die sich aus dem gesellschaftlichen Selbstverständnis dieser Gruppen ergeben und die unmittelbar mit der Wahrnehmung ihrer Gruppeninteressen verbunden sind. . . . Staat und Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft haben zusammengefunden. Und gerade in dieser Vereinigung liegt ein entscheidendes Problem. Die Wirtschaft, die einen großen Teil der Wissenschaft glücklich vereinnahmt hat und die staatlichen Entscheidungen dominiert, weist sich als gleichberechtigter Partner einer Gesellschaft aus, in der sie bereits die ersten, noch fast schüchtern vorgetragenen Emanzipationsversuche mit dem Hinweis erstickt, der Fortschritt verlange Opferbereitschaft.“⁶⁰

Industrievertreter und Vertreter der Ministerialbürokratie bedienen sich der Wissenschaftler und ziehen in vertrauter Gemeinsamkeit ihre Projekte durch. Dabei kommt es zu einer vorgezeichneten technisch-wissenschaftlichen Entwicklung, die nicht nur zu einer gefährlichen Machtkonzentration führt, sondern auch für die Menschheit zur Gefahr wird. Ähnlich äußern sich die amerikanischen Wissenschaftler Irvin C. Bupp und Jean-Claude Derian, über die der „Spiegel“ schrieb: „Die Krisen der Atomindustrie, konstatierten Bupp und Derian, wurzeln in lange durchgehaltenem Selbstbetrug: ‚Wissenschaftler mit intellektuellem Einsatz für den Erfolg der Kernkraft, Politiker mit politischem, Bürokraten mit organisatorischem und Geschäftsleute mit kommerziellem Einsatz bestärkten einander.“⁶¹ Zwischen 1940 und 1970 stieg die Anzahl der Forscher um das Zehnfache an, während die Qualität der Forschung, wie Prof. Thürkauf darlegt, stark sank. Der bekannte Biochemiker Prof. Erwin Chargaff kommt zu ähnlichen Schlüssen: „Dieses plötzliche Anschwellen hat höchst unheilvolle Folgen gehabt: Das so mühsam erkämpfte Ideal der Forschungsfreiheit ist vernichtet worden. Mit wenigen Ausnahmen gibt es keine freie Forschung mehr. Die Forscher sind zu winzigen, widerstrebend geölten Rädern einer Riesenmaschine geworden, deren Erzeugnisse mit dem, was man früher als geistige Produkte anerkannt hätte, nur die Verpackung

gemeinsam haben. Ich glaube, die reine Wissenschaft, die Grundlagenforschung, hat die ihr gesetzten finanziellen Grenzen bereits längst überschritten; und indem sie dies tat, hat sie sich von Grund auf verändert. Sie ist polarisiert und politisiert worden und dem Rest der Menschheit noch mehr entfremdet als zuvor.“⁶³

Wie die Situation der Betroffenen selbst aussieht, zeigte Dr. Klaus Traube an Hand der Atomenergie auf: „Man wird Reaktor-Experte fast ausschließlich über langjährige Tätigkeit innerhalb von Institutionen – Industrie, staatliche Forschung, Gutachterorganisationen –, in denen die für Außenstehende nur bruchstückhaft zugängliche, immense anfallende Information erzeugt, umgewälzt und aufbereitet wird. Es gehört zum kollektiven Selbstverständnis dieser Institutionen, deren Existenzgrundlage Atomenergie ist, daß sie machbar sein und bleiben muß. Dabei geht es nicht nur um die materielle Existenz; man baut im Laufe der Jahre Identifikationen auf, aus denen sich zu lösen ein psychologisches Problem erster Ordnung ist, wie ich an mir selbst und anderen erfahren habe. . . . Angesichts der notorisch konservativen Einstellung von Naturwissenschaftlern und Technikern setzt der Wissenschaftler, der etwa Freiräume in Universitäten nützen wollte, um Evidenz gegen Kernenergie zu erarbeiten, im allgemeinen Ansehen und Karriere aufs Spiel. Er riskiert die Abstempelung als Systemveränderer. Seine handlungsorientierte Forschung gälte kaum als ‚wissenschaftlich‘. . . . Und das doch so praxisorientierte ‚Bundesforschungsministerium‘? Bisher hat es keine Gegenforschung gefördert, finanziert es fast ausschließlich interessierte Großindustrie und Großforschungszentren, die auf der Klaviatur des Ministeriums zu spielen gelernt

In der Bundesrepublik erfolgt die wissenschaftliche Forschung und Entwicklung im Bereich der Atomenergie in acht staatlichen Großforschungseinrichtungen, die eine Personalstärke von über 10 000 Mitarbeitern haben. Der Staat sicherte sich als Geldgeber eine wirksame Einflußmöglichkeit innerhalb der Kernforschungszentren, die in der Rechtsform der GmbH auftreten. Dadurch entsteht eine Situation, die K. Willich (Diplom-Volkswirt aus Berlin) so beschreibt: „Die gesellschaftliche Stellung der Wissenschaftler läßt sich wiederum in zwei Punkte untergliedern:

- Die Abhängigkeit der Wissenschaftler von ihren entweder privatwirtschaftlichen oder staatlich beauftragten Forschungsinstitutionen. Neben der bedeutenden Wirkung der materiellen Abhängigkeit bestehen hierin einerseits bestimmte Strukturen der Durchsetzung gewünschter Forschungsziele und der Zensur oder Unterdrückung dem widersprechender Ergebnisse, andererseits ergibt sich aus der inhaltlichen Ausrichtung der Kernforschung eine positive Stellung der Wissenschaftler zu ihren, die Anwendung der Kernenergie ermöglichenden und legitimierenden Ergebnissen. Aufgrund ihrer Beteiligung an Entwicklung und Anwendung der Kernenergie ist von dieser Seite keine kritische Überprüfung ihrer eigenen Forschungsergebnisse zu erwarten.

Beträge 1979 der 12 Großforschungseinrichtungen zu den 35 Aufgabebereichen und 10 Förderbereichen der Bundesregierung
(F+E-Personal in Mannjahren)

	DIESY	DFVLR	DMFZ	GBF	CKSS	GMD	GSF	CSI	HMI	IPP	KFA	KIK	Summe
Schneller Brüter											10	300	310
Hochtemperaturreaktoren									7		307		314
Leichtwasserreaktoren											31		31
Urananreicherung											61		63
Wiederaufarbeitung/Endlagerung				88					28		61		262
Sicherheit kerntechnischer Anlagen					131						20		189
Kernfusion		126							11	457	166	97	903
Nukleare Energiesysteme											640		640
Summe Energieforschung und -technik		126			131		88		39	457	640	881	2.381
Exploration, Abbau und Aufbereitung									22		24		46
Verfahrenstechn. Werkstoffentwicklung		5			115						17		129
Techniken zur Nutzung des Meeres		14							22				197
Summe Meerestechnik/Rohstofficherung		19			115				22		41		217
Anwendungen der DV						107			43		48	31	236
DV-Anwendungen in der Medizin			22			39	56		18	18	27		83
DV-Systeme						35							124
Grundlagen der DV													35
Summe Datenverarbeitung		27				201	56	7	61	18	75	31	498
Summe Nachrichtentechnologie/ Bauelemente									10				64
Tiefen- und Spritzleistungstechn.												62	72
Grenzflächen- und Hochvakuum-											42		42
forschung												71	71
Isotopentechnik													
Summe Schlüsseltechnologien		10									42	133	185
Weltraumforschung		101											101
Raumfahrttechnik		563											563
Summe Weltraumforschung und -technik		664											664
Krebsforschung			375				306		14		63	15	375
Medizinische Forschung und -technik				237			101				398	16	900
Biologische Forschung und -technik					61			2			81	21	299
Oxysystemforschung und -tech. Technik		35											
Summe FET für Gesundheit, Erhaltung und Umwelt		35	375	237	61		502	2	14		184		26
Landgeb. Verkehrs- u. Transportsysteme		26											26
Kernenergiegeschäfte					19								
Luftfahrttechnik		709											
Summe Transport- und Verkehrssysteme		815			19								834
Kern-, Radio- und Strahlentechnik									59		22		81
Elementarteilchenphysik, Fo. m. Mesonen		461							64		112	19	480
Kernphysik und Schwerionenforschung		13							6		218		324
Festkörperforschung									80		26		345
Summe Nukleare Grundlagenforschung		476							135	203	352	64	1.230
System-, Anwendungsorient. Forschung							46			15	30	38	189
Systemforschung und -technik													
Summe Allgemeine Forschung							46			15	90	20	50
Dienstleistungen für Industrie, Behörden, Öffentlichkeit		101	1.814	387	237	326	265	144	360	490	1.462	1.219	7.953
Gesamtsumme der AGP-Beträge	513	1.814	387	237	326	265	728	144	360	490	1.462	1.219	7.953

AGP: Atomwirtschaftliche Großforschungsanlagen, Bsp.: Kernforschungszentrum Karlsruhe, Druckzettel 8/3024, Bundesbericht Forschung VI, 28. Juni 1979.

Der Bereich wissenschaftlicher Institutionen sowie die Stellung der Wissenschaftler untereinander zeichnen sich durch starke hierarchische Strukturen aus. Eine an der Spitze stehende Wissenschaftselite, die nur noch wenig mit fachwissenschaftlicher Arbeit beschäftigt ist, erfüllt hauptsächlich wissenschaftspolitische Funktionen, worunter besonders die Koordinierung der Aufgaben und die Vertretung der Wissenschaft nach außen fallen. Darin liegt ein zusätzlicher starker Informationsfilter, der zu einer einheitlichen Ausrichtung der wissenschaftlichen Meinungsäußerung beiträgt.⁶⁵

Außerdem ist eine massive Zensur „gang und gäbe“. Prof. Robert Jungk schrieb: „Die Mitarbeiter des Kernforschungszentrums Karlsruhe stehen inzwischen sogar unter zweifacher Publikationszensur. Einmal ist das Zentrum durch einen Vertrag mit der Firma ‚Interatom‘ verbunden, die eine besonders scharfe und über die Geheimhaltung technischen Wissens hinausgehende Kontrolle der Meinung und des Verhaltens der ihr verbundenen Fachkräfte anstrebt. Zweitens haben nun außerdem seit Juli 1977 die für ihre strengen Informationskontrollen bekannten Instanzen der französischen Atomindustrie auch noch ein Wort mitzureden, das ihnen laut dem neuen Kooperationsvertrag mit den Deutschen zusteht. Sie haben das Recht, jede Publikation eines Institutsmitglieds vorher zu lesen und unter Umständen für Veröffentlichungen zu sperren.“⁶⁶ Ähnlich äußerte sich der Journalist Wolfgang Rieger 1978 in der „Zeit“: „Von einem ‚Maulkorberlaß‘ am Kernforschungszentrum in Karlsruhe ist in letzter Zeit immer wieder gesprochen worden. Es heißt, Mitarbeiter dieser Institution müßten Aufsätze und Vorträge vor der Veröffentlichung zur Freigabe der Geschäftsführung vorlegen. Darauf achte man besonders, seitdem es enge entwicklungs-technische Verbindungen zwischen der deutschen und französischen Kernkraftindustrie und dem Karlsruher Zentrum gebe. . . Hier wird die Freiheit des Forschers – man kann es drehen und wenden wie man will – durch die kommerziellen Interessen der späteren industriellen Entwicklung seiner Untersuchungsergebnisse eingeschränkt.“⁶⁶ Rieger zitiert auch die Erklärungen von Prof. Hans Wolfgang Levi (wissenschaftlicher Geschäftsführer des Hahn-Meitner-Instituts in Berlin): „Wir arbeiten eng mit der Industrie zusammen, betreiben nicht nur reine Grundlagenforschung. Wenn sich ein Institut dieser Art generell ablehnend äußert, ist das für die Industrie nicht zumutbar.“⁶⁶ Auch Wolfgang Breyers (Interatom) Ansicht ist typisch für die Branche: „Jemand, der die friedliche Nutzung der Kernenergie grundsätzlich ablehnt, sollte nicht in der Nuklearindustrie arbeiten. . . Wenn ein Mitarbeiter in der Nuklearindustrie öffentlich den Bau und Betrieb von Kernkraftwerken verurteilt, verletzt er seine Loyalitätspflicht und muß deshalb mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen.“⁶⁶ Wie dramatisch und drastisch die wissenschaftlichen Säuberungsaktionen an den mit Steuergeldern finanzierten Großforschungsinstituten sind, zeigen zwei Erklärungen der Bundesregierung vor dem Bundestag: „Nach Kenntnis der Bundesregierung gibt es an den

von ihr mitfinanzierten Kernforschungszentren keine Gruppen, die das Ziel verfolgen, den Bau oder den Betrieb von Kernkraftwerken und anderen nuklearen Einrichtungen prinzipiell zu verhindern.⁶⁷ Es scheint klar, daß jede Kritik von vorneherein mundtot gemacht wurde. Daß man auf diese Weise keine objektive Beurteilung über Nutzen und Schaden der Atomenergie erhält, ist völlig klar. Aber daran besteht auch keinerlei Interesse, wie Bundestagsprotokolle beweisen. Auf die Anfrage des Abgeordneten Ueberhorst (SPD): „Sieht die Bundesregierung in der Ausweitung kommerzieller Kooperationsverträge der Großforschungszentren mit der Atomindustrie Gefahren für die Erhaltung und Ausweitung einer industrieunabhängigen Beurteilungskapazität der staatlichen Großforschungszentren, und wie gedenkt die Bundesregierung derartige Gefahren gegebenenfalls abzuwehren?“ antwortete die Bundesregierung 1979 u. a.: „Die von den Großforschungseinrichtungen mit Industrieunternehmen abgeschlossenen Zusammenarbeitsverträge auf dem Gebiet der nuklearen Energieforschung haben als Ziel und Inhalt, die Abstimmung der bei den jeweiligen Partnern laufenden F- und E-Arbeiten sowie den Austausch der Forschungsergebnisse sicherzustellen.“⁶⁸

Somit wurde sichergestellt, daß Wissenschaftler nicht mehr ihrem Gewissen folgen und die Wahrheit sagen, sondern lieber die Unwahrheit, aber damit ihren Arbeitsplatz nicht gefährden. Diese verhängnisvollen „unwissenschaftlichen“ Praktiken sind ein wesentlicher Begleitumstand bei der Entwicklung der Atomenergie. Nur mit Kenntnis dieser Methoden ist das Ausmaß der Manipulation und Verfälschung wissenschaftlicher Aussagen zu verstehen. Die Maulkorberlasse wurden mit den Jahren und der Erkenntnis über die sicherheitstechnischen Mängel immer weiter verschärft. Bereits 1972 schrieb der „Spiegel“ über die Praktiken bei der KFA Karlsruhe: „Die Wissenschaftler der Karlsruher Reaktoranlage sind dann auch mittlerweile – per ‚Hausmitteilung 1972‘ – zur Verschwiegenheit vergattert worden: Barsch kritisiert die Zentrumsleitung, daß ‚einigen Mitarbeitern die öffentliche Diskussion vermuteter oder bestehender Mängel wichtiger erscheint als der Ruf ihrer Arbeitsstätte . . . Warnung an die Diskutanten: ‚Sie sägen damit aber an einem Ast, auf dem wir alle sitzen‘.“⁶⁹

Diese massiven Einschüchterungsversuche waren notwendig, damit die Wissenschaftler, die im Dienste der Atomindustrie die Verharmlosung der Gefahren als lukratives Geschäft betrieben, nicht von ihren eigenen Kollegen entlarvt wurden. Somit war der Weg frei für eine einmalige Verfälschung der Fakten, von denen in diesem und in dem folgenden Kapitel genügend Beispiele folgen werden. Dr. Ewald Gaul schrieb in „Diagnosen“ unter der Überschrift „Propaganda für die Atomenergie“: „Dennoch verstärken aber Atomindustrie und Elektrizitätswirtschaft ihre Propaganda auf der traditionellen Linie der Behauptung falscher und der Unterdrückung wahrer Tatsachen. Beispielsweise versucht der Geschäftsführer des Kernforschungszentrums Jülich, Prof. Karl Heinz Beckurts, Mitglied des Verwal-

tungsrates des Deutschen Atomforums, von den wirklichen Vorgängen im Atomkraftwerk ‚Three Mile Island‘ abzulenken und bezeichnet die Berichterstattung über Harrisburg als ‚sensationslüsterne und hysterische Panikmache in der Öffentlichkeit‘. Mit Recht kommentiert die ‚Frankfurter Allgemeine Zeitung‘: ‚Diese Kritik an der Berichterstattung der ‚Medien‘ über diesen bisher schwersten Störfall in der zivilen Kerntechnik bestätigt nur, wie großzügig Naturwissenschaftler und Techniker mit der Öffentlichkeit umgehen . . . Immer wieder haben sie Behauptungen aufgestellt, die sie später wieder zu revidieren hatten‘.⁷⁰ Als der sowjetische Biologe und Dissident Zhores Medwedjew 1976 im ‚New Scientist‘ schrieb, daß sich in der Sowjetunion 1957/58 eine Atomkatastrophe ereignet hatte, deren Auslöser die Explosion radioaktiver Abfälle gewesen sei, folgten die offiziellen Erklärungen und Dementis von internationalen Experten und Atompolitikern. Einer der Eifrigsten von ihnen, ausgerechnet der Vorsitzende der Britischen Atom-Energiebehörde, Sir John Hill, erklärte in der ‚Times‘ in überheblicher Manier, Medwedjews Mitteilungen seien „Unsinn“.⁷¹

Wie traurig die Situation mit den angeblich „unabhängigen“ Experten ist, spiegelte ein Artikel der ‚Süddeutschen Zeitung‘ wider: „Die von Carter eingesetzte Kommission zur Untersuchung des Atomunfalls im KKW Three Mile Island bei Harrisburg kann ihre Arbeit aufnehmen, nachdem der Senat die Kommission ermächtigte, alle Zeugen *unter Eid* zu vernehmen. Die Kommissionsmitglieder hatten mit ihrem Rücktritt gedroht, falls ihnen diese Möglichkeit verweigert werden sollte, da sie ‚zu oft belogen‘ wurden.“⁷² Traurig, aber es ist ein Faktum, daß man in der Bundesrepublik viele Gutachten kaufen kann, ganz gleich wie lächerlich und haltlos die Aussagen vom wissenschaftlichen Standpunkt her auch sind, vorausgesetzt man hat genügend Geld für solch ein Unterfangen. Wissenschaftler bieten sich überdies oft wohlfeil an. Robert Pollard, kompetenter Sicherheitsexperte und ehemaliger Projektleiter der US-NRC, erklärte diesen Vorgang im ‚Spiegel‘ folgendermaßen: „Ach wissen Sie, das ist meistens ziemlich einfach. Man nimmt einen Experten, bezahlt ihm eine Menge Geld und fragt ihn: Halten Sie den Bereich, für den Sie verantwortlich sind und den Sie gut kennen, für sicher? Natürlich ist die Antwort ja. Sollten die Experten von der NRC etwa sagen: ‚Wir haben zwar 70 Reaktoren genehmigt, aber viele sollten besser gestoppt werden, denn unser Urteil war falsch?‘ Es ist nur zu menschlich, daß ein solcher Widerruf ausbleibt. Daneben mag gelegentlich auch Bestechung eine Rolle gespielt haben. Auch die Tatsache, daß manche Experten der Regierungskommission aus der Industrie stammen und umgekehrt Regierungsfachleute in die Industrie gegangen sind, hat sicher nicht zu einem objektiven Urteil beigetragen.“⁷³

Der Abgeordnete H. B. Schäfer (SPD) erklärte in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages: „Meine Antwort auf besorgte Bürgerfragen lautete damals (1972), ich sei überzeugt, daß kerntechnische Anlagen verantwortbar, das Risiko im

Rahmen des Menschenmöglichen vergleichsweise gering und gesellschaftlich akzeptabel sei und die noch offenen Probleme sicherlich lösbar seien. Selbst wenn ein Verzicht auf Kernenergie möglich wäre, hielte ich ihn nicht für angemessen oder gar wünschenswert. . . Im Verlauf der parlamentarischen Arbeit wurde meine Gewißheit über die Sicherheit und Verantwortbarkeit der kommerziellen Nutzung der Kernenergie bald erschüttert. Dies nicht etwa in erster Linie durch Kernenergiekritiker, im Gegenteil, das ‚Verdienst‘ kommt dabei im wesentlichen Befürwortern eines möglichst massiven Ausbaus der Kernenergienutzung zu. Ich mußte bei meiner Arbeit bald feststellen, daß es in der Bundesrepublik eine nukleare ‚Community‘ in Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung gibt, die kontroverse, kernenergiekritische oder skeptische Aspekte nicht offen und öffentlich an- und ausspricht. Skeptikern und Kritikern der Kernenergienutzung wird von dieser Community leicht und gerne ihre wissenschaftliche Seriosität und Glaubwürdigkeit in Abrede gestellt. Die vielbeschworenen Lösungen und Sicherheiten erwiesen sich bei näherem Hinsehen oft nur als Annahmen oder Hoffnungen; Lösungen wurden als Gewißheit angeboten, wo man allenfalls von mehr oder minder berechtigten Hoffnungen sprechen konnte, wie etwa in der Frage der Entsorgung, der Interaktion Mensch-Maschine oder der Plutoniumproblematik. Auch der zuweilen schnelle Wechsel im Urteil mancher wissenschaftlicher Gremien zu wissenschaftlichen Fragen, wenn es die aktuelle Lage erforderte, ließ mich, wie z. B. im Falle der Beurteilung des Berstschutzes, aufmerken.

Der Politik, zumal dem Parlament – das ist eine wichtige Erfahrung meiner bald achtjährigen Parlamentstätigkeit im Bereich der Technologiepolitik – wird von vielen Sachverständigen im Grunde nur eine Aufgabe zuerkannt, nämlich die finanziellen Mittel und die öffentliche Akzeptanz für die jeweiligen technologischen Maßnahmen zu beschaffen. Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung – allesamt sachverständig – ersetzen so unausgesprochen, vielleicht auch unbewußt, mit ihrem Sachverständigenanspruch die politische Bewertung und Entscheidung über die Verantwortbarkeit von Technologien und ihre Folgewirkungen. Stillschweigend würde bei Realisierung dieser Erwartungshaltung unsere Demokratie in eine Technokratie verfremdet werden.⁶⁴

Dem großen Druck und Einfluß der Atomlobby erlagen Wissenschaftler, die sich anfänglich sogar kritisch gegenüber der Atomenergie verhalten hatten. Ernst-Otto Cohrs (Vizepräsident des Weltbundes zum Schutze des Lebens, WSL) schrieb in „Diagnosen“: „Während besorgte Wissenschaftler immer häufiger und nachdrücklicher vor den Gefahren der ‚friedlichen Nutzung der Kernenergie‘ warnten, vollzog Prof. Graul ohne den Schimmer wissenschaftlicher Begründung eine erstaunliche Kehrtwendung und wurde von Atomindustrie, Elektrizitätswirtschaft und Genehmigungsbehörden für atomare Anlagen (z. B. Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg unter Minister Rudolf Eberle) als ‚wissenschaftlicher Erfüllungsgel-

hilfe‘ gern zitiert.“⁶⁵ Als weitere Wissenschaftler, bei denen sich ein erstaunlicher Wandel vollzog, benennt Ernst-Otto Cohrs den „Fernsehprofessor“ Dr. Heinz Haber und sogar den niedersächsischen Minister Prof. Dr. Ing. Eduard Pestel. Mit Wissenschaftlern, die den anderen Weg beschritten, ging man nicht so freundlich um. Prof. Dr. Werner Koch berichtet z. B. über den Krieg des Thomas Macuso (Universität Pittsburg) mit der US-Regierung, nachdem er und zwei Mitarbeiter festgestellt hatten, daß niedrige Strahlenpegel, die kürzlich noch als ungefährlich betrachtet wurden, tödlich sein können. Die Regierung schnitt ihm seine Forschungsmittel ab, schob ihn in den vorzeitigen Ruhestand und versuchte in den Besitz seiner Untersuchungsergebnisse zu gelangen.⁶⁶ Ähnliches passierte den Professoren John W. Gofman und Arthur R. Tamplin, die die AEC zwangen, ihre Toleranzwerte für Radioaktivität um das Hundertfache zu senken. Die AEC wollte jedoch die wissenschaftliche Forschung der beiden Professoren nicht anerkennen, obgleich diese für die AEC in leitenden Positionen arbeiteten, sondern setzte sie unter Druck, setzte sie verschiedenen Schikanen aus und versuchte sogar, sie auf ihren Geisteszustand untersuchen zu lassen.

E. O'Connor, ein Vertreter der einflußreichen amerikanischen Methodistenkirche, beschrieb in einem Artikel, wie es Gofman und Tamplin nach ihren Veröffentlichungen erging: „Die Professoren Gofman und Tamplin, die als härteste Kritiker der AEC galten, wurden von der AEC erpreßt und bedroht. Um nur einige Methoden zu nennen: Man drohte ihnen mit Entlassung, wollte sie in der Öffentlichkeit lächerlich machen, wollte ihre Kompetenz, ihren Geisteszustand und ihre Motive abwerten, man versuchte, ihr Material zu zensieren und ihre Arbeiten zu verändern, entzog ihnen die Mitarbeiter, kürzte Gehalt und Urlaubsgeld und verweigerte Lohnerhöhungen.“⁶⁷ Er fuhr dann fort: „Ich behaupte und warne davor, daß das Wohl der Allgemeinheit bezüglich der Radioaktivität durch mangelhafte Berücksichtigung der Gesundheit durch eine schockierende Durchsetzung von Interessen und durch eine egoistische Beharrung auf Fehlern ernsthaft gefährdet ist.“⁶⁷

Wenn Wissenschaftler gegenüber der Atomindustrie kritisch würden und sich gegen Atomkraftwerke aussprächen, so schreibt O'Connor, dann wisse man, wie man sie zum Schweigen bringt. Der AEC Commissioner Castagliola hätte z. B. den Präsidenten des MIT, der Cornell-, der Stanford-, der John Hopkins- und der Universität von Minnesota einen Brief geschrieben und mitgeteilt, daß Professoren an ihren Universitäten sich gegen die Errichtung von Atomkraftwerken ausgesprochen hätten. Die Forschungsaufträge, die die AEC und die Industrie vergäben, seien jedoch kündbar und nicht für Professoren gedacht, die sich gegen die Ziele der AEC stellten.

Trotz dieser gewaltigen Anstrengungen gelang es der AEC jedoch nicht, die Behauptungen dieser Wissenschaftler zu widerlegen. Sogar der Vorgesetzte von

Gofman und Tamplin, Dr. Roger Batzel, bekannte, daß er ihre wissenschaftlichen Arbeiten überprüft hätte und leider nicht imstande sei, Fehler nachzuweisen. Daher vermied nun die AEC jede öffentliche Diskussion, die ihnen von Gofman und Tamplin wiederholt abverlangt wurde. Viele Wissenschaftler, die die aufgestellten Thesen der beiden unterstützten, sind weder von der Kernindustrie noch von den ihnen dienenden Behörden abhängig. Zu ihnen gehören z. B. die Doktoren Joshua Lederberg und Linus Pauling (beides Nobelpreisträger), R. H. Mole, Alice Stewart, E. B. Lewis, Arthur Wolff, Ernest Sternglass etc.

Auch in der BRD geht man gegenüber Atomgegnern rigoros vor. So wurde der Ingenieur Jens Pommerenke durch den Technischen Überwachungsverein Norddeutschland mit Sitz in Hamburg fristlos gekündigt, weil er an einer Demonstration gegen das geplante Atomkraftwerk Brokdorf teilgenommen hatte!⁷⁸

Auf diese Art sollen jegliche Opposition und auch wissenschaftliche Argumente gegen die Atomenergie rücksichtslos unterdrückt werden. Prof. Dr. Werner Koch stellte daher folgerichtig fest: „Es gibt keine neutrale, ungestörte, objektive und sachliche Unterrichtung der Bevölkerung durch unsere Massenmedien. Dies gilt ausnahmslos für alle Bereiche des Lebens. Kein Gebiet ist ausgenommen, aber keines! Nie waren die Möglichkeiten so groß, die Leute so gut zu unterrichten, aufzuklären und es ihnen zu überlassen, sich ihre eigene unbeeinflusste Meinung zu bilden wie heute, aber auch nie wurde die Meinungsbildung im großen Stil raffiniert gesteuert wie heute. So kommt es zu einem Wissensverzicht und zu regelrechtem *Erkenntnisboykott* in unserer Zeit.“⁷⁶ Redakteure in den zunehmend gleichgeschalteten Medien, die nicht das gewünschte Wohlverhalten zeigen, müssen um ihre Karriere, wenn nicht sogar um ihren Arbeitsplatz fürchten wie der Fall des ehemaligen Chefredakteurs des „Stern“ Manfred Bissinger zeigte. Die Kündigung des Staatsvertrages über den Norddeutschen Rundfunk in Hamburg durch die CDU-Regierung in Kiel hatte ihren Grund in zu sachlicher Berichterstattung über atomare Probleme und in „links-kritischer“ Berichterstattung.

Die Atomlobby mit all ihrer Macht übt einen gewaltigen Druck auf die Medien aus, zumal mögliche Verluste im Anzeigengeschäft einen finanziellen Verlust für ein Presseerzeugnis bedeuten. Aus diesem Grunde fällt es der Lobby nicht sehr schwer, gezielte und getarnte Propaganda mit Hilfe von willigen „Wissenschaftlern“ zu betreiben. Durch die Konzentration der Publikumszeitschriften in der Hand weniger Verlage ist es noch leichter, die Öffentlichkeit einseitig zu beeinflussen. In der Bundesrepublik werden 268 Publikumszeitschriften mit einer Auflagensumme von 82 345 117 (IV. Quartal 1979) verkauft. Pro Woche ergibt das über 50 000 000 verkaufte Exemplare. Der Zeitschriftenverkauf liegt im wesentlichen in der Hand von vier Verlagen: Heinrich Bauer Verlag KG, Burda-Konzern, Axel Springer Verlag AG und Bertelsmann AG mit Gruner und Jahr AG & Co. Diese vier Verlage teilen sich einen großen Teil des Zeitschriftenmarktes in der Bundesrepublik. Durch

weitere Beteiligungen und Verflechtungen untereinander liegt damit die Berichterstattung der bundesrepublikanischen Medien in wenigen Händen.⁷⁹ Daher fällt es der Atomlobby auch leicht, Einfluß auf die meisten Zeitschriften auszuüben. Ein wesentliches indirektes Zensurinstrument ist der wöchentliche Dienst des Deutschen Industrieinstituts in Köln. In ihm werden handfeste Hinweise erteilt und kritische Artikel zensiert. Da heißt es dann: wieder einmal hat der „Stern“ dem Industrie- und Atomgegner die Möglichkeit gegeben, die Industrie zu diffamieren. Diese Rezensionen werden dann an alle Manager der Anzeigenabteilungen großer Firmen versandt.

Ein weiteres Beeinflussungsmittel sind direkte Kontakte und Drohungen über das Verlagsmanagement oder die Chefredaktion. Bei kleinen Zeitungen kommen die Anweisungen häufig direkt über den Verleger, bei großen Zeitungen sind die Methoden der Beeinflussung subtiler. Neben direkten Drohungen, die nicht so gerne angewandt werden, operiert man lieber mit großzügiger Bewirtung und prunkvollen Geschenken. Drei- oder vierwöchige Reisen nach Asien auf einer Luxusjacht, Brillantarmbänder und ähnliche Geschenke erfüllen häufig das Ziel. Bei einem Jubiläum einer großen Wochenzeitschrift wurden alle wesentlichen Manager ins „Maritim“ in Timmendorf eingeladen, um dort ein Wochenende mit Ehefrau oder Freundin zu verbringen. Rauschende Bälle und Yachtfahrten gehören ebenso zu dem Programm wie der freie Einkauf für die Ehefrau in Nobelboutiken und Juwelierläden. Solche „Werbemaßnahmen“ erzielen fast immer den gewünschten Erfolg und machen sich vielfach bezahlt. Neben den privatwirtschaftlichen Interessen dringt auch ab und zu die Regierung darauf, daß eine Berichterstattung über gewisse Themen im „eigenen“ Interesse unterbleibt. Mit solchen Methoden wird dafür gesorgt, daß die eigentlich „freie“ Presse zu einer gefügigen wird. Eine Art Selbstzensur also durch subtile Korruption.

Auf diese Art wird ermöglicht, daß Wissenschaftler unhaltbare Propagandehauptungen aufstellen, die dann auflagenstarke Verbreitung finden. Den Atomgegnern hingegen werden die diskriminierenden Schlagworte wie „unwissenschaftlich“, „unsachlich“, „emotional“, „einseitig“ zugeordnet, mit denen die Vertreter industrieller, administrativer und politischer Interessengruppen sachlich begründete Einwände sozial verantwortlich denkender Vertreter des Umweltschutzes abzutun versuchen. Nur mit der Klärung dieser Zusammenhänge ist verständlich, daß anscheinend weder Behörden noch Institutionen „wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse“ von der Propaganda des Atomforums unterscheiden können. Hierzu nur einige Beispiele: „Bisher gab es in Atomkraftwerken noch keinen einzigen Unfall“, sagt Professor Erich Bagge (Kiel, Mitglied des Deutschen Atomforums), einer der führenden deutschen Kernphysiker. Dies veröffentlichte die „Welt am Sonntag“ am 21. Januar 1973. In demselben Artikel fährt Prof. Bagge fort: „Der größtmögliche Unfall wäre ein Schmelzen des Stahlkessels. Dabei entstünden im

Bunker radioaktive Gase, deren Beseitigung langwierig, aber nicht problematisch wäre.“⁸⁰

Prof. Dr. H. Grumm (Leiter des Instituts für Reaktortechnik und der Österreichischen Studiengesellschaft für Atomenergie GmbH) behauptete schlichtweg, daß „die Kernenergie nicht nur als zusätzliche Energiequelle ‚rechtzeitig‘ entdeckt worden ist, sondern daß sie auch als eine wirtschaftliche, konkurrenzfähige Energiequelle mit geringerer Umweltbelastung als die herkömmlichen Formen gerade rechtzeitig entwickelt worden ist, um einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung einer lebensfreundlichen Umwelt zu leisten.“⁸¹

In diesem Sinne sind dann auch die als wissenschaftlich aufgemachten Kommentare vieler Zeitungen und Zeitschriften gehalten. Um nur ein Beispiel zu nennen: Im deutschen „Playboy“, der zu 100% dem Heinrich Bauer Verlag, Hamburg, gehört, stand im Januar 1973 ein 7 Seiten langer Reklameartikel zur Kernenergie, der zwar graphisch gut gemacht, aber inhaltlich sehr weit von den wirklichen Verhältnissen entfernt war.⁸² Ein kritischer Leserbrief von mir wurde mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß Prof. Heisenberg (Präsidiumsmitglied des Atomforums) „diesen Artikel für die zutreffendste Darstellung des gesamten Komplexes in der deutschen Presse halte.“⁸³ Der Leserbrief von Dr. Brück (Öffentlichkeitsarbeit des Atomforums) wurde nicht abgewiesen. In der Aprilausgabe durfte er sich für die angebliche „Objektivität und Sachlichkeit“ des Artikels bedanken.⁸⁴ Die Zeitschrift „Bild der Wissenschaft“ wagt in der Ausgabe vom Juli 1973 sogar festzustellen: „Ohne Kernenergie ist eine erträgliche Zukunft nicht denkbar.“⁸⁵

Ein weiteres Beispiel verfälschter Berichterstattung stellt die Volksabstimmung am 23. März 1980 in Schweden dar. In der Presse hieß es „Schweden sagt ‚ja‘ zur Kernenergie“ (VDI-Nachrichten, 4. April 1980), „Schweden sagen ‚ja‘ zur Kernkraft“ (Darmstädter Echo, 25. März 1980). Dies sind nur einige Beispiele der tendenziösen Berichterstattung, in der die Abstimmung als Sieg der Atombefürworter gefeiert wurde. Das Gegenteil war jedoch der Fall, denn zur Abstimmung standen nur drei Modelle, die alle in sich ein grundsätzliches Nein zur langfristigen Nutzung der Atomenergie beinhalteten. Das „Öko-Institut“ in Freiburg stellte demnach folgerichtig fest: „Die absolute Mehrheit der Stimmberechtigten hat sich in Schweden für einen Stopp des weiteren Ausbaus der Kernenergie sowie für eine sukzessive Stilllegung aller Kernreaktoren innerhalb der nächsten 25 Jahre entschieden.“⁸⁶ Ein weiteres Beispiel krasser Manipulation stellte der Fall Hartmut Gründler dar, der nach seiner Selbstverbrennung in Hamburg von einigen Zeitungen als „Psychopath“ dargestellt wurde. Hartmut Gründler hatte die Worte von Bundeskanzler Helmut Schmidt ernst genommen, der schrieb: „Die Pflicht jedes einzelnen von uns ist, laut zu rufen, wenn Ungerechtigkeit sich ausbreiten sollte, und spätestens dann handelnd einzugreifen, wenn die Regierungen Gebot und Gesetz verletzen sollten.“ (Helmut Schmidt, „Als Christ in der politischen Entscheidung“;

1976). Gründler handelte nach diesem Wort und rief, aber man wollte nicht hören. Schließlich ertrug er die Lügen nicht länger und handelte erneut. Aber auch das durchbrach nicht die Mauern des Schweigens. Die „Süddeutsche Zeitung“ weigerte sich sogar, eine Todesanzeige wegen des wahren Satzes aufzunehmen: „Er opferte sich, damit wir nicht Opfer werden.“⁸⁷

Das „Battelle Institut“ untersuchte 1980 im Auftrag des Bundesministers des Innern die Berichterstattung von Medien. 11 200 Informationen aus insgesamt 2047 Tageszeitungsveröffentlichungen wurden ausgewertet. In der Zusammenfassung des Berichtes wird festgestellt: „Die Analyse der veröffentlichten Inhalte zur Kernenergie-Nutzung erbrachte ein überraschendes Ergebnis. Sie zeigte, daß eindeutig sehr viel mehr personenbezogene Informationen verbreitet als Sachfragen des Kernenergie-Konflikts behandelt werden. Von den 11 200 ausgewerteten Informationen machten 70% Aussagen zu den Konfliktbeteiligten, und nur 30% äußerten sich zu Sachfragen der Kernenergie-Nutzung . . . Dabei bevorzugen die Befürworter der Kernenergie allgemein gehaltene, beruhigende Aussagen, während die Gegner der Kernenergie häufiger konkreter argumentieren und mit vielerlei Details versuchen, die pauschalen Zweckoptimismen der Befürworter in Zweifel zu ziehen, sie womöglich zu widerlegen . . . Im Mittelpunkt der Kritik über die Gegner steht das, was als ihr wirtschafts- und staatsgefährdendes Verhalten beschrieben wird, worunter alles vom Aufbegehren gegen demokratisch legitimierte Parlamente und Entscheidungen über Durchsetzung von Minoritätsinteressen und Stiftung von Unruhe und Unfrieden bis zu brutaler Gewaltanwendung subsumiert wird . . . Persönliche Beschimpfungen gegenüber Befürwortern wird in der Presseberichterstattung verhältnismäßig wenig Raum gegeben . . . Dagegen nehmen persönliche Invektiven (Schmäherden) gegenüber Gegnern der Kernenergie über 4% aller verbreiteten Inhalte zur Kernenergie-Kontroverse ein. Die Verleumdung, Kriminalisierung und Pathologisierung des politischen Gegners, die sich in Zuschreibungen wie subversive Systemsprenger, Politrocke, Irrationale oder Staatsverdrossene ausdrückt, zeugt von einem Klima, in dem Gegner der Kernenergie leichtfertig zu gesellschaftlichen Außenseitern abgestempelt werden können . . . Auch die Tatsache, daß Pro-Kernenergie-Informationen vorwiegend von Politikern vorgetragen werden, deren Bekanntheitsgrad diesen Informationen eine höhere Aufmerksamkeit sichert als den Contra-Kernenergie-Informationen, die vorwiegend von weniger bekannten Bürgern vorgetragen werden, stärkt die Pro-Kernenergie-Position auf subtile Weise. Dieser Aufmerksamkeits- und Prestigezuwachs der Pro-Kernenergie-Aussagen durch Hervorhebung in den Schlagzeilen und durch die Person des Vortragenden wird noch verstärkt durch die Form, in der diese Argumente präsentiert werden. Aussagen von Politikern zu Sachfragen der Kernenergie-Nutzung erscheinen zu 80% in Nachrichten-Artikeln, einer journalistischen Stilform, die einen hohen Grad an Objektivität suggeriert. Bürgeräußerun-

gen dagegen finden sich nur zu 50% in den Nachrichten und in über einem Drittel der Fälle in Leserbriefen. Der höhere Objektivitäts- und Glaubwürdigkeitscharakter von Nachrichtenartikeln kommt also öfter der Pro-Kernenergie-Position zugute.¹²⁸ Diese Befunde des Battelle-Instituts zeigen, daß die Atombefürworter nicht nur mit systematischer Diffamierung gegenüber Atomgegnern arbeiten, sondern mit Hilfe von Politiker-Aussagen ihre unwahren Behauptungen systematisch und gezielt verbreiten können.

Zu einem ähnlich vernichtenden Urteil kam auch der Wissenschaftsredakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ Kurt Rudzinsky, der zutreffend feststellte: „In der Kernenergie – müßte man – gute Informationen haben, und die kriegt man offiziell überhaupt nicht. Das ist völlig ausgeschlossen, da kriegen wir nur positive Propaganda und sonst nichts vorgesetzt. Ich habe ein Schulbeispiel – jedes beliebige können Sie nehmen, ob das eine Information vom Atomforum ist, vom Kernforschungszentrum Karlsruhe, von der Bundesregierung oder vom Forschungsministerium, das ist immer das gleiche. Da steht dann drin: Brütererfahrung haben wir schon, es laufen soundsoviele große Brutkraftwerke; in Frankreich, in England, in Rußland, in Amerika, alles läuft, läuft. Wie schlecht sie laufen, da steht kein Wort darüber drin. Und darin liegt der Betrug, dem wir ständig ausgesetzt sind.“

Die Zeitschrift „Diagnosen“ fuhr fort: „Um das Niveau der Energiepolitik war es noch nie gut bestellt. Das konnte aus vielfältiger Erfahrung kaum jemand besser bestätigen als der langjährige Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Prof. Walter Hallstein: ‚Wenn die nationale Energiepolitik wenigstens überzeugend wäre! Aber sie präsentiert sich in fast allen Staaten als die Hohe Schule des Interventionismus, und zwar falscher Eingriffe, als Schauplatz von Machtkämpfen und politischen und ökonomischen Fehlentscheidungen. Dabei reichen die Wirkungen in fast alle Bereiche der Wirtschaftspolitik hinein. Sie hat sozialpolitische, konjunkturpolitische, regionalpolitische, wettbewerbspolitische und vor allem auch steuerpolitische und finanzpolitische Aspekte. Das macht sie kompliziert und schwer durchschaubar. Es macht sie auch zum Spielball von Interessen, zur Domäne der Fachleute und Techniker.‘“¹³⁴

Neben der Presse verfügt die Atomlobby aber noch über eigene „Öffentlichkeitsarbeit“. Die „Zürcher Atomkraftwerksgegner“ schreiben über die Strategie der Werbemethoden: „Um ihre AKW-Projekte gegen eine wachsende Gegnerschaft zu verteidigen, investiert die Elektrizitätswirtschaft enorme Summen in die Werbung für Kernenergie. Dr. Riemerschmid, Vorstandsvorsitzender der Isar-Amper-Werke AG, München, stellte auf einem Symposium in St. Gallen folgende Richtlinien für die AKW-Werbung auf:

- Zu Beginn der Arbeit muß die spezifische Situation in der Umgebung des zukünftigen AKWs untersucht werden, insbesondere, wie die Bevölkerung struk-

turiert ist, über welches Wissen und Bildungsstand sie verfügt, welches Ansehen der AKW-Betreiber besitzt und ob mit Widerstand zu rechnen ist.

- Mögliche Zielgruppen für die Öffentlichkeitsarbeit sind z. B. das Lehrpersonal an Schulen und Hochschulen, Presseleute, Politiker, Pfarrer, Ärzte und Vereinspräsidenten usw. Lehrmittel für den Schulbetrieb, Lehrerseminare sowie Filmspots sollen eingesetzt werden.

● *„Ein Informationszentrum auf dem AKW-Gelände dürfte die wichtigste und wirkungsvollste Propagandamaßnahme sein, schon deshalb, weil es für alle Zielgruppen geeignet ist. Der Zeitpunkt kann nicht früh genug sein . . . der architektonische Aufbau und die Ausstattung des Info-Pavillons müssen ins Auge fallen . . . sparen wäre nicht am Platz . . . Unter den Besuchergruppen kommt dem Erziehungsbereich, also allen Schulen, Universitäten etc. mit ihrer großen Breitenwirkung besondere Bedeutung zu . . .“*

Mit Welch unehrlichen Mitteln die Kernenergiewerbung betrieben wird, wurde bereits im Juli 1975 in einem Artikel der Zeitschrift „Manager-Magazin“ enthüllt. Dort sind die Werbestrategien der Public Relations Agentur Kurt Drews, Hamburg, ausführlich beschrieben (siehe Kasten).

Werbestrategien der Public Relations-Agentur Kurt Drews, Hamburg, für Kernkraftwerke (manager-Magazin 7/1975):

1. Bildungstaktik	2. Negativtaktik	3. Verschleierungstaktik	4. Verschönerungstaktik
Objektive ehrliche Information über alle Fragen der Kernenergie im Zusammenhang mit Kernkraftwerken.	Dramatisierung aller Probleme, die durch den Nicht-Bau von Kernkraftwerken entstehen.	Herunterspielen der Probleme, die im Zusammenhang mit Kernkraftwerken in der Bevölkerung auftauchen.	Einseitige, positive Information über alle Fragen (fast alle) der Kernenergie im Zusammenhang mit Kernkraftwerken.
Die Ängste durch besseres Wissen ablösen bzw. bezwingen.	Die Ängste der Gegenwart durch Ängste der Zukunft überdecken.	Die Ängste durch Verfremdung der Probleme verdrängen.	Die Ängste einfach negieren und ein positives Bild aufbauen.“

Zur Verschleierung der Realität gehört auch die *Sprache*, die von der AKW-Werbung verwendet wird.

Einerseits sollen häufige Prozentangaben das Gefühl erwecken, alle Probleme seien mathematisch gelöst. Andererseits werden massenhaft dehnbare und verallgemeinernde Ausdrücke eingesetzt. Zum Beispiel treten in der Antwort zur Frage: „Besteht in der Umgebung eines AKWs Gefahr durch Radioaktivität?“ folgende Beiwörter auf:

„... nur einen geringen Bruchteil der Strahlenbelastung... der weitaus größte Teil der Spaltprodukte... nur ein geringer Anteil... eine ganze Reihe von sicherheitstechnischen Einrichtungen... Spaltprodukte in größeren Mengen...“

Ähnlich beliebte Ausdrücke wie die oben kursiv gesetzten sind in der Regel, im allgemeinen, wesentlich geringer, wesentlich mehr, die Situation ist ähnlich wie... (irreführende Vergleiche!).⁸⁸

Aber die Atomindustrie geht in ihrem Bestreben, die Wahrheit zu verfälschen, erheblich weiter. So darf man sich auch nicht über das wundern, was vom WSL 1972 vor dem Verwaltungsgericht des Landes Schleswig-Holstein aufgedeckt wurde: „Das IRS wurde im September 1972 von den HEW beauftragt, eine Überprüfung eines Gutachtens vorzunehmen, welches der Dachverband der Hamburgischen Bürgervereine (Zentralausschuß Hamburgischer Bürgervereine) im Mai 1972 zum Standort Krümmel erstellt hatte. Diesen – nicht von den Beklagten – sondern von den HEW erteilten Auftrag nahm das IRS an und erstellte am 10. 9. 1972 das zu den Akten gereichte Gutachten. Eine Prüfung dieses Gutachtens brachte die erstaunliche Tatsache zu Tage, daß es zum großen Teil wörtlich aus einer Broschüre des Deutschen Atomforums abgeschrieben worden ist. Eine Gegenüberstellung der beiden Gutachten beweist, daß in 11 Fällen das IRS wortgetreu die Argumentation des Deutschen Atomforums übernommen hat:

IRS-Gutachten	Deutsches Atomforum, „Kernfragen-Antworten auf Fragen zur Kernenergie“
1.1	I 4.1
1.3	VI 1.8.1 bis 8.2
1.4	VII 13
1.6	VI 1.7
2.6	VI 1.5
2.7	VI 2.1
2.10	I 3.1
2.14	I 3.5
2.14	I 3.1
3.13	IV 26
4	I 2.3.1

Kann das jemanden verwundern? Auch das IRS ist als Mitglied der „Vereinigung der Technischen Überwachungsvereine e. V.“ Mitglied im Deutschen Atomforum und will die Kernenergie fördern! Dies zeigt sich auch in den vom IRS herausgegebenen Kurzinformationen, die bis zum 5. 7. 1973 zwar 25 besondere Vorkomm-

nisse im Ausland erwähnen, dagegen aber sämtliche Vorkommnisse im Inland, z. B. den schweren Störfall in Würgassen, verschweigen.

Auch die HEW nehmen es mit der Wahrheit nicht genau. Oder müßte man sogar sagen, daß sie lügen? Bei der Ausstellung der HEW im Jahre 1972 behaupteten sie auf Schautafeln: „Im Kernkraftwerk hingegen verbleiben *alle* Produkte aus der Kernspaltung im Reaktor“. Das ist eine glatte Unwahrheit; denn die laufenden Radioaktivitätsabgaben sowie Endlager und Aufbereitung stellen eine Umweltgefährdung dar. Zur HEW-Ausstellung zur IGA 73 schreibt der „Vorwärts“ für die HEW: „Auf absolute Schonung eingerichtete Kernkraftwerke liefern den Strom,“ „Die Kernkraftwerke Stade und Brunsbüttel und das in der Planung befindliche Kernkraftwerk Krümmel bei Geesthacht dokumentieren die enormen Anstrengungen, die die HEW unternehmen, um den rapide steigenden Strombedarf zu decken;“ „Aber gerade die HEW haben durch die Beschäftigung mit Zukunftsfragen und Theorien entscheidende humane und soziale Akzente gesetzt.“⁸⁹ Die enormen Anstrengungen der HEW können nur bestätigt werden; denn sie warteten nicht einmal auf die benötigte Baugenehmigung für das Atomkraftwerk Krümmel. „Trotzdem haben die Antragsteller am Standort bereits seit Mai 1972 mit den Bauarbeiten begonnen. Diese schaffen als Einschnitt in das hohe Elbufer einen Lageplan, der für Kühltürme keinen Platz vorsieht.“⁹⁰

Die „entscheidenden humanen und sozialen Akzente“ zeigen sich darin, „daß die ursprünglichen Antragsteller (HEW und NWK) aufgrund eines Gesellschaftervertrages vom 17. 7. 1972 die ‚Krümmel Gesellschaft mit beschränkter Haftung‘ gegründet haben, die am 28. 9. 1972 in das Handelsregister eingetragen wurde (AG Hamburg – Handelsregister – 66 HRB 15033). Diese mit 20 000 DM gegründete Firma wird als ‚zukünftige Betreiberin in der Rechtsform der GmbH nur beschränkt auf die Höhe des Stammkapitals haftbar‘ sein. Damit ist von den HEW und den NWK eine bewußt gewollte Verlagerung des Haftungsrisikos vorgenommen worden.“⁹⁰ Das zeigt, wieviel Vertrauen die HEW in ihre eigenen Projekte setzen, obgleich die HEW, desgleichen die Energieversorgung Schwaben, das Badenwerk etc. in letzter Zeit ungeheure Anstrengungen unternehmen, um mit Millionenbeträgen die Hamburger Bevölkerung bzw. die Bevölkerung Baden-Württembergs und insbesondere die des Oberrheintales zu manipulieren, noch mehr „sauberen e-strom“ zu verbrauchen.

Der folgende Beitrag stammt aus dem Buch „Atomenergie und Umweltsituation“ der Doktoren Weish & Gruber: „Zahlenangaben über die Strahlenbelastung aus natürlichen Quellen bedürfen einer kritischen Überprüfung. Beispielsweise wird in der weitverbreiteten Broschüre ‚Zum besseren Verständnis der Kernenergie – 66 Fragen: 66 Antworten‘ (Herausgeber: Hamburgische Electricitätswerke AG, Nordwestdeutsche Kraftwerke AG) neben anderen Ungenauigkeiten die Gonadendosis bei Menzenschwand (Hochschwarzwald) mit 1800 mrem/Jahr angegeben.

Diese Belastung ist jedoch nicht, wie man irrigerweise meinen könnte, in diesem kleinen Dorf zu verzeichnen; vielmehr müßte man sich das ganze Jahr hindurch auf dem Schutt vor den zwei entfernt gelegenen, längst aufgelassenen Uranstollen aufhalten, die in neueren topographischen Spezialkarten nicht nur nicht verzeichnet sind, sondern zu denen darüber hinaus die Zufahrt untersagt ist.⁹¹

Mit diesen bewußten Falschmeldungen aber schaden sich letztlich nicht nur die Atomindustrie selbst, sondern auch alle Wissenschaftler. Peter Menke-Glückert aus dem Bundesinnenministerium schrieb über die Kerntechniker: „Vor wenigen Jahren sahen sie sich als Elite der modernen Naturwissenschaft, genossen ihr hohes Ansehen und beschäftigten sich mit einem der wohl aufregendsten Abenteuer der Forschung: über die Brütertechnologie unerschöpfliche Energiequellen zu finden. Inzwischen sind die Kernphysiker nach Meinung des Vorsitzenden der kerntechnischen Gesellschaft, Professor Dr. Ing. Hans Wolfgang Levi, zu Prügelknaben der Nation geworden, werden von vielen Bürgerinitiativen als Helfershelfer des schlechthin Bösen gehalten.“⁹² Mit Recht glaube ich; denn diese Wissenschaftler, die ihre Ehre und ihren Anstand vergeben und ihre Mitmenschen Krankheit und Tod aussetzen, verdienen die volle Verachtung ihrer Mitmenschen. Jedoch gibt es auch unter den Atomkraftbefürwortern noch einige ehrenwerte Wissenschaftler, wenn auch sehr selten. Zu ihnen gehört Dr. Karl Z. Morgan, der sich über seine käuflichen Kollegen beklagt: „Ich war besonders unglücklich darüber, was in der Wiederaufarbeitungsanlage in West Valley, New York, und in der Brennstofffabrik von Kerr McGee in Oklahoma vor sich ging. Ich meine, in diesen Fällen wurde das Prinzip SNWVE (so niedrig wie vernünftigerweise erreichbar) ebenso wie eine anständige Strahlenschutzpraxis in grober Weise mißachtet.“⁹³

Noch entsetzter war Dr. Morgan, als sich Ende 1980 in den USA herausstellte, daß 80% der Dosimeter, die Arbeiter und Wissenschaftler vor radioaktiver Strahlung warnen sollten, nicht funktionierten. Eine unbekannte Anzahl von Menschen wurde verseucht, ohne daß sie jemals etwas davon ahnten. Dr. Morgans Kommentar: „Das ist ja entsetzlich.“¹¹⁶

Aber nicht nur, daß die Atomlobby viele Wissenschaftler dazu verleitet, ihre Berufsehre zu mißachten, sie manipuliert auch die Öffentlichkeit in primitivster Weise. 1980 wurde in Hessen, wo der Bau der Wiederaufbereitungsanlage ansteht, mit einem Aufwand von über fünf Millionen DM in üblich primitiver Manier für Atomenergie geworben. Der „Spiegel“ schrieb über die Anzeigenkampagne: „Er schenkt den ‚ersten Augenblick‘ wie auch einen ‚schönen Abend‘, stillt ‚tägliches Bedürfnis‘, auch mal den ‚Schmerz‘, kurzum, ohne ihn ‚läuft gar nichts‘. Wer da schlechthin das ‚Leben sichert‘, erfahren die Hessen nun immerzu und schon seit Dezember aus ihren Tageszeitungen: der Strom aus der Steckdose. In umfänglichen Inseraten, mal im Sportteil, mal im Lokalen oder auf der bunten Seite, wird werbewirksam unterm Text Elektrizität als Lebenselixier verkauft, bei der Baby-

geburt, beim Bierbrauen wie beim Festival. Für all diese schönen Dinge, so lernt der Leser, braucht es Strom, das Land folglich ‚alle Energien‘, und dann kommt’s: ‚Auch Kernenergie gehört dazu.‘ Dreimal die Woche wird so in der regionalen und überregionalen hessischen Presse Stimmung für den zügigen Ausbau der Kernenergie gemacht, mit einer Werbekampagne, die Millionen kostet. Nur, wer jedesmal dahintersteckt, wenn etwa in der ‚FAZ‘, ‚Frankfurter Rundschau‘, in der ‚Gießener Allgemeinen‘ und im ‚Wiesbadener Kurier‘ großflächig für Kraftwerksbau geworben wird, bleibt im Dunkeln.“⁹⁴ Das „Publik-Forum“ ergänzte am 13. Juni 1980 über die Drahtzieher dieser Kampagne: „Der millionenstarke Goliath von der Kernkraftlobby bleibt anonym. Eine Deckadresse der Frankfurter Werbeagentur McCann Company – die mit der Anzeigenkampagne ihr Geschäft des Jahres macht – muß als Versteck für die mächtigen Niemande herhalten, die hinter der ‚Gruppe Hessen im Informationskreis Kernenergie‘ stehen . . . Ein Untersuchungsausschuß der Grünen in Hessen hat Hermann Rosenau, in Offenbach Referatsleiter ‚Kernenergie und Öffentlichkeit‘ der Mülheimer ‚Kraftwerk Union AG‘ (KWU), der größten Herstellerfirma von Kernkraftanlagen in der Bundesrepublik, als Drahtzieher der Anzeigenkampagne ausgemacht.“⁹⁵

Der „Spiegel“ schrieb, daß die bundesdeutsche Werbewirtschaft von einem Werbeetat von jährlich zehn Millionen für diese Anzeigen ausgeht, die natürlich von den Gefoppten über den Strompreis zu zahlen sind.⁹⁴ Das Gleiche gilt natürlich auch für die weiteren Werbemaßnahmen der Atomlobby, die sich gerne hinter dem Namen „Bürgerinitiative“ verbirgt. Die „Bürgerinitiative ‚Vernunft nach vorn‘“ z. B., die dem Bürger versucht zu suggerieren, daß Atomgegner versuchten, „in unserer Demokratie Mißtrauen zu säen. Es sind Leute, die kaltblütig zugeben, daß man dem blutigen Laien alles verkaufen kann, man brauche ihm nur Angst zu machen.“⁹⁶ Oder: „Um ihre zerstörerischen Ziele zu erreichen, nutzen die Extremisten jede Gelegenheit, die sich bietet. Ein Problem eignet sich hierzu besonders: die Energieversorgung unseres Landes. Denn sie kann ohne Kernenergie in naher Zukunft nicht gesichert werden . . . Panikmache gehört zum teuflischen Rezept der Extremisten. Denn Angst und Unsicherheit sind die Wurzeln des Mißtrauens, des Mißtrauens gegen die gewählten Vertreter des Volkes, gegen die Behörde und gegen sachorientierte Wissenschaftler, gegen die Demokratie. Mißtrauen zerstört alles. Zerstört den Wohlstand, die Wirtschaft und – unsere Zukunft. Das dürfen wir nicht zulassen, . . . daß unsere Demokratie zur Spielwiese von wenigen Radikalen wird, die die Panikmache rücksichtslos als Waffe einsetzen.“⁹⁷ So sieht die sachliche Information der Atomlobby aus, die Umweltschützer auch gelegentlich als „Dümmer geht’s nimmer“ bezeichnet oder mit dem Hirn eines Spatzen vergleicht.⁹⁸ Oder wenn in den Propagandabroschüren des Atomforums zu lesen ist, daß der Umweltschützer Herr Saubermann mit „Fäkalien“ düngt, stinkt und natürlich auch gegen den Fortschritt = Kernkraftwerke ist.⁹⁹

Aber selbst, wo die Atomlobby „sachliche“ Information anbietet, übersteigt dies selten das niedrigste Niveau. So wird über die hochaktiven Abfälle behauptet, daß „es dafür ein ausgereiftes Konzept (gibt), das äußerstmögliche Sicherheit bietet.“¹⁰⁰ Oder es wird behauptet: „Rund 60 Prozent der Gesamtbevölkerung stehen der friedlichen Nutzung der Kernenergie zustimmend gegenüber. Nur ein geringer Bevölkerungsanteil zählt sich zu den eingeschworenen Gegnern dieser neuen Technologie.“¹⁰¹ Mit anderen Worten: der wirkliche Informationswert der „Aufklärungsaktionen“ der Atomlobby ist praktisch gleich Null. Zu einer ähnlich vernichtenden Beurteilung kam auch das Battelle Institut in Frankfurt, das 1976 im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie die Informationspolitik der Informationszentrale der deutschen Elektrizitätswirtschaft e. V. (IZE) unter die Lupe nahm. Nach Meinung des Battelle Instituts baut die Information der Atomlobby auf Angst und Infantilisierung auf: „Angst und Angstinduzierung durch bereits existierende oder in die Zukunft projizierte Angstinhalt ziehen sich durch alle Werbeetappen . . . ‚Strom hilft leben, Strom darf nicht knapp werden‘. Spezifischer, anschaulich abgebildeter Angstinhalt: Baby im Brutkasten, ein Bild, das bereits ohne die ‚Zusatzvariable‘ Strom schon Schrecken genug auslöst.“ Was dem Battelle Institut weiterhin auffiel, ist das immer wieder beschworene „kategoriale“ Wir: „Ein *einseitig* definiertes Wir: . . . weil wir immer mehr Strom brauchen‘, . . . deshalb brauchen wir Kernkraftwerke . . .‘ . . . wenn wir vorsorgen . . .‘, usw. usw.“

Zusammenfassend kommt das Battelle Institut zum Schluß: „Generalisierte Motive in ihrer Globalität voll bejahbar, werden im gleichen Kontext verbunden mit der ‚Notwendigkeit, Kernkraftwerke zu bauen‘. Das heißt: Daß Strom für die verschiedensten Lebensbereiche gebraucht wird, ist nicht zu leugnen, daß er jedoch in dieser Ausschließlichkeit ‚Retter in der Not‘ sein soll, wie hier vermittelt wird – dieser Gedanke ist konkret nicht nachvollziehbar. ‚Mehr Wissen, um mitreden zu können‘, wird angeboten, und was das explizit heißt, erfährt man im nächsten Satz: ‚Wir informieren Sie ausführlich über die Kernkraftwerke, die gebaut werden müssen.‘ Besser kann man – insgesamt gesehen – die Infantilisierung eines Passivbürgers, der lediglich zu getroffenen Entscheidungen ‚noch mitreden können soll‘, nicht ausdrücken.“¹⁰²

Aber die Atomlobby betreibt nicht nur eine sachlich falsche Werbung, sondern sie versucht auch auf allen Ebenen, Menschen zu korrumpieren. An vielen Orten, an denen atomare Anlagen gebaut werden sollen, werden Schützen- und Taubenzüchtervereine usw. zu dem nächsten Atomkraftwerk gekarrt. An Autobahngaststätten gibt es freies Essen und Trinken, Champagner, die teuersten Weine; alles wird bezahlt, in vielen Fällen sogar aus Steuergeldern. Das Resumé einer solchen Fahrt lautet dann in den Massenmedien: „CDU-Stadtverband Buchen nach Besuch im

Kernkraftwerk Philippsburg: Kernenergie ist eine beherrschbare Technik und notwendig.“¹⁰³ Aber auch andere Methoden werden praktiziert, die bereits im „halbseidenen“ Bereich einzuordnen sind. So schrieb der „Spiegel“, daß die Kernkraft-Firma Interatom Dossiers über Bonner SPD-Politiker anlegt, die der Atomenergie skeptisch gegenüber stehen. Der „Spiegel“ weiter: „Zeigen sich die Politiker nicht gefügig, die Freunde des Atoms scheuen auch vor ein wenig Drohung mit ihrer Stimmgewalt nicht zurück.“¹⁰⁴

Laut „Spiegel“ wurden auf Geheiß von Klaus Barthelt, Chef der KWU, bei der KWU-Tochter Interatom gleich zwölf „Arbeitskreise für Öffentlichkeitsarbeit“ ins Leben gerufen. Jeder dieser Kreise widmet sich seither intensiv einer bestimmten Zielgruppe – von den Kirchen bis zu den Gewerkschaften.¹⁰⁴ Anscheinend lohnte sich der Aufwand. Der katholische Ruhrbischof Hengsbach und der evangelische Präses vom Rheinland befürworteten offen einen weiteren Ausbau der Atomenergie. Damit haben sich offizielle Sprecher der Kirche auf die Seite der Atomkraftbefürworter geschlagen.¹⁰⁵ Beim Bau des „Schnellen Brütters“ im niederrheinischen Hönnepel erhielten die Atombefürworter Rückendeckung von dem Münsteraner Oberhirten Tenhumberg. Er schickte den siebenköpfigen Kirchenvorstand von Kalkar-Hönnepel in die Wüste, weil er den Verkauf des Kirchengrundstückes aus Gewissensgründen ablehnte. Dem Bischof war anscheinend der Judas-Lohn aus dem Grundstückserwerb von 1,1 Millionen DM wichtiger als die Gefährdung menschlichen Lebens. Der „Stern“ schrieb zu diesem Vorfall: „Gestützt auf ein Gutachten des renommierten Mainzer Kirchenrechtlers Professor Georg May, der den Rausschmiß für rechtswidrig hielt, legten Josef Maas und seine geschäftigen Kollegen beim zuständigen höchsten katholischen Gericht, der ‚Sacra Congregatio pro Clericis‘, Beschwerde gegen den bischöflichen Beschluß ein. Die Vatikanrichter urteilten, dem Bischof habe jeder Verwalter kirchlichen Vermögens Gehorsam zu erweisen.“¹⁰⁶ Und dies, obgleich die amerikanischen Kirchen sich scharf gegen die Plutoniumwirtschaft wandten, weil sie das Werk Gottes zerstört.¹⁰⁷ Auch der Papst hat sich mittlerweile gegen die Atomenergie ausgesprochen. Dennoch dient ein Teil der Kirche nach wie vor dem Bösen, wie einst zu Hitlers Zeiten. Dabei hat gerade die Kirche die Pflicht, sich für das Leben und gegen die Zerstörung zu engagieren. Der Pfarrer Jörg Zink schrieb im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“: „Wer soll heute reden, wenn die Kirche es nicht tut? Die Freiheit der Rede innerhalb der Wissenschaft ist eng begrenzt, und wer die Funkhäuser von innen kennt, kennt auch das Gestrüpp von Richtlinien, von Drohungen, Einschüchterungen und Ängsten, unter dem sich die zarte Blume der Redefreiheit kaum noch ans Licht wagt.“¹⁰⁸

Auch bei den Gewerkschaften gedeiht die zarte Blume der Redefreiheit nicht, hingegen mehren sich die Befürworter der Atomenergie. 1977 wurden in Schleswig-Holstein Gewerkschaftsmitglieder ausgeschlossen, als sie eine Diskussion über die Vor- und Nachteile der Atomenergie verlangten, und zwar mit der makabren

Begründung, sie hätten gegen die offiziellen Richtlinien der Gewerkschaftsbeschlüsse verstoßen. Denn die Atomlobby ist in der Gewerkschaft besonders intensiv tätig. Eine der übelsten Aktionen, die die Gewerkschaften in Verruf brachten, war die „Jubelveranstaltung“ am 10. November 1977 in Dortmund, bei der 40 000 Demonstranten im Dortmunder Westfalen-Stadion für Atomenergie demonstrierten. Organisiert wurde die Aktion von einem Alfred Schaller, SPD-Mitglied und selbsternannter Trommler für mehr Atomenergie. Er gründete in München eine „USG Umwelt-Systeme Gesellschaft mbH, Institut für Umweltschutz und angewandte Ökologie“, kassierte Gelder von der KWU, DWK und 550 000 Mark vom Bundesforschungsministerium.¹⁰⁹ Dann organisierte er einen „Aktionskreis Energie der Betriebsräte“. Der „Spiegel“ schrieb: „Dieser Arbeitskreis hat es in sich: Er spricht für die Betriebsräte von immerhin 350 Unternehmen aus der Energieversorgung und dem Kraftwerkbau samt Zulieferindustrie. Kaum eine Firma von Rang fehlt in Schallers Kartei. Die Gesamtbetriebsräte von Siemens und MAN, Fried. Krupp und Mannesmann sind ebenso präsent wie Belegschaftsvertreter der Mühlheimer Kraftwerkunion (KWU), der Baukonzerne Philipp Holzmann, Hochtief und Heitkamp oder der Kraftwerks-Zulieferer Krauss-Maffei und Deutsche Babcock.“¹¹⁰ Zu den Veranstaltungen kamen bekannte Anheizer für die Atomenergie: VEW-Vorstandsvorsitzender Klaus Knizia, KWU-Chef Klaus Barthelt und Bundesforschungsminister Hans Matthöfer. Die Kundgebung in Dortmund war das Ergebnis einer seit langem für die Atomindustrie mobilisierenden Gruppe von Siemens-Abteilungsleitern, von Betriebsräten aus der Atomwirtschaft, von verfilzten Gewerkschaftsfunktionären. Durch einen Schachzug gelang es, die DGB-Oberen dazu zu bewegen, sich an die Spitze der Energiekundgebung in Dortmund zu setzen¹¹¹ und somit einer Bewegung, die im Gewerkschaftsnamen handelte, aber die ihre Befehle aus den Chefetagen der Atomindustrie erhielt. Organisiert wurde die Veranstaltung durch das Haus Siemens. Rainer Trampert, Betriebsrat der Texaco-Hauptverwaltung in Hamburg, schrieb: „Betriebsräte, die nach Dortmund gerufen wurden, erhielten als Kontakttelefonnummer die der Siemens-Tochter KWU. Siemens beschäftigte seit zwei Jahren eine Sonderabteilung. Von ihr werden Einsätze der Betriebsräte, häufig in Begleitung von Abteilungsleitern, organisiert. Die Abteilung organisiert eine laufende Betriebspropaganda und betriebliche Unterschriftensammlungen für Atombauten. Kollegen, die nicht unterschreiben oder gar allein im Betrieb zurückbleiben wollten, wenn Siemens für atomares Propagandawesen freigegeben hat, wissen, was ihnen blüht: Befragungen, Disziplinierungen, Entlassungen.“¹¹²

Ähnlich war es auch in anderen Firmen. Zunächst wurden die Arbeiter für den Demonstrationstag von der Arbeit freigestellt. Zusätzlich gab es 20 DM Handgeld direkt von der Unternehmensführung,¹¹³ und das für eine Gewerkschaftsveranstaltung! In vielen Fällen gab es neben dem arbeitsfreien Tag noch zwei bezahlte

Überstunden, ein Freßpaket, und denen, die dennoch nicht wollten, wurde mit Kündigung gedroht.¹¹² Eine eigenartige neue Solidarität!

Der „Arbeitskreis Leben“, dem aktive Gewerkschaftler angehören, protestierte gegen solche Politik und gegen die Anwesenheit des DGB-Bundesvorstandes und der Landesverbände, repräsentiert durch die Sprecher der DGB-Großveranstaltung: Vetter (DGB), Pfeiffer (DGB), Sperner (IG Bau-Steine-Erden), Schmidt (IGBE), Haunschild (IG ChPK), Loderer (IGM) und Kluncker (ÖTV), sowie die Gewerkschaftsgremien und -funktionäre, die die Gewerkschaftsmitglieder auf die DGB-Entschließung zum Bau von Kraftwerken vom 8. 11. 1977 verpflichten wollten. Der „Arbeitskreis Leben“: „So wurde die DGB-Großveranstaltung in Dortmund mit Mitteln der Unternehmer in Form von kostenlosem Transport, Tagegeld, Essenspaketen und mit Drohungen initiiert, und war für die SPD gleichzeitig eine gute Vorbereitung auf ihren bevorstehenden Parteitag. So wurden die Teilnehmer des Parteitages auf die Abstimmung über das Atomenergieprogramm vorbereitet, indem ihnen durch diese Kundgebung ein ‚positiver Volkswille‘ vorgespielt wurde.“¹¹¹ Auf der Kundgebung gab dann der IG-Metallchef Loderer den Bürgerinitiativen die Schuld, daß sie Arbeitsplätze vernichten. Somit wird nicht nur der Versuch gemacht, die Atomgegner für kommende Rationalisierung und Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen, sondern auch zu verschleiern, daß die Gewerkschaftsführung, die mittlerweile einer der größten Unternehmer in der Bundesrepublik ist, durch die Förderung des Atomstroms sich selbst für die Arbeitslosigkeit und Rationalisierungswelle schuldig machte (siehe Kapitel Atomenergie und Arbeitsplätze). Dabei werden laut Bundestagsprotokoll vom 30. 5. 1979 bei den Kraftwerksherstellern nur rund 27 000 Erwerbstätige beschäftigt.¹¹⁴ Das ist ein verschwindend geringer Prozentsatz im Vergleich zu der gesamt-arbeitenden Bevölkerung der BRD. Wenn keine Atomkraftwerke gebaut würden, wären als Folge durch Bau und Betrieb von Kohlekraftwerken oder anderen Alternativtechniken nicht weniger, sondern mehr Arbeitsplätze erforderlich. IG-Metall-Chef Eugen Loderer verdrehte jedoch die Fakten: Metaller würden für eine bremsende Energiepolitik „mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes haftbar“ gemacht, lamentierte er,¹¹⁵ und plädierte deswegen ausgerechnet für Atomkraftwerke.

Der Grund für diese seltsame Argumentation scheint nicht in dem mangelnden Wissen der Gewerkschaftsbosse begründet zu sein, sondern eher in der enormen Verfilzung der Gewerkschaftsführer mit den Energiebetrieben. Der „Aktionskreis Leben“ nennt einige Beispiele:

Atomfilz Nr. 1: Adolf Schmidt

er ist unter anderem:

- 1. Vorsitzender der Gewerkschaft IG-Bergbau und Energie
- Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der RUHRKOHLE AG

- Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der VEBA, mit der Tochtergesellschaft PREUSSISCHE ELEKTRIZITÄTWERKE (mit den AKW Wür-gassen, Esensham, Grohnde)
- und der Tochtergesellschaft NORDWESTDEUTSCHE KRAFTWERKE - NWK (AKW: Stade, Brunsbüttel, Brokdorf)
- Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD.

Atomfilz Nr. 2: Ferdinand Turek

er ist unter anderem:

- Gesamtbetriebsratsvorsitzender
- stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von Siemens, Siemens ist durch die Tochtergesellschaften KWU und INTERATOM größter Hersteller von AKWs

Atomfilz Nr. 3: Erich Trapp

er ist unter anderem:

- Gesamtbetriebsratsvorsitzender der RWE
- stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der RWE

Atomfilz Nr. 4: Niggemeier

er ist unter anderem:

- Chefredakteur der IGBE-Zeitung „Einheit“
- stellvertretender Vorsitzender der SPD im Landesverband NRW
- Bürgermeister von Datteln
- Mitglied im Verwaltungsbeirat der VEW

Atomfilz Nr. 5: Hans Schwalbach

er ist unter anderem:

- ÖTV-Funktionär in Norddeutschland
- SPD-Funktionär
- Aufsichtsratsmitglied der NWK
- Er marschierte Anfang 77 an der Spitze einer ÖTV-Demonstration für den Bau des AKW in Brokdorf.¹¹¹

Außerdem protestierte der „Aktionskreis Leben“ gegen die Versuche der Gewerkschaftsführung, Atomgegner aus den Gewerkschaften auszuschließen, wie sie es mit dem Kollegen Heinz Brandt versucht haben, und gegen den Abbau demokratischer Rechte innerhalb der Gewerkschaft durch aufgezwungene Beschlüsse ohne Diskussion.¹¹¹ Diese Methoden werden noch übertroffen von der Erzeugung von Progromstimmung, die eine sogenannte „Initiative KWU Mülheim, Frankfurt, Erlangen, Berlin, R. B.“ betrieb. Auf einem ihrer Flugblätter war zu lesen:

Kollegen, wisst ihr.....

wer Schuld hat an unserem Arbeitsmangel ?
 wer die Unverfrorenheit besitzt die eigenen
 Kollegen zu verraten ?
 wer die Charakterlosigkeit besitzt Lohn (Judaslohn)
 von einem Unternehmen einzustecken
 an dem er Verrat übt ?
 wer diese Kernkraftgegnergruppe ist ?
 wem haben wir eine Zukunft zu verdanken
 die evtl. Versetzung, Einstellungsstopp und
 Entlassungen mit sich bringt ?

weigert Euch mit diesen Burschen zu arbeiten !
 lasst sie als Erste unsere Werke verlassen !

Hier habt Ihr die Namen :

Ernst Dungs	FMA
Wolfgang Burzcik	FMA
Schmadalla	FMA
Engel	FMA

Initiative KWU Mülheim, Frankfurt, Erlangen, Berlin
 R.B.

Wenn die Einführung einer Energieform zu solchen Methoden führt und zu solch einer Vergiftung der zwischenmenschlichen Beziehungen, so wäre es für mich alleine Grund genug, diese Energieform abzulehnen.

Während dieser Denunziationscharakter etwas typisch Deutsches zu sein scheint, ist die Kapital- und Interessenverflechtung ein internationales Problem genauso wie Korruption. Der „Stern“ schrieb über unseren Nachbarn Frankreich: „In der französischen Atomindustrie macht mit, was in der Wirtschaft Rang und Namen hat. Die führenden Konzerne im Maschinenbau (Empain-Schneider), Aluminium (Pechiney-Ugine-Kuhlmann), Chemie (Rhône-Poulenc), Elektro (Société Générale d'Electricité) bilden mit Banken, Versicherungen und dem Staatskonzern CEA und dem staatlichen Stromversorgungsunternehmen ‚Electricité de France‘ (EdF; 100 000 Mitarbeiter) ein mächtiges Atomkartell.

Der Atomfilz der Firmen funktioniert auch deshalb so gut, weil ein großer Anteil der Wirtschaftsführer und hohen Staatsbeamten von derselben Schule kommt, der ENA – *École Nationale d'Administration*. Die sogenannten ‚Enarques‘ sind die heimlichen Herrscher Frankreichs. Sie wechseln vom Staatsdienst in die Privatwirtschaft und umgekehrt, was die überdurchschnittliche Harmonie und Verflechtung zwischen Frankreichs Wirtschaft und Verwaltung, zwischen Kapital und Staat erklärt.

Keiner lebt das besser vor als der ENA-Musterschüler und Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing. Sein Vetter François Giscard leitet Frankreichs Außenhandelsbank sowie eine ‚Finanzgesellschaft für Industrie und Export‘, die sich beide tatkräftig um die Finanzierung von Kernkraftwerken kümmern. Vetter Jacques sitzt in den Aufsichtsräten von Framatome (Reaktorbau), Technicatome (Reaktorplanung) und Eurodif (Uran-Anreicherung) sowie auf dem Chefsessel der Somair (Frankreichs größter Uranmine im Ausland) und als Finanzdirektor im Vorstand der CEA. Und Onkel Valéry bestimmt die Richtlinien der Politik.“¹¹⁷

Auch unser Schweizer Nachbar hat Probleme mit dem Atomfilz. Presse, Atomindustrie, Aufsichtsbehörden und Wissenschaftler sind so eng miteinander verquickt, daß ähnlich wie in der Bundesrepublik die Schweizer Bevölkerung von der Atomlobby nur betrogen wird. Über die Medienpolitik der Atomlobby im Zusammenhang mit dem geplanten Atomkraftwerk in Berken/Graben schrieb das Schweizer „Langenthaler Tageblatt“: „Wir werden manipuliert . . . Wer ist nicht schon dem Schlagwort von der ‚umweltfreundlichsten und saubersten Energie‘ begegnet, die gerade noch zur rechten Zeit die Menschen vor der schrecklichen Gefahr einer Energieverknappung retten wird? Es hatten sich zwar schon seit längerer Zeit mahnende Stimmen gemeldet, verantwortungsbewußte Menschen, die einen klaren Kopf behalten hatten und der geschickten Propaganda nicht erlegen waren. Sie zählten nicht! Es waren ja keine Wissenschaftler reinsten Wassers; hinter ihnen standen weder mächtige Wirtschaftsgruppen noch Regierungen. Da es sich

um ein verwirrendes, kompliziertes Problem handelt, war es sehr leicht, Behauptungen aufzustellen wie ‚die umfassendsten Sicherheitsvorschriften, die es je gegeben hat‘, welche sozusagen alle tatsächlich existierenden Gefahren zu bannen vermögen; Unfälle, bei denen Menschen zu Schaden kamen, passierten nur in den Anfangsstadien und nur in militärischen Anlagen.‘ Im Fachbuch von Dr. Ing. Erich H. Schulz ‚Vorkommnisse und Strahlenunfälle in kerntechnischen Anlagen‘, erschienen 1966, werden immerhin 30 000 Unfälle erwähnt, wovon 1217 näher beschrieben werden. Und bis Ende 1971? . . . Die Fachleute, Atomphysiker, die Einblick in die ganze Materie besitzen, haben ihre sicheren Posten bei der Industrie. Wer kann es ihnen verargen, daß sie diese nicht aufs Spiel setzen wollen?“¹¹⁸

Auch die Schweizer Bevölkerung wird nicht oder nur mangelhaft über die Probleme der Atomenergie aufgeklärt. Unfälle werden verschwiegen. Während es für die Forschungsreaktoren noch Angaben über Unfälle gab, besteht für die kommerziellen Atomkraftwerke eine strikte Informationssperre. Der Leiter des Atomkraftwerks Beznau K. Küfler erklärte: „Die Betriebsunterlagen geben wir praktisch niemandem heraus.“¹¹⁹ Falls sich Unfälle in Atomkraftwerken ereignen, werden Untersuchungskommissionen eingesetzt, die eng mit der Nuklearindustrie verflochten sind. Die Gruppe der „Zürcher Atomkraftwerkgegner“ schrieb über die Kommission für die sicherheitstechnische Untersuchung des Unfalls im Versuchsatomkraftwerk Lucens (UKL): „Wer die Zusammensetzung der UKL studiert, dem wird sehr schnell klar, warum diese Kommission zu so beruhigenden Feststellungen kommt: Alle nukleartechnischen Experten der UKL sind oder waren Mitglieder der Kommission für Sicherheit von Atomanlagen (KSA) bzw. der Abteilung für Sicherheit von Atomanlagen (ASK). Die KSA ist zusammen mit der ASK verantwortlich dafür, daß für diese unausgereifte Anlage die Bau- und Betriebsbewilligung erteilt wurde. Dieselben Leute, die hopp hopp diese Bewilligung erteilten, sind nun die Experten, welche die Ursachen des Unfalls seit neun Jahren untersuchen bzw. schubladisieren. Wenn sie sich damals mehr Zeit genommen hätten und verantwortungsbewußter vorgegangen wären, wäre der Unfall gar nie passiert.“¹¹⁹

Die wichtigsten Gremien in der Schweiz zur Überwachung der Atomkraftwerke sind die Eidgenössische Kommission zur Überwachung der Radioaktivität und die Eidgenössische Kommission für die Sicherheit von Atomanlagen (KSA). Die „Zürcher Atomkraftwerkgegner“ schreiben in ihrem Buch „Atombetrug“ über diese Gremien: „Die personelle Zusammensetzung dieser Kommission erklärt einiges. Vier der neun Mitglieder sind direkte Vertreter der Atomlobby: Jean Buclin ist Vizedirektor der SA l'Énergie de l'Ouest-Suisse, Rolf Meier ist Mitarbeiter des BBC-Forschungszentrums, Robert Naegelin arbeitet bei Sulzer und Hans Wenger ist Angestellter beim AKW Beznau. Die restlichen fünf Kommissionsmitglieder sollen wohl unabhängige Experten sein. Es sind vier Mitarbeiter des Eid. Instituts

für Reaktorforschung (EIR) und der Chef der Sektion Physik der SUVA. Untersucht man aber die Karrieren dieser Leute genauer, so kann man feststellen, daß drei von ihnen ebenfalls eng mit der Wirtschaft verflochten sind. Die Herren Fritz Alder, Theodor Hürlimann und Andreas Fritzsche starteten ihre Laufbahn allesamt bei der Reaktor AG, einem Industrie-Forschungszentrum, das die ausschließliche Aufgabe hatte, der schweizerischen Wirtschaft einen nationalen Reaktortyp zu entwickeln. Die Reaktor AG wurde 1955 zu diesem Zweck gegründet, und als die finanziellen Anforderungen an die Atomforschung stiegen, 'schenkte' sie ihre Anlage dem EIR mit der Auflage, sie *'unter Wahrung ihrer bisherigen Zweckbestimmung weiter zu betreiben und den Bedürfnissen entsprechend weiter auszubauen'* (aus einer Selbstdarstellung des EIR). Mit dem Übergang der Reaktor AG ins EIR wechselten auch Alder, Hürlimann und Fritzsche von der Lohnliste der Industrie auf diejenige der Bundesverwaltung. Aber der Zweck der Anlage blieb der gleiche, und die 'Experten' wußten während ihrer weiteren Tätigkeit, wem sie die ersten Schritte ihrer Laufbahn verdankten. Heute sind sie allesamt in Chefpositionen. Alder ist Leiter der Abteilung Strahlungsüberwachung, Hürlimann ist Sicherheitsbeauftragter der Direktion und Fritzsche – jetzt pensioniert – war jahrelang Direktor des EIR. Alle drei sind sie hundertprozentige AKW-Befürworter und keinesfalls unabhängige Experten.

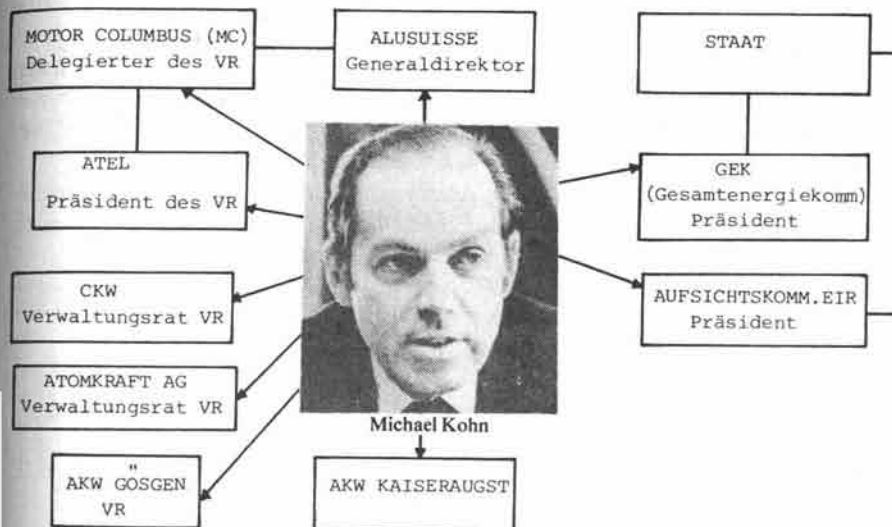
Wie eng der Filz zwischen EIR und Atomwirtschaft auf der Ebene der Fachleute ist, belegt auch das folgende Zitat von EIR-Direktor Fritzsche aus einem Artikel in der NZZ (15. 8. 69), geschrieben in einer Zeit, wo die AKWs noch nicht angefochten waren und die EIR-Experten es noch nicht nötig hatten, die 'unabhängigen' Experten herauszukehren: *„... es wurde gerade anlässlich der Hearings seitens der Industrie- und Elektrizitätswerkvertreter anerkannt, daß ihre heutige Aktivität auf dem Nukleargebiet kaum denkbar wäre ohne die Erfahrungen, welche viele ihrer Fachleute am EIR erworben hatten.“*⁴

Kollegiale Verhältnisse spielen also bei staatlichen und privatwirtschaftlichen Fachleuten eine wesentliche Rolle. Daß dabei die Wirtschaft den Ton angibt, hat Fritzsche im erwähnten Artikel auch zugegeben. Offen schreibt er von *„der seinerzeit gewählten Konzeption, wonach die Verantwortung für die Zielsetzung nicht beim Bund, sondern bei der Wirtschaft liegt...“*⁵

Um die Kontrolle der Industrie über die Atomforschung auch hierarchisch abzusichern, gibt es beim EIR eine *„Beratende Kommission“* mit großen Einflußmöglichkeiten. Dort ist die Energieprominenz versammelt, von Motor Columbus-Kohn und Elektrowatt-Krafft über Züblin-Sulzer bis zu BBC-Speiser.⁶

Auch bei Reaktorherstellern und Elektroindustrie herrscht eine Interessenverflechtung, die kaum zu überbieten ist. Die „Zürcher Atomkraftwerksgegner“ stellen sie folgendermaßen dar: *„Gekennzeichnet ist die schweizerische Elektroindustrie durch einen unüberblickbaren Knäuel von Kapitalverflechtungen zwischen Staat*

und Privatwirtschaft. Ämterkumulation und Verwaltungsratsmandate sind an der Tagesordnung. Immer wieder erfährt man, daß in wichtigen staatlichen und halbstaatlichen Entscheidungspositionen Männer sitzen, die handfeste persönliche und wirtschaftliche Interessen verfolgen. Das eklatanteste Beispiel von Herrn M. Kohn zeigt, wie sehr heute Entscheidungen von langfristiger und nationaler Bedeutung von wenigen Wirtschaftsmanagern, die nicht zuletzt persönliche Machtziele verfolgen, getroffen werden.



VR: Verwaltungsrat

GEK: Gesamtenergiekommission des Bundes

EIR: Eidgenössisches Institut für Reaktorforschung

ATEL: Aare Tessin AG für Elektrizität

CKW: Centralschweizerische Kraftwerke

AKW: Atomkraftwerk

Als Generaldirektor der Alusuisse für den Bereich Energie und als Delegierter der Motor Columbus AG, einer Konzerntochter der Alusuisse, ist M. Kohn einer der Hauptexponenten der Atomenergie-Befürworter und -Bauer zugleich. Gleichzeitig sitzt er in den Verwaltungsräten der geplanten und im Bau befindlichen Atomkraftwerke Gösgen, Leibstadt, Kaiseraugst.

Zusammen mit anderen 'Experten' aus der Atomindustrie wurde M. Kohn in die GEK (Gesamtenergie-Kommission) gewählt. Er ist heute Präsident dieser eidgenössischen Kommission, welche die Aufgabe hat, dem Bund und der Öffentlichkeit

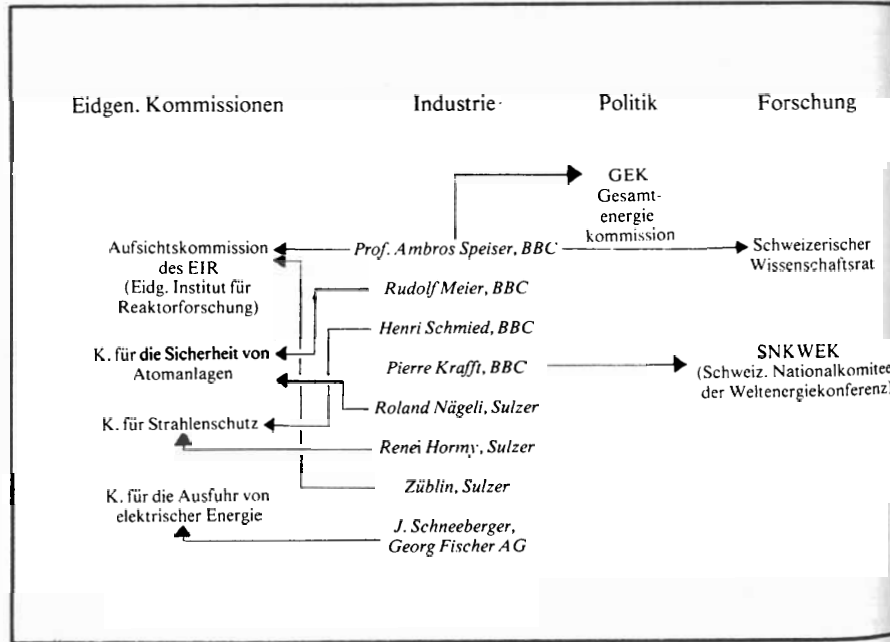
Vorschläge zu unterbreiten, wie die langfristige schweizerische Energiepolitik gestaltet werden soll. Es ist schon jetzt klar, daß bei der im nächsten Jahr vorgelegten Gesamtenergiekonzeption der GEK die Atomenergie eine wichtige Rolle spielen soll.

M. Kohn sitzt aber auch in der Aufsichtskommission des EIR (Eidgenössisches Institut für Reaktorforschung), das, wie schon erwähnt, die staatliche Atomreaktorforschung betreibt und gleichzeitig 'unabhängige' Überwachungsaufgaben übernimmt.

Dieses Beispiel zeigt, wie sehr heute auch die staatliche Forschung von großen Wirtschaftskonzernen unter Führung einiger Manager dominiert wird . . .

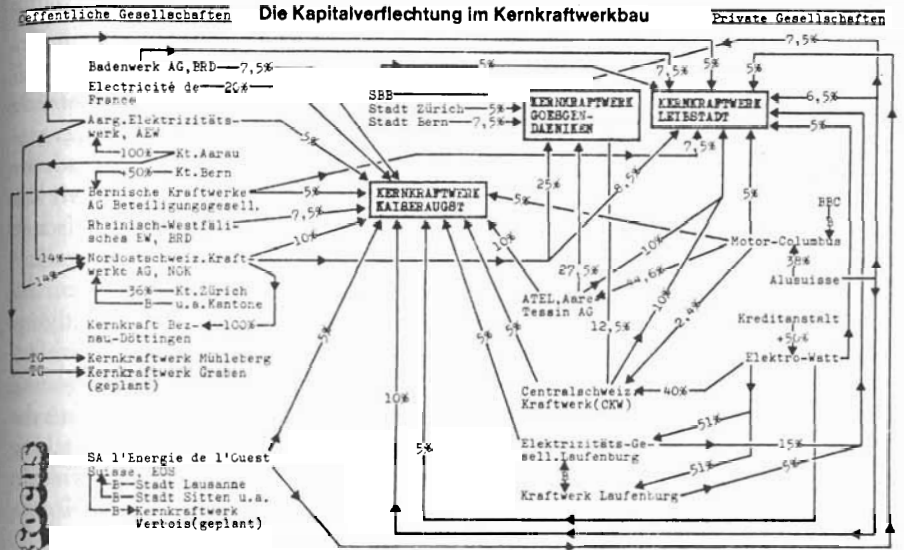
In einem Satz: Es werden nicht die privaten AKW-Bauer von den staatlichen Organen überwacht, sondern die Überwachenden (Staatliche Organe) werden von den Überwachten (Private AKW-Bauer) personell und wissenschaftlich beherrscht. ¹¹⁹

Nicht nur, daß die Schweizerischen Atomkraftwerke einen Knäuel aus öffentlichen und privaten Gesellschaften ausmachen, die Atomindustrie beherrscht auch



Aus: Zürcher Atomkraftwerksgegner, „Atombetrug“, Zürich, S. 103, 1978.

	A-Werk Kaiseraugst	A-Wer Gösgen	A-Werk Leibstadt
Alusuisse/Motor-Columbus/Atel	25 %	35,0 %	21,5 %
Kreditanstalt/Elektro-Watt	15 %	12,5 %	40,0 %
Ausländische Elektrizitätsges.	35 %	-	7,5 %
Öffentliche Elektrizitätsges.	25 %	47,0 %	26,0 %
SBB	-	3,0 %	5,0 %



Aus: Gewaltfreie Aktion Bern, „Z. B. Graben . . . zur Problematik der Atomenergie“, Bern, S. 53, 1978.

weitgehend die Presse. Ein Beispiel: Alfred E. Sarasin sitzt nicht nur im Verwaltungsrat der Motor-Columbus AG, sondern auch im Verwaltungsrat der fusionierten National Zeitung und Basler Nachrichten. ¹²⁰

Wen wundert es da, wenn die Schweizer Bevölkerung erpressbar wurde. Die Industrie jammert über schlechte Ertragslage und treibt die Preise hoch. Am 1. März 1980 konnte man im „Tages-Anzeiger“ lesen: „Die Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK), Stromlieferantin für neun ostschweizerische Kantone, sind mit dem Jahresergebnis 1978/79 nicht zufrieden – dies, obwohl der Gesamtertrag um 39 Mio. auf 728,7 Mio. Fr. gestiegen ist und schließlich ein Reingewinn von 17 Mio. resultiert. Grund der Unzufriedenheit ist der wesentlich erhöhte Rückstellungs- und Abschreibungsbedarf, der für die nächsten 20 Jahre auf rund eine halbe Milliarde Franken berechnet wird. Damit wird auch nach den jüngsten und

kommenden Strompreiserhöhungen mit einem weiteren Anstieg der Strompreise zu rechnen sein. Am 1. Oktober 1980 werden die Strompreise im Versorgungsgebiet der NOK bekanntlich um 5% angehoben, nachdem eine erste Erhöhung auf den 1. April 1979 eingetreten ist.¹²¹ Als Begründung für diese Strompreiserhöhungen behauptet die NOK laut „Tages-Anzeiger“: „Die Inbetriebnahme von Kernkraftwerken hat die Rechnungslegung unserer großen Elektrizitätsgesellschaften auf den Kopf gestellt. Rückstellungen, Abschreibungen und Reserven haben einen völlig neuen Stellenwert bekommen. Wenn man bei den NOK heute von 500 Mio. Fr. Abschreibungsbedarf für die nächsten 20 Jahre spricht, läßt das Aufhorchen. Man braucht kein Prophet zu sein, um angesichts solcher Perspektiven laufende Strompreiserhöhungen vorauszusagen.“¹²¹ Mit dieser Feststellung wird der „Tages-Anzeiger“ wohl recht behalten, denn die ursprünglich angenommene Betriebsdauer von Atomkraftwerken von 40 Jahren wird nicht nur auf 20 Jahre sinken, wie die Elektrizitätswerke es jetzt rechnerisch realisierten, sondern liegt de facto zwischen zehn und 15 Jahren. Da hilft auch nicht, wenn im „Tages-Anzeiger-Magazin“ geklagt wird, daß „das Kraftwerk Gösgen Atomstrom für vier Rappen die Kilowattstunde nach Frankreich“ liefert.¹²² Denn monopolistische Berücksichtigungen können es sich erlauben, kurzfristig auf Gewinn zu verzichten. Man schlägt dann später um so lukrativer zu oder läßt den Steuerzahler gleich die Rechnung bezahlen. So z. B. in der Forschung. Am 1. März 1980 feierte das Eidgenössische Institut für Reaktorforschung (EIR) 25jähriges Bestehen. Bei der Gründung beteiligten sich über 80 Firmen an der Finanzierung. Dann wurde es den Firmen jedoch zu teuer, und sie „schenkten“ die Anlagen dem Bund, der jetzt für die Kosten und Gehälter von rund 570 Personen aufzukommen hat.¹²³

Ein typisches Verhalten für die Nuklearindustrie. Hat sie erst einmal jemanden an der Angel, so wird er geschöpft. Die Atomindustrie ist Meister auf diesem Gebiet. Das beste Beispiel hierfür ist der Bau des Atomkraftwerks Leibstadt. Obwohl das AKW noch überhaupt nicht steht, haben die Kapitalgeber schon 400 Millionen Franken verdient. Der Schweizerische „Vorwärts“ kommentiert diesen Vorgang: „Angenommen, Leibstadt könnte aus Sicherheitsgründen nicht laufen (Gösgen wurde zur Zeit abgestellt), so würden diese von den Zinsen bereits kassierten Gelder bei den Stromkonsumenten der Wasserkraftwerke oder beim Bund wieder herausgequetscht – siehe Forderungen der Kaiseraugst AG. Das ist so in der freien Marktwirtschaft und einer Gesetzgebung, die dem Kapital zu Diensten steht: Die einen kassieren immer – die anderen zahlen immer. Risikofreudiges Kapital nennt sich das.“¹²⁴ Die Zustände sind in der Bundesrepublik Deutschland keinen Deut anders. Wo der Anteil der Atomenergie hoch ist, steigt der Preis. Der Anteil des Atomstroms ist in Hamburg mit 30% höher als irgendwo sonst in der Bundesrepublik. Der „Stern“: „Was das bedeutet, sehen die Hamburger Bürger auf ihren HEW-Rechnungen: Nach zwei Preiserhöhungen im Juli 1980 und zum Januar 1981

zahlen sie mit durchschnittlich 31 Pfennig pro Kilowattstunde die höchsten Strompreise in Deutschland, fünf Pfennig mehr als etwa die Einwohner von Düsseldorf, die Strom noch aus herkömmlichen Kohlekraftwerken beziehen.“¹²⁵

Es ist einfach unglaublich, daß sich Hamburger Bürger so etwas gefallen lassen. Sie sollten unmittelbar den Rausschmiß des HEW-Vorstandsvorsitzenden Dr. Oberlack und des HEW-Aufsichtsratsvorsitzenden, Finanzsenator Dr. Nölling, für ihre Vergeudung öffentlicher Gelder fordern. Wenn der Bürger nicht unmittelbar und deutlich seine Stimme erhebt, sollte er sich nicht beklagen, wenn er in der Zukunft erst richtig ausgebeutet wird. Denn diese Zustände müssen nicht so sein. In anderen Ländern wie etwa England ist dies nicht der Fall. Dort wird auch auf die Interessenverflechtung sehr geachtet. Walter Patterson, ein engagierter Umweltschützer, schreibt im „Environment“: „In Großbritannien werden die Hersteller und Betreiber von Kernkraftwerken von Behörden überwacht, denen es vollkommen gleichgültig ist, ob Großbritannien jemals einen weiteren Reaktor bauen wird.“ Auch wird kein Projekt übereilt. In England läßt man sich Zeit. A. E. Hawkins, der Vorsitzende der CEGB (Central Electricity Generating Board, einem der größten staatlichen Elektrizitätswerke Englands) berichtete vor dem House of Commons, daß kein Bedarf für ein weiteres Kernkraftwerk bestünde und daß man zumindest ein weiteres Jahr abwarten würde, bis man sich entscheide, ob ein weiteres gebaut werden solle.¹²⁶

Vielleicht ist dieser Umstand darauf zurückzuführen, daß in England *keine* angeblich „wirtschaftlicheren“, dafür aber umso unsichere Leichtwasserreaktoren gebaut werden, die sich im nachhinein als die teuerste und überdies gefährliche Energiequelle überhaupt entpuppten.

Es ist an der Zeit, daß der Bürger sich wehrt und sich nicht von der Industrie in die Ecke drängen läßt, wie es jetzt auch die chemische Industrie versuchte, indem sie die Verbreitung von Informationen zu verhindern sucht. So war ein Antrag auf Unterlassung von der chemischen Industrie, genau: vom „Industrieverband Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel e. V.“ gegen den „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz“ mit Androhung einer Zuwiderhandlungsstrafe bis zu 500 000 Mark gestellt worden, womit der Industrieverband verhindern wollte, daß die Strategien und Maßnahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit vom BBU bekannt gemacht werden. Einige Auszüge aus dieser Strategie veröffentlichte neben dem „BBU“ der „Spiegel“: „Aktivierung von ‚Positiv-Eingestellten‘, Meinungsmultiplikatoren und politischen Entscheidungsträgern (sachlich), direkte Aufklärung der Meinungsempfänger (emotional) . . . Ökologie-Spiel: Entwicklungsauftrag an einen Spiele-Hersteller: Brettspiel à la Monopoly mit negativen Einflüssen (Dürre, Schädlingsbefall usw.) sowie positiven Ereignissen (Düngung, Regen, chemischer Pflanzenschutz usw.) Schüler-Wettbewerb: Nach Genehmigung . . . erhalten die Leiter aller Schulen ein Anschreiben, in dem sie um die Teilnahme an

dem Wettbewerb für Schulen gebeten werden. Dem Schreiben beigefügt ist der Preisausschreiben-Fragebogen . . . Die Nützlichkeit von PSM und ihre Verdienste finden in diesen Fragen Berücksichtigung.

Zu gewinnen sind: 50 wertvolle Laboreinrichtungen für die Schulen der durch das Los ermittelten Klassen oder Kurse, 6 Werksbesichtigungen bei PSM-Herstellern für gewinnende Klassen oder Kurse . . . Die 50 Labor-Einrichtungen werden als Hauptgewinne den Schulleitern persönlich von Vertretern der Mitgliedsfirmen übergeben. Die jeweilige Lokalpresse wird hierzu eingeladen . . .

Spitzengespräche: Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern und „Verbündeten“.

Kalender: mit imagebildendem Charakter. Der Kalender soll dem Betrachter ins Bewusstsein rufen, daß ein Leben in der gewohnten Weise und die Schönheit der Natur ohne den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nicht möglich ist.

Kino-Vorfilm: Thema: „Chemischer Pflanzenschutz – Nützlich Nr. 1.“¹²⁷

Die Effektivität der Atomlobby kann empfindlich durch gezielte Boykottmaßnahmen und sachliche Aufklärung gestört werden. Vor allen Dingen müssen die „Schreibtischtäter“ aus der Anonymität an die Öffentlichkeit gezogen und die Abhängigkeiten von der Industrie klar dargestellt werden.

Literatur

1. H. Stroh, „Politische Ökologie“, Rowohlt Verlag, Reinbek/Hamburg, S. 126, 127, 1979.
2. C. Clausen, J. Franke, „Verstromungskosten von Brennstoffen in Leichtwasserreaktoren – Analyse und Prognose“, Diplomarbeit, Universität Bremen, Eigenverlag, Bremen, S. 178–183, Mai 1979.
3. H. Michaelis, „Kernenergie“, dtv, Wissenschaftliche Reihe, München, S. 185, 186, März 1977.
4. „Nicht mehr haltbar“, Der Spiegel, Hamburg, Nr. 28, S. 66, 67, 9. Juli 1979.
5. M. H. Weik, „The Great Atomic Fraud“, New York, S. 21, 1971.
6. „Bald Spitzenreiter“, Der Spiegel, Hamburg, 34. Jahrgang, Nr. 10, S. 77, 79, 3. März 1980.
7. A. Lovins, „Atomkraft – und kein Weg zurück?“, Forum Vereinte Nationen, Genf, Jahrgang 3, Nr. 2, S. 5, 6, März 1976.
8. R. Pollock, „Ownership of the Atomic Energy Industry“, Critical Mass Journal, Washington DC, Vol. 3, Nr. 5, S. 1, 6, August 1977.
9. G. Schmidt, „Die Macht der Stromerzeuger“, aus: KKW Fibel, VSA, Hamburg, Berlin, S. 37–41, 1977.
10. „Wirtschaftlich unsinnig“, Der Spiegel, Hamburg, 34. Jahrgang, Nr. 3, S. 32, 34, 14. Januar 1980.
11. „Dreimal draufzahlen“, Der Spiegel, Hamburg, 34. Jahrgang, Nr. 12, S. 53, 57, 17. März 1980.
12. „Strom: ‚Eine Art Inzest‘“, Der Spiegel, Hamburg, Nr. 14, S. 54, 28. März 1977.
13. „Wer gehört zu wem“, Mutter- und Tochtergesellschaften von A bis Z, Herausgegeben von der Commerzbank, 9. Auflage, 1971.
14. H. Kater, „Atomkraftwerksgefahren im Blickpunkt der Öffentlichkeit“, Niedersächsisches Ärzteblatt, S. 590, 21/1972.
15. Taschenbuch für Atomfragen 1968, Festlandsverlag, Bonn, Tätigkeitsbericht des Deutschen Atomforums e. V., Bonn, Dezember 1969, November 1970.
16. Jungsozialisten in der SPD, „Atomkraftwerk

- Esenshamm, Fortschritt wohin;“ Eine Informationsschrift herausgegeben von den Jungsozialisten in der SPD, Bremen, S. 2, 3, 4, 24. 12. 1971.
17. K. Klasing, „Apokalypse auf Raten“, Biederstein Verlag, München, S. 173, 174, 1971.
18. Deutsche Atomforum e. V., „Tätigkeitsbericht des Deutschen Atomforums e. V. 1972“, Bonn, S. 3, 4, 14, 33 ff., 1972.
19. H. Kater, „Die Kernkraft-Lobby und ihre Sympathisanten“, Gesunde Medizin, Sonderdruck, Nr. 6, 1978.
20. W. D. Müller, „Sicherheit ist unteilbar“, Atomwirtschaft, Verlag Handelsblatt GmbH, Düsseldorf, Jahrgang 18, Nr. 1, S. 17, Januar 1973.
21. Genscher: „Umweltpolitik und innere Sicherheit haben Vorrang“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt/M., 17. Februar 1973.
22. Forum, „Sceletons in Diplomatic Bags“, Stockholm No. 8, Juni 13, 1972.
23. H. Kater, „Atom-Kraftwerksgefahren aus ärztlicher Sicht“, Sponholz Verlag, Hameln, S. 31, 32, Dezember 1978.
24. R. Höhne, „Die Praktiken des TÜV und seiner Sympathisanten“, Sonderdruck aus Diagnosen, Franke-Griksch Verlag GmbH, Leonberg, Nr. 6, S. 42, 43, Juni 1980.
25. K. Willich, „Wirtschaftliche und politische Implikationen der Anwendung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland“, Wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung des Diplom-Volkswirts, Berlin, S. 123, 125–134, 166, 169, 170, 12. Juli 1976.
26. W. Bergmann, „Verfilzte Kernkraftsippe“, aus: Atomenergie: Politischer und sozialer Sprengsatz, Forum, Bonn, Nr. 3, S. 52–55, 1976.
27. Deutscher Bundestag, Bonn, 8. Legislaturperiode, Plenarprotokoll 8/128, Frage 35, 18. 1. 1979.
28. „Bürgerinitiativen und Banken“, Informationskreis Atomenergie in Gesellschaft für Umweltschutz e. V., Göttingen, Nr. 3, S. 4, April 1978.
29. H. Gruhl, „Der Brüter in Kalkar ist irrational“, Gesunde Medizin, Nr. 2, Sonderdruck, 1979.
30. H. P. Martin, „Klage und Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung“, Klage des WSL vor dem Verwaltungsgericht des Landes Schleswig-Holstein, Hamburg, S. 9, 10, 11, 12, 13, 14, 30, 31, 30. 10. 1972.
31. „Mein Lieblingskind ist Hamburg“, Publik, München, 8. Oktober 1971.
32. K. Spielmann, „VpM-Heiße Eisen“, Informationen des Vereins gegen Parlamentarischen und Bürokratischen Mißbrauch e. V., Dortmund, Nr. 5/7, S. 2, Juli 1971.
33. K. Spielmann, „VpM-Heiße Eisen“, Informationen des Vereins gegen Parlamentarischen und Bürokratischen Mißbrauch e. V., Dortmund Nr. 8, 9, 10, S. 3, November 1971.
34. Neue Osnabrücker Zeitung, „Klößner steigt groß beim Umweltschutz ein“, Osnabrück, 12. März 1973.
35. Der Niedersächsische Sozialminister, „In der Verwaltungsrechtssache Lengemann/Nieders. Sozialminister“, Az: I A414/71S –, Brief an das Verwaltungsgericht Oldenburg, Stade, 2/3-005016, S. 2, vom 28. 3. 1972.
36. „Leitende Männer der Wirtschaft“, Verlag Hoppenstedt & Co., Darmstadt, 20. Ausgabe, 1972.
37. „Handbuch der Großunternehmen“, Verlag Hoppenstedt & Co., Darmstadt 20. Auflage, Orte k-Q, III, 1973.
38. „Mit dem Knüppel“, Der Spiegel, Hamburg, Nr. 42, S. 124, 10. September 1979.
39. K.-J. Seelig, „Jedermann im Bundestag hat seinen Preis“, Diagnosen, Franke-Griksch Verlag GmbH, Leonberg, Nr. 6, S. 54, Juni 1980.
40. K.-J. Seelig, „Brief an Prof. Dr. E. Benda, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes“, Gruppe umweltbesorgter Ärzte östlich von Cattenom, Biersdorf, 10. 1. 1980.
41. D. Michak, „Enriching Congress: A Nuclear Payoff?“, Critical Mass Journal, Washington DC, Vol. 6, Nr. 2, S. 4, 5, 20, May 1980.
42. „The Great Canadian Reactor Scandal“, Critical Mass Journal, Washington DC, Vol. 5, Nr. 7, S. 6, October 1979.
43. „Reitender Bote des Königs“, Der Spiegel, Hamburg, Nr. 13, S. 46, 21. März 1977.
44. „KWU-Report“, Mitteilungsblatt der Kraftwerk Union Aktiengesellschaft, Mülheim, Nr. 12, S. 3, 1973.
45. „Die Kraftwerk Union heute“, Kraftwerk Union, Mülheim, B.-Nr. KWU 198, S. 1, 5. März 1973.
46. U. Zündorf, „Untergang auf Raten? Umweltschmutzung in der Bundesrepublik“, Droste Verlag, Düsseldorf, S. 240 ff., 1972.
47. „Pro Grün kontra VEBA-Plan“, Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M., Nr. 78, 2. April 1973.

48. W. Knigge, „Kritik zur Atomenergie und Schadstoffbelastung der Bundesrepublik Deutschland“, Hrsg.: WSL, Bremen, S. 16, 15, Anhang, S. 16, 1980.
49. M. Thürkauf, „Experten – feige vor dem Feinde“, Diagnosen, Franke-Griksch Verlag GmbH, Leonberg, Nr. 6, S. 45, Juni 1980.
50. M. Thürkauf, „Gedanken zum genetischen Kode“, aus: Genmanipulation und Drogenmißbrauch, Hrsg.: H. Strohm, Verlag Association, Hamburg, S. 10–13, Oktober 1977.
51. M. Thürkauf, „Gedanken zur moralischen Verantwortung der Naturwissenschaftler“, aus: Schnelle Brüter und Wiederaufbereitungsanlagen, Hrsg.: H. Strohm, Verlag Association, Hamburg, S. 7–11, Januar 1977.
52. G. Wald, „Das Problem der Atom-Industrie“, Sonderdruck, erhältlich bei: Herbert Wiedmann, Haydnstr. 12, 7441 Grafenberg, undatiert.
53. G. Wald, „Kernenergie – Wem soll man glauben? Wer ist Nutznießer und wer ist Verlierer?“, aus: Schnelle Brüter und Wiederaufbereitungsanlagen, Hrsg.: H. Strohm, Verlag Association, Hamburg, S. 12–17, Januar 1977.
54. E. Gaul, „Im Defizit öffentlicher Wahrhaftigkeit: Auswirkungen radioaktiver Emissionen“, Gesunde Medizin, Offener Brief an Prof. Dr. Farthmann, Nr. 2, 1979.
55. E. Gaul, „Unterdrückung der Wissenschaft“, Diagnosen, Franke-Griksch Verlag GmbH, Leonberg, Nr. 6, S. 48, Juni 1980.
56. M. Thürkauf, „Brot gefährlicher als Dynamit“, Gesunde Medizin, Sonderdruck, Nr. 1, 1979.
57. J. W. Gofman, „Nuclear Power and Ecocide: An Adversary View of New Technology“, Bulletin of the Atomic Scientists, Chicago, September 1971.
58. Friends of the Earth, „Atomic Reactor Safety Hearing“, Stockholm Conference Eco, Vol. II, Washington DC, II: 8, S. 8, August 11, 1972.
59. J. Herbig, „Der domestizierte Mensch“, München, 1. 2. 1980.
60. J. Herbig, „Die Gen-Ingenieure“, Carl Hanser Verlag, München, Wien, S. 55, 56, 135, 139, 147, 190, 226, 238, 239, 242, 243, 1978.
61. „Eine lange Spur von Fragezeichen“, Der Spiegel, Hamburg, Nr. 15, S. 29, 9. April 1979.
62. J. Camilleri, „The Politics of Power“, Paper for the Non-Nuclear Future, Salzburg, S. 6, April 29/May 1, 1977.
63. E. Chargaff, „Der Teufel steigt von der Wand“, Der Spiegel, Hamburg, 34. Jahrgang, Nr. 39, S. 248, 22. September 1980.
64. K. Traube, „Harrisburg und die Experten“, Der Spiegel, Hamburg, Nr. 16, S. 80, 1979.
65. R. Jungk, „Der Atom-Staat“, Kindler Verlag GmbH, München, S. 126, 127, 1977.
66. W. Rieger, „Wenn Atomexperten offen reden“, Zeit, Hamburg, Nr. 12, 17. 3. 1978.
67. Deutscher Bundestag, Bonn, 8. Legislaturperiode, Drucksache 8/1931, Anlage 116, Plenarprotokoll 8/101, Frage B 127, 23. Juni 1978.
68. Deutscher Bundestag, Bonn, 8. Legislaturperiode, Drucksache 8/2763, Plenarprotokoll 8/149, Anlage 134, Frage B 165, 27. April 1979.
69. „Alle Öffnungen schließen“, Der Spiegel, Hamburg, Nr. 38, S. 67, 1972.
70. E. Gaul, „Propaganda für die Atomenergie“, Diagnosen, Franke-Griksch Verlag GmbH, Leonberg, Nr. 2, S. 31, Februar 1980.
71. Z. Medwedjew, „Bericht und Analyse der bisher geheim gehaltenen Atomkatastrophe in der UdSSR“, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg, S. 17, 18, 1979.
72. Süddeutsche Zeitung, München, S. 9, 19./20. Mai 1979.
73. „Wir waren einer Katastrophe noch nie so nah“, Der Spiegel, Hamburg, Nr. 15, S. 38, 9. April 1979.
74. Deutscher Bundestag, Bonn, 8. Wahlperiode, Bericht der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“, Sachgebiet 75, Drucksache 8/4341, Verlag Dr. Hans Heger, Bonn, S. 61, 62, 27. Juni 1980.
75. E.-O. Cohrs, „Die zwei Gesichter der Professoren und Minister“, Diagnosen, Franke-Griksch Verlag GmbH, Leonberg, Nr. 4, S. 46–48, April 1980.
76. W. Koch, „Wir glauben es nicht mehr“, Sonderdruck, erhältlich bei: Herbert Wiedmann, Haydnstr. 12, 7441 Grafenberg, undatiert.
77. E. O'Connor, „Radiation Decisions: Who's in Charge?“, Engage, A Publication of the Board of Christian Social Concerns of the United Methodist Church, November 1970.
78. D. Stäcker, „Ingenieur für Kernenergie fristlos gekündigt“, Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M., S. 3, 10. Dezember 1976.
79. H. D. Diederichs, „Die Konzerne der Publikumszeitschriften im IV. Quartal 1979. Situation

- und Entwicklung“, Gruner und Jahr, Hamburg, Textdokumentation, Juli 1980.
80. P. V. Jankö, „Hätte es nicht mit der Bombe begonnen“, Welt am Sonntag, Hamburg, Nr. 3, S. 20, 21. Januar 1973.
81. H. Grümme, „Energieerzeugung und Umwelt“, aus: Gefährdet Kernenergie die Umwelt, Atomwirtschaft, Handelsblatt GmbH, Düsseldorf, S. 24, 25, 1971.
82. S. Dinsler, „Deutschlands Stärke liegt im Atom“, Playboy, München, Nr. 1, S. 78–82, 175, 177, Januar 1973.
83. R. le Viseur, „Brief an Holger Strohm“, Playboy Deutschland, München, 14. 3. 1973.
84. Brück, „Lieber Playboy“, Playboy, München, Nr. 4, S. 9, April 1973.
85. „Kernenergie und Raumordnung“, Bild der Wissenschaft, Hrsg.: H. Haber, DVA, Stuttgart, Jg. 10, Heft 7, S. 802, Juli 1973.
86. L. Pröstler, „Volksabstimmung in Schweden. Aus einem ‚Nein‘ auf dem Stimmzettel wird bei uns ein ‚Ja‘ in der Presse“, Öko-Mitteilungen, Institut für angewandte Ökologie, Freiburg, Nr. 11/12, S. 26, Dezember 1980.
87. W. Hüfler, „Zur Selbstverbrennung eines Lebensschützers Hartmut Gründer M. A.“, Sonderdruck, erhältlich bei: W. Hüfler, Lodenbergstr. 23/1, 7410 Reutlingen 27, undatiert.
88. Zürcher Atomkraftwerkgegner, „Atombetrug“, Zürich, ZAK, S. 88, 1978.
89. „Strom, Energie für eine bessere Welt“, Vorwärts, Bonn-Bad Godesberg, S. 44, 19. April 1973.
90. H. P. Martin, „10A168/72-10D44/72“, Klage des WSL vor dem Verwaltungsgericht des Landes Schleswig-Holstein, Hamburg, S. 17, 20, 14. 12. 1972.
91. P. Weish, E. Gruber, „Atomenergie und Umweltsituation“, Verlag Waldemar Kramer, Frankfurt/M., S. 25, 1973.
92. P. Menke-Glückert, „Mit dem Risiko leben“, aus: Im Ernstfall hilflos?, Kiepenheuer & Witsch, Köln, S. 337, 1980.
93. K. Z. Morgan, „Ionisierende Strahlen im Bereich niedrigerer Dosis und die Erzeugung von Krebs“, Universität Bremen, Information zu Energie und Umwelt, Teil A, Nr. 11, S. 24, November 1979.
94. „Regelrecht versteckt“, Der Spiegel, Hamburg, Nr. 18, S. 91, 94, 28. April 1980.
95. T. S., „Wie David gegen Goliath“, Publik-Forum, 13. Juni 1980.
96. K. Wolter, „Bürgerinitiative ‚Vernunft nach vorn‘ informiert“, Bundesarbeitskreis ‚Vernunft nach vorn“, Frankfurt/M., Schweinfurter Weg 76, undatiert.
97. K. Wolter, „Laßt Euch keine Angst einjagen!“, Bundesarbeitskreis ‚Vernunft nach vorn“, Frankfurt/M., Schweinfurter Weg 76, undatiert.
98. „Wohlstandsmülle vor die Tür des GKN gekippt“, Nachbar GKN, Hrsg.: Gemeinschaftskernkraftwerk Neckar, Neckarwestheim, Nr. 3/III, S. 1, März 1980.
99. Deutsches Atomforum e. V., „2000 ist er 40“, Bonn, Ich fahre nicht Auto, undatiert.
100. „Wohin mit dem radioaktiven Abfall?“, VDI, Düsseldorf, Nr. K/37576, S. 1, undatiert.
101. „Mehrheit der Bevölkerung für Strom aus Kernenergie“, Kernzeitung, Informationskreis Kernenergie, Bonn, S. 1, Mai 1977.
102. S. van Buiren et al., „Einstellungen und Verhalten der Bevölkerung gegenüber verschiedenen Energiegewinnungsarten, Teil I: Gesellschaftliche Bedingungen für Kommunikation und Dialog in der Energiepolitik“, Bericht für das BMFT vom Battelle-Institut, Frankfurt/M., S. 101–103, 106–109, Juni 1976.
103. „Kernenergie ist eine beherrschbare Technik und notwendig“, Rhein-Neckar-Zeitung, Nr. 38, 14. Februar 1980.
104. „Schwache Stellen“, Der Spiegel, Hamburg, Nr. 36, S. 27, 28, 3. September 1979.
105. „Erklärung zur Atomenergie“, Kirchliche Bruderschaft, Düsseldorf 13, Ricarda-Huch-Str. 3, c/o Pfarrer F. Meyer, 1980.
106. W. Karpf, „Der Bischof und der Brüter“, Der Stern, Hamburg, Nr. 37, 1977.
107. P. M. Boffey, „Plutonium: Its Morality Questioned by National Council of Churches“, Science, Vol. 192, S. 356–359, April 23, 1976.
108. J. Zink, „Ein Punkt, an dem die Kirche haltzumachen hat“, Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Hamburg, Nr. 49, 9. Dezember 1979.
109. W. Heilemann, „Geld von beiden Seiten“, Der Stern, Hamburg, Nr. 51, S. 190, 13. Dezember 1979.
110. „Dampf gemacht“, Der Spiegel, Hamburg, Nr. 48, 1977.
111. Arbeitskreis Leben, „Kollegen, Gewerkschafter und Betriebsräte gegen das Atomenergiepro-

- gramm“, Duisburg, S. 1, 2, 5, 6, 11, 29. Januar 1978.
112. R. Trampert, „Am 10. November 1977 in Dortmund: Konstituierende Versammlung der Atomräte“, aus: *Atomenergie und Arbeitsplätze*, Hrsg.: H. Stroh, Verlag Association, Hamburg, S. 46–55, März 1978.
113. „Mit ‚Handgeld‘ für Kraftwerke“, *Frankfurter Rundschau*, Frankfurt/M., Stadt-Rundschau, 11. 11. 1977.
114. Deutscher Bundestag, Bonn, 8. Legislaturperiode, Antwort der Bundesregierung auf Kleine Anfrage, Drucksache 8/2912, 30. Mai 1979.
115. „Pflicht zum Denken“, *Der Spiegel*, Hamburg, Jahrgang 31, Nr. 11, S. 106, 107, 7. März 1977.
117. „De Gaulle wollte mit der Atomkraft ein Strahlendes Frankreich“, *Der Stern*, Hamburg, Nr. 47, S. 34, 38, 15. November 1979.
116. R. P. Pollock, „How Radioactive are our Atomic Workers? Guess!“, *Critical Mass Energy Journal*, Washington DC, Vol. 6, Nr. 7, S. 7, 14, October/November 1980.
118. „Kritische Bemerkungen zu dem geplanten Atomkraftwerk in Berken/Graben“, *Langenthaler Tagblatt*, Schweiz, 14. März 1972.
119. Zürcher Atomkraftwerkgegner, „Atombetrug“, *ZAK*, Zürich, S. 70, 96, 97, 100, 101, 103, 1978.
120. „Wußten Sie, daß . . .“, *Bürgerinitiativ-Bulletin*, Schweiz, Nr. 11, S. 10, Februar 1977.
121. „NOK- Vor weiteren Strompreiserhöhungen?“, *Tages-Anzeiger*, Zürich, S. 7, 1. März 1980.
122. „KKW Kaiseraugst: Ein Bataillon Soldaten wäre noch zu wenig“, *Tages-Anzeiger Magazin*, Zürich, Nr. 15, S. 25 ff., 1980.
123. „EIR: Reaktorforschung seit 25 Jahren“, *Tages-Anzeiger*, Zürich, S. 5, 1. März 1980.
124. „Millionengewinn für AKW-Bau“, *Vorwärts*, Basel, Nr. 34, S. 1, 23. August 1979.
125. W. Barthel, „Vorsicht Hochspannung“, *Der Stern*, Hamburg, Nr. 3, S. 16, 8. Januar 1981.
126. W. C. Patterson, „The British Atom“, *Environment*, St. Louis, Vol. 14, Nr. 10, S. 2–9, December 1972.
127. „Mundtot machen“, *Der Spiegel*, Hamburg, 34. Jahrgang, Nr. 47, S. 136–141, 17. November 1980.
128. S. van Buiren, „Die Kernenergie-Kontroverse im Spiegel der Tageszeitungen“, *Sozialwissenschaftliche Reihe des Battelle-Instituts*, Frankfurt/M., Untersuchung im Auftrag des Bundesministers des Innern, R. Oldenbourg Verlag, München, Wien, S. 140–147, 1980.
129. E. Gaul, „Illusionen eines Bankiers“, *Diagnosen*, Ekkehard Franke-Griksch-Verlag GmbH, Leonberg, 7. Jahrgang, Nr. 3, S. 18, 19, März 1980.
130. „Jagd auf Aussteiger“, *Der Spiegel*, Hamburg, Nr. 5, S. 55, 26. Januar 1981.
131. L. Mez, „Der Atomkonflikt“, Verlag Olle & Wolter, S. 29–53, 1979.
132. L. Mez, „Die westdeutsche Atompolitik. Der unaufhaltsame Aufstieg der BRD zur Atommacht?“, *Institut für Zukunftsforschung*, Berlin, undatiert.
133. H.-C. Buchholtz, L. Mez, T. v. Zabern, „Widerstand gegen Atomkraftwerke“, Peter Hammer Verlag, 1979.
134. „Den Regierenden ist jedes Mittel recht“, *Diagnosen*, Ekkehard Franke-Griksch-Verlag, Leonberg, 7. Jahrgang, Nr. 6, S. 49, Juni 1980.